

NELA

Nachhaltiger Energieverbrauch und Lebensstile in
armen und armutsgefährdeten Haushalten

Karl-Michael Brunner

Markus Spitzer

Anja Christianell

Endbericht

Juni 2011



Das Projekt wurde im Rahmen der Programmlinie „Neue Energien 2020“ vom Klima- und Energiefonds und von der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) gefördert.

NELA

Nachhaltiger Energieverbrauch und Lebensstile in armen und armutsgefährdeten Haushalten

Projektleitung: Dr.ⁱⁿ Anja Christianell (ÖIN – Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung)

Projektbearbeitung: Mag. Markus Spitzer, Dr.ⁱⁿ Anja Christianell (ÖIN – Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung)

Projektabrechnung: Mag.^a (FH) Kristina Fischer (ÖIN – Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung)

Wissenschaftliche Kooperationspartner: A.o. Univ.-Prof. Dr. Karl-Michael Brunner (Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Wirtschaftsuniversität Wien), Dr. Michael Kopatz (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH)



Impressum:

ÖIN – Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung

Lindengasse 2/12, 1070 Wien

ZVR: 745043791

www.oin.at

Juni 2011

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG (EXECUTIVE SUMMARY)	1
2. THEORETISCHE PERSPEKTIVEN: DIE KOMPLEXITÄT DES ENERGIEKONSUMS IM FOKUS DISziPLINÄRER PERSPEKTIVEN	4
3. ENERGIEKONSUM UNTER ARMUTSBEDINGUNGEN: DIE PROBLEMLAGE.....	9
4. METHODOLOGIE, METHODEN UND SAMPLEBESCHREIBUNG	13
5. DIE ERGEBNISSE DER INTERVIEWAUSWERTUNG.....	21
5.1. WOHN- UND LEBENSSITUATIONEN	21
5.2. ENERGIEPRAKTIKEN	24
5.3. ENERGIEKOSTEN, ABSCHALTUNGEN UND DIE FRAGE DES VERSORGERWECHSELS	40
5.4. HANDLUNGSSPIELRÄUME FÜR ENERGIEEFFIZIENZ UND ENERGIESPAREN	46
6. MAßNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG VON ENERGIEARMUT: POLICY-VORSCHLÄGE.....	49
6.1. GESETZLICHE RAHMENBEDINGUNGEN UND BESTEHENDE POLITIKEN ZUR BEKÄMPFUNG VON ENERGIEARMUT UND/ODER ERHÖHUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ.....	50
6.2. POLICY-VORSCHLÄGE ZUR BEKÄMPFUNG VON ENERGIEARMUT	51
7. LITERATURVERZEICHNIS.....	67
8. ABBILDUNGSVERZEICHNIS	73

1. Einleitung (Executive Summary)

Der vorliegende Endbericht stellt die wesentlichsten Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Projekts NELA (Nachhaltiger Energiekonsum und Lebensstile in armen und armutsgefährdeten Haushalten) vor. **Ziel des Projekts** ist die Untersuchung des Energiekonsums in armen und armutsgefährdeten Haushalten und eine darauf aufbauende stakeholderbezogene Erarbeitung von datenfundierten Maßnahmen zur Energieverbrauchsreduktion. Durch einen qualitativen Zugang wird dem Energieverbrauch in seinen vielfachen Ausprägungen, den zugrunde liegenden Handlungsmotiven, den treibenden Faktoren und Ursachen nachgegangen. Zwar liegt der Schwerpunkt des Projekts auf armen und armutsgefährdeten Haushalten, zu Vergleichszwecken werden aber auch ausgewählte, einkommensstarke Haushalte untersucht.

Durch die Analyse werden Potenziale für Energieeffizienz und Energieverbrauchsreduktion identifiziert und Möglichkeiten und Barrieren entsprechenden Handelns eruiert. Ausgehend von der Annahme, dass arme und armutsgefährdete Haushalte keineswegs homogen sind, sondern unterschiedliche Umgangsweisen mit Energie auch unter prekären Lebensverhältnissen bestehen, werden in kontinuierlicher Zusammenarbeit mit verschiedenen Stakeholdern (Energieunternehmen, NGOs, Schuldnerberatung, Verwaltung, KonsumentInnen) Maßnahmen zur Verringerung von Energiearmut entwickelt, im Hinblick auf Umsetzungsbedingungen geprüft und im Sinne von Handlungsempfehlungen an die verschiedenen AkteurInnen im Energiesystem formuliert. Neben der Gewinnung von System- und Handlungswissen wird so gemeinsam mit ausgewählten Haushalten und ExpertInnen Transformationswissen erarbeitet, um Möglichkeiten und Hemmnisse von Energieeffizienzstrategien alltags- und milieunahe zu ermitteln.

Ausgangssituation des Projekts ist der Tatbestand, dass es zum einen bisher kaum belastbares Wissen zum Zusammenhang von Armut und Energiekonsum gibt. Zum anderen sind gerade arme und armutsgefährdete Haushalte eine besonders vulnerable Gruppe im Hinblick auf den Energiekonsum: Steigende Energiepreise, energieineffiziente Wohnungen, hohe Energiekosten, Abschaltungen sind nur einige Problemlagen, mit denen diese Gruppe zu kämpfen hat. Energiearmut ist im Unterschied zu anderen Ländern in Österreich bisher kein öffentliches Thema, belastbare Daten existieren nicht und fundierte Studien zur Thematik liegen nicht vor. Anknüpfend an diese Ausgangssituation ist das Ziel des Projekts die Untersuchung des Energiekonsums in armen und armutsgefährdeten Haushalten und eine darauf aufbauende stakeholderbezogene Erarbeitung von datenfundierten Maßnahmen zur Energieverbrauchsreduktion.

Das Projekt ist im **qualitativen Paradigma** verankert und untersucht den Energieverbrauch aus der Perspektive der Betroffenen. Insgesamt wurden 50 arme und armutsgefährdete Haushalte und 10 einkommensstarke Haushalte in Wien mittels qualitativer Interviews befragt, wobei auch quantitative Daten (z.B. zur Geräteausstattung) und der reale Strom- und Gasverbrauch ermittelt wurden (allerdings sind letztere Daten teilweise unvollständig). Methodologisch war die „**Grounded Theory**“ forschungsleitend, deren Ziel die systematische Entwicklung von Theorien auf Basis erhobener Daten ist. Ausgewertet wurden die Daten vorwiegend mit dem Kodierverfahren der „Grounded Theory“, wobei die Interviewanalyse durch die qualitative Daten-Software „Atlas.ti“ unterstützt wurde.

Nach einer umfangreichen Literatur- und Datenanalyse zur Entwicklung eines theoretischen Rahmens wurde ein **erster Workshop mit relevanten Stakeholdern** (u.a. Energieversorger, NGOs, soziale Organisationen) zur Ermittlung von Formen der Energiearmut und möglichen Lösungsansätzen durchgeführt (Schneider 2010). Die empirische Arbeit wurde in zwei Phasen durchgeführt (erste Phase: 30 Interviews mit armen und armutsgefährdeten Haushalten; zweite Phase: 20 Interviews mit einkommensschwachen und 10 Interviews mit einkommensstarken Haushalten), wobei in beiden Phasen Erhebung und Auswertung ineinander verschränkt waren. Ein **zweiter Stakeholder-Workshop** im letzten Projektdrittel diente der Diskussion von Projektergebnissen und der gemeinsamen Entwicklung, Diskussion und Bewertung von Policy-Vorschlägen zur gesellschaftlich-politischen Bearbeitung von Energiearmut.

Die **Interviewanalyse** hat zutage gebracht, dass die Energiepraktiken in armen und armutsgefährdeten Haushalten aus einem Zusammenspiel vieler Faktoren resultieren. Ein zentraler Faktor sind die **Lebens- und Wohnsituationen**. Aufgrund des niedrigen Haushaltseinkommens sind viele Haushalte durch Einschränkungen gekennzeichnet, die Entwicklung von Genügsamkeit als Lebensstrategie und das Absenken von Ansprüchen sind häufig. Die energetische Wohnsituation der befragten Haushalte ist in der Mehrzahl schlecht, mehr oder weniger energieineffiziente Wohnungen sind die Regel. Auch die Geräteausstattung ist wenig energieeffizient, alte und gebrauchte Geräte sind häufig, der Ausstattungsgrad in der Regel aber niedrig.

Ein weiterer Problembereich des Wohnens unter Armutsbedingungen liegt in den hohen Energiekosten bzw. unerwarteten Nachzahlungsforderungen der Energieunternehmen, was für die betroffenen Haushalte eine Belastung darstellt. Zahlungsversäumnisse können zu Abschaltungen führen, was eine Schuldenspirale in Gang setzen kann. Zwar werden verschiedenste Strategien verfolgt, um die Energiekosten niedrig zu halten und Sparpotenziale zu nutzen, allerdings sind diese Strategien aufgrund fehlender Rückmeldesysteme mit hoher Unsicherheit verbunden. Meist ist die Jahresabrechnung die einzige Rückmeldung, ob Energie eingespart wurde, jedoch werden oftmals Einsparungen durch Energiepreissteigerungen wieder wettgemacht.

Die **Energiepraktiken** in den Haushalten sind Ausdruck der Lebens- und Wohnsituationen und der Problematik der Energiekosten. Sowohl bei den Heizpraktiken als auch bei den Beleuchtungspraktiken werden unterschiedlichste **Effizienz- und Suffizienzstrategien** deutlich, mit denen die Betroffenen versuchen, unter eingeschränkten Bedingungen ihre energetischen Grundbedürfnisse zu befriedigen. Meist werden mehr oder weniger ausgeprägte Energieverbrauchsreduktionsstrategien vollzogen (z.B. nur einen Raum in der Wohnung zu heizen oder potenziell vorhandene Lichtquellen nur sehr selektiv zu nutzen). Kulturelle Normen (z.B. Gastfreundschaft) können solche Reduktionsstrategien allerdings phasenweise außer Kraft setzen.

Im Vergleich einkommensschwacher und einkommensstarker Haushalte zeigt sich, dass einkommensschwache Haushalte leistbare „Kleininvestitionen“ in Richtung Energieeinsparung in höherem Maße tätigen als dies in den befragten einkommensstarken Haushalten der Fall ist. Allerdings gibt es deutlich geringere Handlungsspielräume bei armen und armutsgefährdeten Haushalte zur Erhöhung der Energieeffizienz von Haushaltsgeräten und Wohnungsbestand, weshalb viele InterviewpartnerInnen nur mehr wenig zusätzliche Möglichkeiten sehen, Energie zu sparen. Konkret wird in vielen Handlungsbereichen versucht, Sparmaßnahmen zu setzen. Allerdings sind resultierende Kostenersparnisse wegen fehlender zeitnaher Feedbacksysteme nur schwer

nachvollziehbar und setzen **eingeschränkte Handlungsspielräume** den subjektiven Sparversuchen deutliche Grenzen.

Die Interviewanalyse hat eine Vielzahl an spezifischen Belastungssituationen und Bewältigungsstrategien von armen und armutsgefährdeten Haushalten gezeigt. Auf Basis der Projektergebnisse und von zwei im Projekt durchgeführten Stakeholder-Workshops wurden Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut abgeleitet, die an vielen Punkten der Energieproblematik solcher Haushalte ansetzen. Dabei sind vor allem Maßnahmen zentral, die an den von den Haushalten nur schwer zu beeinflussenden energieineffizienten Bedingungen ansetzen (z.B. Effizienzprogramme für Gebäude und Geräte). Aber auch Beratungsprogramme, die auf diese Zielgruppe und deren spezifische Bedingungen und Bedürfnisse zugeschnitten sind, wären erforderlich. Rückmeldesysteme können die Handlungsspielräume der Haushalte erhöhen, wenn es um die Evaluierung von Einsparversuchen und möglichen Kostensparnissen geht (u.a. durch den forcierten Einsatz von Prepaid-Zählern). Dies sind nur einige der im Projekt entwickelten **Policy-Vorschläge**. Unbedingt erforderlich wäre der Aufbau einer nationalen Strategie zur Bekämpfung von Energiearmut unter Einbindung aller AkteurInnen im Energiesystem.

Schlussfolgernd kann gesagt werden, dass die Forderung nach einer Bekämpfung von Energiearmut als „neuer sozialer Priorität“ auf allen Ebenen der EU (Santillán Cabeza 2010) noch keine durchgehende Anerkennung gefunden hat. Zwar wurden (auch in Österreich) im Zuge der Umsetzung des dritten Energiebinnenmarktpakets der EU einzelne Maßnahmen zum Schutze benachteiligter VerbraucherInnen gesetzt (Richtlinie 2009/72 EG), eine umfassende gesellschaftliche oder politische Diskussion dieser Thematik findet in Österreich bisher nicht statt. Die Verbreitung von Energiearmut ist aufgrund fehlender Zahlen nicht seriös abzuschätzen, eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Thematik ist erst im Entstehen.

Vor diesem Hintergrund bieten die Ergebnisse des Projekts NELA fundierte Einblicke in die Problematik von Energiekonsum und Armut und daraus abgeleitet mögliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut. Allerdings kann NELA nur ein Anfang sein, da viele Forschungsarbeiten in diesem Zusammenhang noch zu leisten sind. So wäre u.a. als Grundlage einer nationalen Strategie zur Bekämpfung von Energiearmut eine quantitative Untersuchung zur Verbreitung von Energiearmut in Österreich dringend notwendig. Es wäre zu wünschen, dass die Ergebnisse des Projekts NELA der Diskussion um Energiearmut in Österreich einen notwendigen Schub verleihen und Folgeprojekte weitere Forschungslücken zu schließen imstande sind.

Nach dieser Kurzdarstellung des Projekts sollen im nächsten Abschnitt einige theoretische Perspektiven dargestellt werden, die für das Projekt erkenntnisleitend waren.

2. Theoretische Perspektiven: Die Komplexität des Energiekonsums im Fokus disziplinärer Perspektiven

Der theoretische Rahmen der Studie wurde zu Beginn des Projekts durch eine umfassende Literaturanalyse entwickelt und während der Durchführung des Projekts in einem ständigen, iterativen Prozess im Zusammenspiel von Datenanalyse und weiterer theoretischer Fundierung differenziert. Im Folgenden soll ein Einblick in einige theoretische Perspektiven gegeben werden, die für das Projekt orientierende Bedeutung hatten. Das Projekt verfolgt eine **sozialwissenschaftliche Perspektive**, die den sozial vermittelten Charakter des Energiekonsums und dessen soziotechnische und infrastrukturelle Einbettung betont (Shove et al. 1998). Diese Ausrichtung wurde vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung mit anderen disziplinären Zugängen zum Energiekonsum entwickelt (vgl. dazu auch Brunner et al. 2011b).

Die sozialwissenschaftliche Erforschung des Energiekonsums kann auf eine zumindest 40-jährige Geschichte zurück blicken. Mit den Öl- und Energiekrisen der 1970er Jahren wurden Fragen nach der Entwicklung und den Determinanten des Energieverbrauchs und der Energieeffizienz zunehmend relevant. War **Energieverbrauchsforschung** bis Anfang der 1970er Jahren noch weitgehend durch eine technisch-ingenieurwissenschaftliche Perspektive gekennzeichnet, in deren Mittelpunkt die Optimierung technischer Effizienz stand, wurde ab diesem Zeitpunkt zunehmend auch die Frage nach Verhaltensfaktoren gestellt, da sich herausstellte, dass identische Haushalte große Unterschiede im Energieverbrauch zeigen können (Reusswig 1994), also auch das Energiehandeln der Menschen für das Ausmaß des Ressourcenverbrauchs relevant ist. Es wurde und wird zunehmend deutlich, dass es die Menschen sind, die Energie verbrauchen und nicht Wohnungen oder Geräte (Shove et al. 1998).

Während in den 1970er und 1980er Jahren die Forschung stark von psychologischen und ökonomischen Handlungsansätzen geprägt war (und größtenteils immer noch ist), teilweise auch eine technische Innovationsperspektive dominant war, setzte sich seit den 1990er Jahren zunehmend auch eine genuin soziologische Perspektive durch. Diese baute einerseits auf Erkenntnissen der Ökonomie und Psychologie auf, versuchte andererseits die Probleme und blinden Flecken der jeweiligen disziplinären Zugänge herauszuarbeiten und vor diesem Hintergrund eine eigene Perspektive zu entwickeln.

Ökonomische Ansätze stellen Einkommen und Energiepreise in das Zentrum ihrer Analysen (Köppl/Wüger 2007). Demnach zeigt sich ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Einkommen und Energieausgaben. Mit steigendem Einkommen nehmen die Energieausgaben absolut zu, gleichzeitig sinkt der Anteil der Energieausgaben an den gesamten Konsumausgaben. Demnach geben einkommensschwächere Haushalte einen größeren Teil ihres Einkommens für Energie aus. Steigen die Energiepreise, so kann dies die Diffusion von energieeffizienten Technologien beschleunigen oder höhere Ausgaben für energiesparende Maßnahmen nach sich ziehen (Brohmann et al. 2009). Dies gilt aber nicht unbedingt für einkommensschwache Haushalte, die nach einer älteren Studie auf höhere Energiepreise eher mit Verhaltensänderungen (z.B. Reduktion der Raumwärme) als mit (teuren) Investitionen in effiziente Technologien oder Gebäudeausstattungen antworten (Dillman et al. 1983).

Neben dem Einkommen sind auch andere soziodemographische Faktoren für den Energiekonsum relevant, wie etwa die Anzahl der Haushaltsmitglieder: Mit ihrer Anzahl steigt auch der Energieverbrauch, allerdings nimmt der Energieverbrauch pro Kopf mit steigender Haushaltsgroße ab. Auch die Wohnungsgröße korreliert positiv mit den Energieausgaben (Lutzenhiser 1997), ebenso wie ländliche Wohnregionen: Energieausgaben sind demnach in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte (Städte) geringer. Das Wohnen im Einfamilienhaus hat höhere Energieausgaben zur Folge als jenes im Mehrfamilienhaus oder Wohnblock (Köppl/Wüger 2007).

Die ausschließliche Orientierung an ökonomischen Ansätzen wird inzwischen auch innerhalb der Ökonomie kritisiert. Es setzt sich zumindest partiell die Ansicht durch, dass auch andere als ökonomische Faktoren (z.B. Nutzerverhalten, Kultur, Klima) herangezogen werden müssen, um ein fundiertes Verständnis der Komplexität von Energiehandeln zu erlangen (Köppl/Wöger 2007; Schipper/Meyers 1992). Demnach ist auch vordergründig ökonomisches Handeln sozial und kulturell eingebettet, von nicht-ökonomischen Aspekten wie Anerkennung und sozialen Beziehungen geprägt (im Projekt selbst wurde auch ein sozioökonomischer Zugang entwickelt und einige Ergebnisse vor dem Hintergrund dieser multidisziplinären Perspektive interpretiert; vgl. Brunner et al. 2011a).

Paradigmatisch der Ökonomie teilweise nahe stehend, offerieren **(sozial-)psychologische Ansätze** Einsichten in den Stellenwert nicht-ökonomischer Faktoren. Demnach ist Energieverbrauch nicht nur über Einkommen und Preise zu fassen, sondern ergänzend bzw. hauptsächlich durch das Zusammenspiel von u.a. Wissen, Einstellungen, Werten, Vertrauen, sozialen Normen, also Faktoren, die in der Ökonomie in der „begrenzten Rationalität“ von Handelnden ihren Ausdruck finden. Allerdings ist umstritten, in welchem Ausmaß Einstellungen für das Verhalten wirksam sind, in vielen Studien zeigen sich eher geringe Zusammenhänge. In diesem Zusammenhang sind Erkenntnisse der Umweltbewusstseinsforschung zu berücksichtigen, die darauf verweisen, dass bei Umwelthandlungen häufig mehrere motivationale Bedingungen erfüllt sein müssen, damit sie realisiert werden (Gestring et al. 1997). Aktuell wird in der psychologischen Energieverbrauchsforchung die Rolle von sozialen Netzwerken und Partizipation sowie der Stellenwert von Technologie, Institutionen und Kultur als Rahmenbedingungen von Energieverbrauch hervorgehoben (Heiskanen et al. 2009). Auch in dieser Disziplin sind also zunehmend Entwicklungen deutlich, die stark in Richtung Soziologie deuten, indem auf die Bedeutung kontextueller Faktoren verwiesen wird (Poortinga et al. 2004).

Die soziologische Kritik sowohl an ökonomischen als auch psychologischen Theorieansätzen bezieht sich vor allem auf die individualistischen, sozial entbetteten Akteursmodelle mit ihrer Ausblendung von Handlungskontexten und strukturellen Gegebenheiten, die meist als dem Handeln äußerlich konzipiert werden und damit den inhärent sozialen Charakter des Energiehandelns unterschätzen (Plackner 2010). **Soziologische Ansätze** zur Analyse des (Energie-)Konsums gehen häufig von einer sozialen Kontextualisierung des Konsumhandelns aus (Brunner 2007). Bewusstseins- und Handlungsformen sind demnach sozial und kulturell kontextualisiert. Menschliches Handeln ist z.B. in soziale Milieus und Lebensstile eingebettet, worauf die soziologische Sozialstrukturforschung hingewiesen hat, die die im Zuge des soziokulturellen Wandels zunehmende Ausdifferenzierung sozialer Gruppierungen nach soziokulturellen Gemeinsamkeiten analysiert. Daher erscheint es notwendig, Sozialstruktur nicht mehr nur mittels „objektiver“ Faktoren“ abzubilden, sondern zunehmend auch Einstellungen, Wertbezüge und Handlungsweisen unterschiedlicher sozialer Gruppen zu erfassen, um diesen Differenzierungs- und Individualisierungstendenzen Genüge zu tun.

Dies verweist auf die Bedeutung von Lebensstilfaktoren und die Einbeziehung von lebensstilspezifischen Einstellungs- und Verhaltensorientierungen, wie sie auch in der ökologischen Lebensstilforschung betont werden (Reusswig 1999; Rink 2002).

Reusswig (1994) kommt in einer zusammenfassenden Analyse verschiedener objektiver und subjektiver Zugänge zum Energiekonsum zum Schluss, dass auch in diesem Konsumbereich der „Patchworkcharakter“ des Umwelthandelns sichtbar wird. Demnach variiert Energiesparverhalten nicht nur von einer Lebensstilgruppe zur anderen, sondern auch von Energiebereich zu Energiebereich. Es lässt sich also kein übergreifendes Muster umweltbewussten Handelns identifizieren: „Die verschiedenen Gruppen wählen ihr ökologisches Verhalten im allgemeinen, ihre Energiespar-Wege im Besonderen aus ganz verschiedenen Gründen, die in ihrem Lebensstil wurzeln“ (Reusswig 1994, 212).

Energiehandeln kann von einer Lebensstilgruppe zur anderen differieren, dies gilt auch für Effizienzorientierungen und die Einstellung zu Technologien (Lutzenhiser/Gossard 2000; Reusswig 1994). Prose/Wortmann (1991) haben in einer Studie zum Energiesparen sieben unterschiedliche Typen identifiziert, die sich deutlich nach Werten, Lebensstilen und Konsumformen unterschieden, was eine differente Ansprache für Energiespar-Marketingmaßnahmen erfordert. Je nach **Lebensstil** können in Haushalten unterschiedliche „Energiekulturen“ (Aune 2007) existieren. Eine aktuelle Studie aus Österreich identifizierte verschiedene „Energy Styles“, was wiederum energiestilspezifische Kommunikationsformen für Verhaltensänderungen nahe legt (Hierzinger 2011). Die Berücksichtigung lebensstilspezifischer Einstellungs- und Verhaltensorientierungen sollte allerdings nicht zu einer kulturalistischen Entwertung sozialer Lagemarkale führen, besonders wenn es um arme und armutsgefährdete Haushalte geht.

Im Unterschied zu individualistischen Theorieansätzen ökonomischer oder psychologischer Provenienz reduziert der hier verfolgte sozialwissenschaftliche Ansatz Handlungen nicht auf bewusste Wahlhandlungen, sondern bezieht auch vorreflexive und routinisierte Handlungen mit ein. Dies ist gerade beim Energiekonsum wichtig, da Energie nicht als solche konsumiert wird, sondern Grundlage alltäglicher Handlungen ist. Energiekonsum verläuft im Alltag deswegen zum Großteil unthematisiert und unsichtbar, ist nur unter bestimmten Bedingungen der Reflexion zugänglich (Gronow/ Warde 2001). Energiekonsum kann als Ergebnis einer Vielzahl von sozialen Praktiken im Haushalt gesehen werden (z.B. Kochen oder Heizen), die weniger auf bewussten Entscheidungen basieren als auf der „Performance“ alltäglicher Routinen, die vielfach eingebettet sind (Gram-Hanssen 2009; Warde 2005; Wilhite 2009) und aus verschiedenen Elementen bestehen: Dingen (wie z.B. Technologien, materiellen Umwelten, Körpern), Bedeutungen (Sinn) und Fähigkeiten/Kompetenzen (Hand/Shove 2007; Roepke 2009). Der soziale-Praktiken-Ansatz bekam im Verlauf des Projekts zunehmend theoretische Orientierungsfunktion (Brand 2010; Brand 2011). Worauf der **soziale-Praktiken-Ansatz** ebenso hinweist, sind die dynamischen Wechselbeziehungen zwischen dem Konsum, der materiellen Umwelt (Technologien, Bauten, Geräte) und den infrastrukturellen und institutionellen Strukturen (Energiemarkt, GeräteherstellerInnen, ArchitektInnen, PolitikerInnen), die Ausformungen und Dynamiken von Energiepraktiken mitbestimmen (Berker 2008; Wilhite 2009).

Berker (2008) weist zu Recht darauf hin, dass sozial- und kulturwissenschaftliche Ansätze häufig die technischen Aspekte von Energienutzung vernachlässigen. Deshalb sind **sozio-technische Ansätze** in

der Analyse zu berücksichtigen, die die dynamischen Wechselbeziehungen zwischen Technologie und alltäglicher Energienutzung in das Blickfeld nehmen (zu den verschiedenen sozio-technischen Ansätzen vgl. Hinton 2010).

Wohnformen sind ebenso wie technische Ausstattungen eines Haushalts Teil der **materiellen Kultur**. Lage, Größe, Qualität und Ausstattung der Wohnung ist gleichsam materialisierte Sozialstruktur, die sich auch im Energieverbrauch spiegelt. Große Potenziale zur Senkung des Energieverbrauchs werden oft in der Optimierung der Energieeffizienz von Gebäuden oder der technischen Ausstattung gesehen. Jedoch wird häufig unterschätzt, dass Menschen technische Potenziale auch realisieren müssen (Dennerlein 1990) und dabei nicht immer durch die Angebotsseite unterstützt werden. Design und Marketing elektronischer Geräte beispielsweise tragen oft zur Förderung energieintensiver Verhaltensweisen bei, was es schwierig macht, Personen zu Energiereduktion in Haushalten zu motivieren (Berker 2008; Crosbie 2008).

Wesentlich für das Verständnis von Konsumpraktiken sind auch die Vorstellungen von „**Normalität**“, die KonsumentInnen je nach Lebensstil in ihren Energiepraktiken anleiten (und die in einer Konsumgesellschaft häufig treibende Faktoren für Mehrkonsum darstellen) (Shove 2003). Dazu müssen die Gewohnheiten der KonsumentInnen in das Zentrum gestellt werden, die täglichen Routinen und Rituale, wie Menschen ihre Wohnung nutzen und wahrnehmen (Asquith 2006).

Wie aus der Umweltforschung bekannt, zeigen Menschen oft ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein, haben aber teilweise große Schwierigkeiten, ihre Intentionen in Handlungen umzusetzen. Ein Grund dafür ist, dass eine Vielzahl an alltäglichen Handlungen koordiniert werden muss und daraus Handlungshemmisse resultieren können. Deshalb ist es wichtig, die Eingebettetheit von Konsumhandeln in die **alltägliche Lebensführung** der Menschen zu thematisieren, d.h. ihr alltägliches Tun (das Was und Wie) in den unterschiedlichen Lebensbereichen und wie Individuen versuchen, die verschiedenen Tätigkeiten zu einem kohärenten und konsistenten Ganzen zusammenzufügen, die oft widersprüchlichen Anforderungen, Zeiten und Strukturen abzustimmen und zu integrieren (Voß 1991; Voß/Weihrich 2001). So kann die alltägliche Lebensführung von unterschiedlichen Gruppen armer und armutsgefährdeter Menschen sehr verschieden sein, Langzeitarbeitslose etwa können andere Muster der Lebensbewältigung praktizieren (mit anderen aus der Lebenssituation erwachsenen Energiepraktiken) als beispielsweise Menschen, die der Gruppe der „Working Poor“ zugerechnet werden. Wenn von alltäglicher Lebensführung gesprochen wird, dann sind damit auch den Alltag prägende pragmatische Erwägungen gemeint, die Suche nach einem lebbaren Koordinationsmodus von Zeit und Raum im Alltag (Berker 2008).

Konsummuster sind aber auch eingebettet in und beeinflusst von **gesellschaftlichen Diskursen** zu Energie, Konsum, Umwelt, Armut. Diese Diskurse bestimmen in mehr oder weniger großem Ausmaß gesellschaftliche Leitbilder, die wiederum Auswirkungen auf die Legitimität bestimmter Konsummuster haben (vgl. z.B. die Diskussion um Vor- und Nachteile des Glühbirnenverbots, wie der entsprechende Abschnitt im Ergebnisteil zeigt). Schließlich spielen für die Ausprägung von Konsummustern auch makrostrukturelle gesellschaftliche **Trends** (z.B. Individualisierung) eine wichtige Rolle, ebenso wie politische und rechtliche **Rahmenbedingungen** der Energiewirtschaft, die Unternehmenspolitiken der Energieversorger und technische Entwicklungen, die konsumtive Handlungsspielräume einengen oder erweitern können (Brunner 2007).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Energiepraktiken sowohl beeinflusst sind von lebenslagenspezifischen Ressourcen und Restriktionen (z.B. Einkommen, Wohnungsgröße und -ausstattung), als auch von Einstellungen und Werten, sozialen und kulturellen Normen, der alltäglichen Lebensführung, Technologien, der gebauten Infrastruktur des Heims und den das Zusammenspiel dieser Faktoren beeinflussenden Diskursen, Infrastrukturen, Institutionen und gesellschaftlichen Trends (Hinton 2010).

Die **Theoriebildung im Projekt** war von der Annahme geleitet (die sich auch bestätigt hat), dass auch unter Armutsbedingungen nicht allein ökonomische Motive handlungsleitend sind, sondern die vielfältigen Einflussfaktoren auf den Energiekonsum in der einen oder anderen Weise zutage treten werden. Ziel war es, die Komplexität des Energiekonsums unter Bedingungen von Armut und Armutsgefährdung herauszuarbeiten und daraus zielgruppenspezifische Maßnahmen zur Steigerung von Energieeffizienz und zur Energieverbrauchsreduktion abzuleiten. Dabei wurde deutlich, dass es Steuerungskonzepte braucht, die der Komplexität des Energiekonsums gerecht werden, die sozialen und kulturellen Bedeutungen und Einbettungen von Energiehandeln ernst nehmen, um effektive Maßnahmen in Richtung eines nachhaltigeren Energiekonsums und einer Eindämmung von Energiearmut zu setzen.

3. Energiekonsum unter Armutslagen: Die Problemlage

Die Erforschung von Armutslagen gehört zum Standardbestandteil der Berichterstattung zur sozialen Lage einer Nation. Quantitativ-statistische Erhebungen ermöglichen eine kontinuierliche Beobachtung der Konstanz oder Veränderung von Armut und Armutgefährdung in einer Gesellschaft. So ergibt sich für Österreich folgendes Bild: 2008 lebten mehr als 1 Million Menschen in armutgefährdeten Haushalten, die Armutgefährdungsquote lag bei 12,4 Prozent (Statistik Austria 2009). 6 Prozent der Bevölkerung befanden sich in manifester Armut, d.h. unter Bedingungen, wo niedriges Einkommen und niedriger Lebensstandard (Einschränkungen der täglichen Lebensführung aufgrund mangelnder Ressourcen, die sog. finanzielle Deprivation) zusammen auftreten. Auch 2009 hat sich an diesen Zahlen nichts geändert (BMASK 2011), seit 2004 bleibt die Armutgefährdungsquote weitgehend konstant.

Besonders armutgefährdet und einem höheren Risiko manifester Armut ausgesetzt sind MigrantInnen und Personen in Ein-Eltern-Haushalten. Frauen sind als Singles und in Ein-Eltern-Haushalten einem höheren Armutrisiko unterworfen als Männer. Auch allein stehende PensionistInnen, Arbeitslose und kinderreiche Haushalte zählen zu gefährdeten Gruppen. 2009 waren 17% der Bevölkerung Österreichs von finanzieller Deprivation betroffen, d.h. sie konnten sich mindestens zwei der folgenden sieben Dinge nicht leisten: a) die Wohnung angemessen warm zu halten, b) Zahlungen in den letzten 12 Monaten rechtzeitig zu begleichen, c) notwendige Arztbesuche in Anspruch zu nehmen, d) unerwartete Ausgaben bis zu 950 Euro zu finanzieren, e) neue Kleidung zu kaufen, f) jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch (oder entsprechende vegetarische Speisen) zu essen, g) Freunde oder Verwandte einmal im Monat zum Essen einzuladen. Für Armutgefährdete ist die finanzielle Deprivationsquote von 35% im Jahr 2004 auf 49% im Jahr 2009 stetig angestiegen (BMASK 2011). Mehr als die Hälfte der Armutgefährdeten (56%) kann es sich nicht leisten, unerwartete Ausgaben zu tätigen. 17% der Armutgefährdeten haben Schwierigkeiten, Zahlungen rechtzeitig zu begleichen und 8%, die Wohnung angemessen warm zu halten. In Wien liegt die Armutgefährdungsquote mit konstanten 17% in den letzten Jahren deutlich über derjenigen Österreichs.

Unzumutbarer Wohnungsaufwand ist ein nationaler Indikator für soziale Eingliederung. Dieser ist gegeben, wenn mehr als 25% des verfügbaren Haushaltseinkommens pro Jahr für den Wohnungsaufwand ausgegeben werden müssen. 2009 waren 16% der Bevölkerung Österreichs davon betroffen, ohne Berücksichtigung von Energie- und Instandhaltungskosten lag die Quote bei 10%. „Steigende Energiekosten und Mietpreise treffen Haushalte mit niedrigem Einkommen überdurchschnittlich stark“ (BMASK 2011, 149). Bei armutgefährdeten Personen stieg die Betroffenheit von unzumutbarem Wohnungsaufwand von 51% im Jahre 2004 fast kontinuierlich auf 54% in 2009. Mit prekärer Wohnqualität müssen 4% der Bevölkerung leben, 3% nicht armutgefährdeter Personen, aber 9% armutgefährdeter Personen (ebda.). Nach einer Auswertung von Daten aus dem Jahr 2003 sind WienerInnen von Problemen der Wohnqualität (z.B. feuchte Wände, dunkle Räume, Nichtvorhandensein eines WCs oder Nassraums) doppelt so stark betroffen wie Menschen aus den Bundesländern. In Wien wohnten 2003 53% und in den Bundesländern 36% der Armutgefährdeten in prekären Wohnsituationen (Till/Till-Tenschert 2006). Diese Zahlen zeigen, dass viele der mit Armut und teilweise indirekt mit Energiearmut verbundenen Probleme in Wien besonders stark ausgeprägt sind.

Energiefragen spielen – wie eben gezeigt – in der Armutsstatistik nur eine äußerst marginale Rolle. Ausprägungen von Energiearmut können bestenfalls indirekt aus einigen Indikatoren erschlossen werden. Da es bisher kaum belastbares Wissen zu dieser Thematik gibt (Dünnhoff et al. 2006; Friedl 2011), wird mit NELA versucht, den Zusammenhang von Armut und Energiekonsum eingehender zu untersuchen. Aufgrund steigender Energiepreise geraten arme und armutsgefährdete Haushalte unter besonderen Druck hinsichtlich der Inanspruchnahme von Energiedienstleistungen. Obwohl der Ressourcenverbrauch solcher Haushalte generell eher geringer als in anderen Haushalten ist, sehen sich diese durch höhere Energiepreise einer Verschlechterung ihrer ohnehin nicht günstigen sozioökonomischen Situation ausgesetzt. Es sei „besonders ungerecht, dass jemand, der oder die nur wenig Energie verbraucht, überdurchschnittlich von der Teuerung betroffen ist, weil die ‚Fixkosten‘ für Energie besonders stark gestiegen sind“ (Arbeiterkammer zit. nach FORUM Nachhaltiges Österreich 2007, 10).

Eingeschränkte finanzielle Handlungsspielräume, energieineffiziente Wohnungen, Schwierigkeiten, die Energierechnung zu bezahlen, Abschaltungen, Energiearmut (Kopatz et al. 2010) sind nur einige Problemfelder, mit denen diese Haushalte konfrontiert sind. Arme und armutsgefährdete Haushalte scheinen auch von der Liberalisierung der Strommärkte wenig zu profitieren, denn die Möglichkeiten zum Wechsel der Stromanbieter werden vor allem von höher gebildeten Menschen mit höherem Einkommen genutzt (Boardman 2010). Die Hälfte einkommensschwacher Haushalte hat in einer englischen Umfrage angegeben, nicht genügend Energie zum Heizen der Wohnung zu haben bzw. einen oder mehrere Räume an kalten Tagen nicht zu heizen (Summerton 2004). Im Vergleich zu einkommensstarken Haushalten sind einkommensschwache zwar zu (unfreiwilliger) Suffizienz genötigt, die bedeutet aber nicht notwendigerweise den geringsten Energieverbrauch (Hoffmann 2006), da energieineffiziente Wohnbedingungen (s. u.) ein wesentlicher Faktor für die Höhe des Energiekonsums sind. Eine Pilot-Studie zu einkommensschwachen Haushalten in Wien hat gezeigt, dass ein Großteil dieser Haushalte Probleme mit Energiekosten hat und Energieabschaltungen nicht selten sind (Proidl 2009). Auch soziale Organisationen sprechen von vielen Anzeichen, dass ein beträchtlicher Teil einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen zumindest phasenweise mit Energieproblemen zu kämpfen hat. Im Unterschied zu anderen Ländern, wie z.B. Großbritannien (Boardman 2010), steht das Problem von Energiearmut in Österreich bisher nicht auf der politischen Agenda, belastbare Daten existieren nicht und fundierte Studien zur Thematik liegen nicht vor.

Beispielsweise ist im fast 800 Seiten dicken „Handbuch Armut in Österreich“ (Dimmel et al. 2009) weder ein Stichwort Energiearmut noch ein eigenes Kapitel zu dieser Thematik zu finden. Eine neue Publikation zum Thema Armut nimmt Energiearmut zumindest im Zusammenhang mit Kälte in Wohnungen wahr und verweist auf Informationen der E-Control: „In Österreich wie auch in vielen anderen europäischen Ländern bezahlen armutsbetroffene Haushalte zwischen 30 und 40 Prozent mehr für Energie als vergleichbare ‚normale‘ Haushalte. Grund dafür sind nicht höhere Tarife, sondern Zusatzkosten, die für das Ein- und Abschalten von Strom beziehungsweise Gas anfallen, wenn die Rechnung nicht regelmäßig bezahlt wird. Weitere Gründe für höheren Verbrauch ergeben sich aus der Notwendigkeit, die Wohnung wegen der Kinder den ganzen Tag lang warm zu halten, beziehungsweise weil Menschen aufgrund von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder einer Behinderung generell mehr Zeit zu Hause verbringen. Zudem leben Menschen mit geringerem Einkommen oft in den desolatesten Wohnungen mit undichten Fenstern und schlecht isolierten Wänden. Fehlendes Geld für energiesparende Geräte verteurt die Energiekosten weiter“ (Schenk/Moser 2010, 152).

Eine internationale Vergleichsstudie in vier Ländern hat festgestellt, dass unterprivilegierte Gruppen im Unterschied zur Gesamtbevölkerung zwar weniger Umweltbesorgnis zeigen (wobei hier allerdings große länderspezifische Unterschiede bestehen), jedoch deutlich umweltfreundlicher handeln als die Gesamtbevölkerung (Cames 1999; Grant 2001). Bezogen auf Energieeffizienz wurde konstatiert, dass diese Gruppen nicht mehr Energie verbrauchen als die Gesamtbevölkerung, wobei hier allerdings zwischen Verhaltensabsichten und Konsumbedingungen (z.B. schlecht isolierte Wohnungen) unterschieden werden muss. Wichtig ist auch der Befund, dass sich einkommensschwache Haushalte aus sehr heterogenen Gruppen zusammensetzen, die sich im Ressourcenverbrauch, in der Ansprechbarkeit für Verhaltensaßnahmen und in der ökologischen Sensibilisierung unterscheiden. So hat sich nach dieser Studie z.B. die Gruppe der AlleinerzieherInnen als sehr anschlussfähig für Maßnahmen zum nachhaltigen Konsum erwiesen (Stichwort: Kindererantwortung), während Langzeitarbeitslose wenig motivierbar erschienen. Diese Befunde verweisen darauf, dass auch bei einkommensschwachen Haushalten trotz ähnlich restriktiver materieller Lage sehr unterschiedliche Handlungsbedingungen und Mentalitäten vorhanden sein können, die das Handeln beeinflussen.

Laut EU-SILC hatten in Österreich 2009 insgesamt 237.000 Menschen nicht die finanzielle Möglichkeit, ihre Wohnungen angemessen warm zu halten (BMASK 2011). Bei diesen Zahlen ist interessant, dass fast zwei Drittel dieser Haushalte nicht armutsgefährdet sind. Das kann als Indiz gewertet werden, dass Energiearmut und Einkommensarmut nicht immer ident sein müssen. Dies wird auch in anderen Studien hervorgehoben, die darauf verweisen, dass Energiearmut aus dem Zusammenspiel von Einkommen, Energiekosten und Energieeffizienz resultiert (Boardman 2010).

Köppl/Wüger (2007) haben aus der Konsumerhebung 2004/05 den Energieverbrauch verschiedener Einkommensklassen herausgearbeitet und damit erstmals eine österreichische Datengrundlage zum Energieverbrauch nach Einkommenskategorien geschaffen. Die Untersuchung nach Einkommenskategorien zeigt, dass das oberste Einkommensquartil in absoluten Zahlen ungefähr doppelt so viel für Energie ausgibt wie das unterste. Dabei ist zu beachten, dass die Energieausgaben bezogen auf die Wohnnutzfläche ungefähr gleich sind. Ein erhöhter Energieverbrauch ergibt sich also u.a. durch die unterschiedliche Wohnungsgröße. Ähnliche Befunde ergeben sich auch aus den vorhandenen Verbrauchsdaten von NELA (vgl. Kapitel 4). Die Zahlen rücken die im Armutsdiskurs häufig geäußerte Wahrnehmung zurecht, dass sozial schwache Haushalte aufgrund von Sorglosigkeit und Uninformiertheit einen höheren Energieverbrauch gegenüber einkommensstärkeren Haushalten aufweisen (Kopatz et al. 2010).

Zwar gibt es in Österreich keine ausgeprägte öffentliche Diskussion zu Energiearmut und einen Mangel an integrierten Maßnahmen dagegen, jedoch werden die mit Energiearmut verbundenen Problemlagen (z.B. steigende Energiepreise) durchaus anerkannt. Eine Maßnahme, die sich direkt auf die sozialen Folgen von Energiearmut bezieht, ist der Heizkostenzuschuss (ein Vergleich der Entwicklung von Heizkostenbeihilfen und Energiepreisindex findet sich bei Kopatz et al. 2010, 22ff.). Dieser wird jährlich festgesetzt, es besteht jedoch kein gesetzlicher Anspruch darauf. Vom Winter 2009/10 auf den Winter 2010/11 wurde der einmalige Heizkostenzuschuss in Wien von 200 Euro auf 100 Euro reduziert. Der Heizkostenzuschuss ist eine Zusatzleistung zur Mindestsicherung, gilt aber in Wien auch für MindestpensionistInnen. Bevor die Mindestsicherung im September 2010 in Kraft trat, gab es als Teil der Sozialhilfe die sogenannte Heizbeihilfe von 43 Euro pro Monat, zu der zusätzlich

der Heizkostenzuschuss ausgezahlt wurde. Pro Jahr machte das im Jahr 2009 eine Gesamtheizbeihilfe von 716 Euro aus.

Wird diese gesamte Heizbeihilfe für SozialhilfeempfängerInnen mit den realen, mittleren Heizkosten aus dem Sample von NELA verglichen, so wird deutlich, dass die realen Heizkosten pro Haushalt nur zu drei Viertel durch die Sozialleistung abgedeckt werden. Die realen mittleren Heizkosten betragen 922,5 Euro pro Haushalt, was eine durchschnittliche Mehrbelastung von 206,5 Euro pro Jahr bedeutet. Die mittleren Werte sind bei den von NELA untersuchten Haushalten jedoch nur wenig ausschlaggebend, weil die Energieeffizienz der Gebäude und der Heiztechnologie sehr stark schwankt (vgl. Kapitel 4). Der Minimalwert im Sample lag bei 580,9 Euro und der Maximalwert bei 1589,2 Euro pro Haushalt. Aus diesen Zahlen kann der Schluss gezogen werden, dass eine gerechte Heizkostenunterstützung stärker auf den jeweiligen Bedarf eingehen sollte. Hierzu wird in Kapitel 6 als Policy-Maßnahme eine bedarfsorientierte Energiemindestsicherung vorgeschlagen.

Studien zu den verschiedenen Dimensionen des Energiekonsums von einkommensschwachen und/oder energiearmen Menschen haben einige selektive Erkenntnisse zutage gebracht, generell ist die Forschungslage aber alles andere als befriedigend. Dies trifft insbesondere auf solche Studien zu, die Erfahrungen, Perspektiven und Praktiken aus der Perspektive der Betroffenen untersuchen (für einen Überblick Gibbons/Singler 2008). Diese Studien liefern interessante Detailinformationen über ausgewählte Gruppen von Menschen und bestimmte energierelevante Praktiken (meist Heizpraktiken). Was bisher allerdings fehlt, sind Studien, die alle für Energiearmut relevanten Aspekte (u.a. Einkommen, Wohnungsbedingungen, Umgang mit Energiekosten) in den Fokus nehmen und eine holistischere Perspektive auf den Energiealltag einkommensschwacher und/oder energieärmer Haushalte einnehmen. Diese Perspektive versucht NELA. In Kapitel 5 werden ausgewählte Ergebnisse der Interviewanalyse dargestellt, bevor in Kapitel 6 Policy-Maßnahmen diskutiert werden. Im nächsten Kapitel stehen die methodologischen Grundlagen der Studie, die eingesetzten Methoden und Charakteristika des Samples im Zentrum.

4. Methodologie, Methoden und Samplebeschreibung

Eine Untersuchung über Formen, Determinanten und Dynamiken des Energiekonsums in armen und armutsgefährdeten Haushalten aus der Perspektive der Betroffenen erfordert einen methodologischen und methodischen Zugang, mit dem es möglich ist, grundlegende Zusammenhänge in einem noch relativ wenig erforschten Feld offen zu legen. Dazu bot sich eine Forschungsverortung im qualitativen Paradigma an (Lueger 2000). Die qualitative Sozialforschung eignet sich aufgrund ihrer Prinzipien der Offenheit und Kommunikation (Flick et al. 2000) hervorragend zur Erforschung alltagsweltlicher Wissensbestände und Handlungsformen und zur Offenlegung bisher unbekannter Zusammenhänge. Im Projekt leitete insbesondere die Methodologie der „Grounded Theory“ die Forschung an (Glaser/Strauss 1967; Kelle 1994; Strauss 1991; Strauss/Corbin 1996; Strübing 2004). Im Zentrum der „Grounded Theory“ steht die systematische Entwicklung von Theorien auf der Basis erhobener Daten.

Ähnlich wie auch andere Vorgehensweisen im qualitativen Paradigma folgt die „Grounded Theory“ einem zyklischen Verständnis des Forschungsprozesses, d.h. Erhebung und Auswertung sind nicht strikt getrennt, sondern gehen ineinander über. Der Forschungsprozess wird durch das „theoretische Sampling“ geleitet, d.h. Fälle werden nicht nur durch vorab entwickelte Kriterien ausgesucht (z.B. soziodemographische Faktoren), sondern auch durch ihre Relevanz für die theoretische Weiterentwicklung, d.h. im Verlauf des Forschungsprozesses können sich vorab nicht bekannte Aspekte ergeben, denen im weiteren Forschungsverlauf systematisch nachgegangen werden kann. Der Zyklizität wurde im Forschungsprozess insofern Rechnung getragen, als die Erhebung in zwei Stufen erfolgte und auch in den jeweiligen Stufen Erhebung und Auswertung ineinander verschränkt waren.

Die Erhebung wurde mittels qualitativer Interviews (Froschauer/Lueger 2003; Hopf 2000) durchgeführt, wobei zwecks Vergleichbarkeit ein offener Gesprächsleitfaden die Interviews anleitete. Das qualitative Interview ist für die vorliegende Fragestellung geeignet, da es durch seine Offenheit, Flexibilität und Kommunikativität erlaubt, die Perspektiven und Relevanzen der InterviewpartnerInnen zum Ausdruck zu bringen. Thematische Schwerpunkte im Interview waren u.a. Wohnen und Alltagsorganisation, Energiepraktiken, Energiesparen und Energieeffizienz, Energiekosten und Finanzmanagement sowie Wissen und Mobilität. Ergänzend zum qualitativen Interview wurden mit einem kleinen Fragebogen auch quantitative Daten (z.B. Haushaltsgröße, Wohnungsgröße, etc.) erhoben. Die InterviewpartnerInnen wurden zusätzlich gebeten, ihre Jahresabrechnungen von Strom und Gas zur Verfügung zu stellen, damit Daten zum realen Energieverbrauch verfügbar sind. Diese Bitte wurde vor allem in der ersten Erhebungsrounde nicht mit Nachdruck geäußert, weshalb nur für 24 Haushalte belastbare Daten zur Verfügung stehen. Die Interviews wurden anschließend transkribiert, wobei den InterviewpartnerInnen zwecks Anonymisierung ein fiktiver Name zugeordnet wurde. Dieser fiktive Name wurde fortan bei der Auswertung und auch in diesem Endbericht verwendet.

In der ersten Erhebungsphase (von 29.06.2009 bis 08.09.2009) wurden 30 einkommensschwache Personen aus unterschiedlichsten Wiener Haushalten interviewt. Der Feldzugang wurde insofern erleichtert, als einige ExpertInnen des Projekt-Workshops die Kontakte vermittelten, wodurch ein Vertrauensaufbau zur Durchführung der Interviews möglich war. Die Interviewpersonen erhielten für ihre Bereitschaft auch eine finanzielle Entschädigung. In der zweiten Erhebungsphase (von

19.04.2010 bis 07.09.2010) wurden weitere 20 arme und armutsgefährdete Haushalte und 10 einkommensstarke Haushalte befragt, die u.a. durch das „theoretische Sampling“ (Strauss 1991) ermittelt wurden. Zum Beispiel wurde in der zweiten Phase darauf geachtet, dass auch alle wesentlichen Armutgefährdungsgruppen im Sample vertreten waren (vgl. zur Samplezusammensetzung weiter unten). Vergleichend wurden auch Personen aus 10 einkommensstarken Haushalten interviewt. Auswertungsmethodisch wurde im Projekt vor allem dem Kodierverfahren der „Grounded Theory“ gefolgt (Strauss/Corbin 1996; Strübing 2004), wobei die Analyse computergestützt mit der qualitativen Daten-Software „atlas.ti“ (www.atlasti.com) durchgeführt wurde (Kuckartz 2007). Zusätzlich wurden auch inhaltsanalytische Methoden angewendet (Mayring 2000).

Die Interviews fanden in den Wohnungen der InterviewpartnerInnen statt, wodurch auch Einblicke in die Lebens- und Wohnsituation der Menschen in die Auswertung einflossen (alle InterviewerInnen fertigten nach dem Gespräch ein Protokoll an, in das u.a. auch Beobachtungen der Wohnumgebung eingingen). Die Interviews in den armen und armutsgefährdeten Haushalten wurden mit 50 Personen (28 Frauen und 22 Männern) im Alter von 24 bis 74 Jahren geführt. Drei Viertel der Interviewten waren zum Zeitpunkt der Erhebung ledig oder geschieden (seltener verwitwet), ein Viertel war verheiratet oder lebte in Partnerschaft. Die Interviews wurden in 27 Eipersonenhaushalten und 23 Mehrpersonenhaushalten durchgeführt. 72% der interviewten Personen verfügen über einen Lehr- oder Pflichtschulabschluss, 28% über Matura oder einen akademischen Abschluss, wobei der relativ hohe Anteil an AkademikerInnen vor allem den „Working Poor“ geschuldet ist (vgl. Abbildung 1).

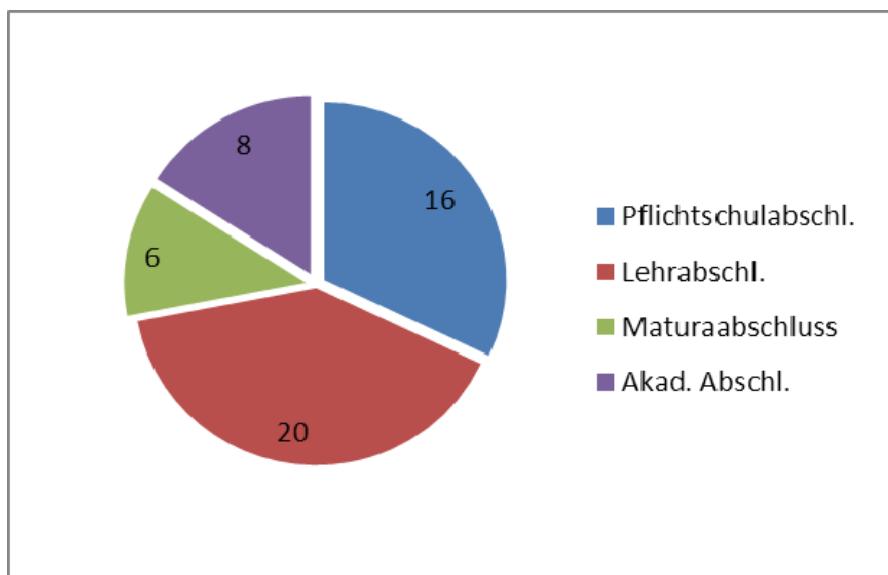


Abbildung 1: Höchste abgeschlossene Ausbildung der 50 armen und armutsgefährdeten Befragten

Drei Viertel der InterviewpartnerInnen sind in Österreich geboren, ein Viertel hat Migrationshintergrund (vgl. Abbildung 2). 22 InterviewpartnerInnen waren zum Zeitpunkt der Erhebung arbeitslos, 18 von ihnen seit mehr als einem Jahr.

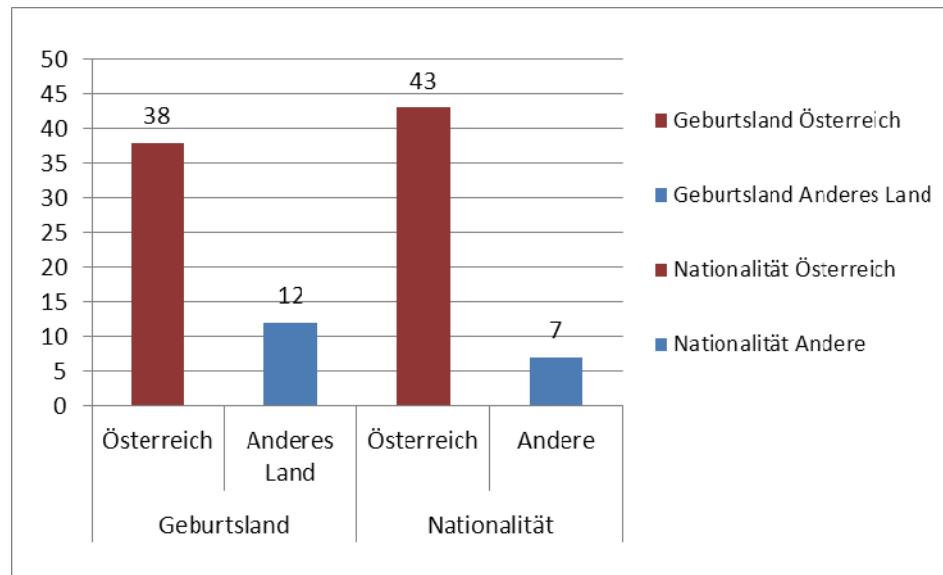


Abbildung 2: Herkunft der Befragten aus armen und armutsgefährdeten Haushalten

Die Wohnungsgrößen sind eher gering. Pro Person liegt die Wohnnutzfläche im Durchschnitt bei 25,8m², der Minimalwert liegt bei 10,8m² pro Person und der Maximalwert bei 70m² pro Person (vgl. Abbildung 3).

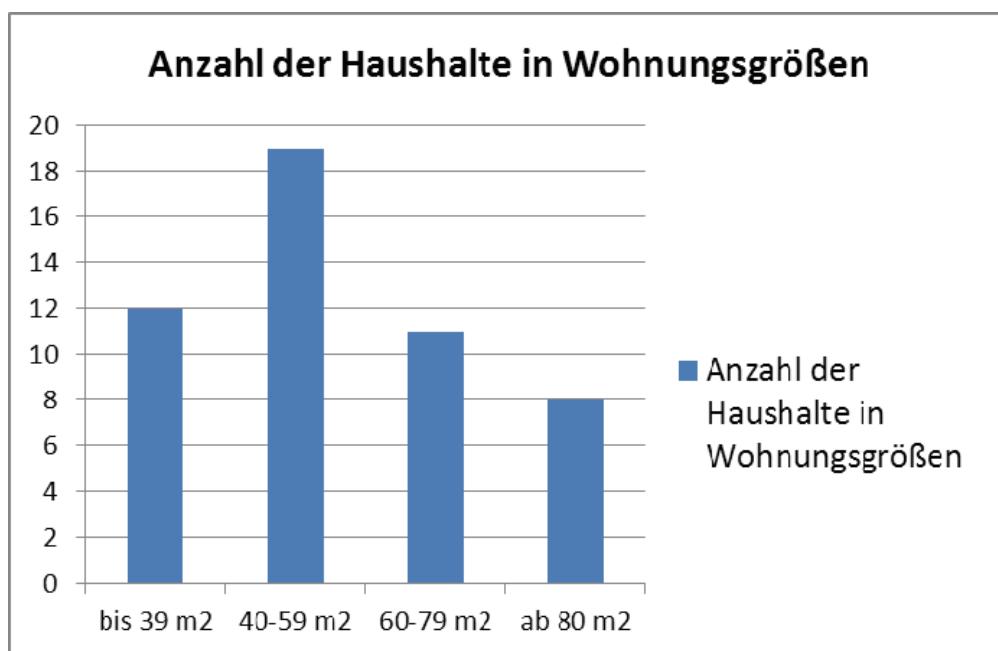


Abbildung 3: Wohnungsgrößen der armutsgefährdeten und armen Haushalte

Die Hälfte der Haushalte verfügt über ein Haushaltseinkommen bis zu 769 Euro, was dem Sozialhilferichtsatz von 2009 entspricht. Ein weiteres Fünftel liegt bei einem Haushaltseinkommen zwischen 769 Euro und 912 Euro, der Armutsgefährdungsgrenze für einen Ein-Personen-Haushalt nach EU-SILC (Statistik Austria 2008). Die restlichen 30% haben ein Haushaltseinkommen ab 913

Euro, dies meist deshalb, weil mehrere Personen im Haushalt wohnen und sich somit auch die Armutsgefährdungsgrenze erhöht. Einige Personen geben ein Haushaltseinkommen an, welches über der Armutsgefährdungsgrenze liegt. Da ihr Einkommen jedoch durch Unterhaltszahlungen, Schuldenabtragungen oder andere Belastungen verringert wird, gelten sie in dieser Studie ebenfalls als armutsgefährdet.

Werden die InterviewpartnerInnen den am häufigsten vertretenen Armutsriskogruppen zugeordnet, so zeigt sich, dass einige gleichzeitig in mehrere Gruppen fallen, was auf multiple Gefährdungslagen hindeutet (vgl. Abbildung 4).



Abbildung 4: Armutsgefährdungsgruppen nach Cames 1999

Wie bereits erwähnt, wurde im Zuge der Datenerhebung auch versucht, die Energie-Jahresabrechnungen der Interviewpersonen zu bekommen. Dies gestaltete sich schwierig, nur 22 von 50 Befragten konnten ihre gesamten Energieausgaben des Vorjahrs und ihr Einkommen angeben. Zur Abschätzung der Betroffenheit durch Energiearmut kann als Hintergrundfolie die britische Definition von Energiearmut herangezogen werden: Demnach sind Haushalte energiearm, die mehr als 10% des gesamten Haushaltseinkommens für Energie ausgeben, um den Aufenthaltsraum auf 21 Grad und die Nebenräume auf 18 Grad zu heizen (Boardman 2010). Der Mittelwert der Energiekosten bei den befragten Haushalten, die alle Daten bekanntgegeben haben, liegt bei 9,6%. Die Streuung ist allerdings stark und reicht von 6,2% bis 18,7% (vgl. Abbildung 5). Zur Grenze von 10% kann angemerkt werden, dass in der qualitativen Auswertung kein Unterschied in den Belastungssituationen festgestellt werden konnte, der sich an der 10% Marke zeigt. Erst bei deutlich niedrigeren Energieausgaben wird die Belastung geringer wahrgenommen. Die Belastung hängt allerdings mehr von subjektiven Faktoren, wie der Stabilität des Finanzmanagements ab, als von den objektiven Einkommens- und Energieausgabenfaktoren. Die Grenze lässt sich aus qualitativer Sicht demnach nicht bei 10% festmachen.

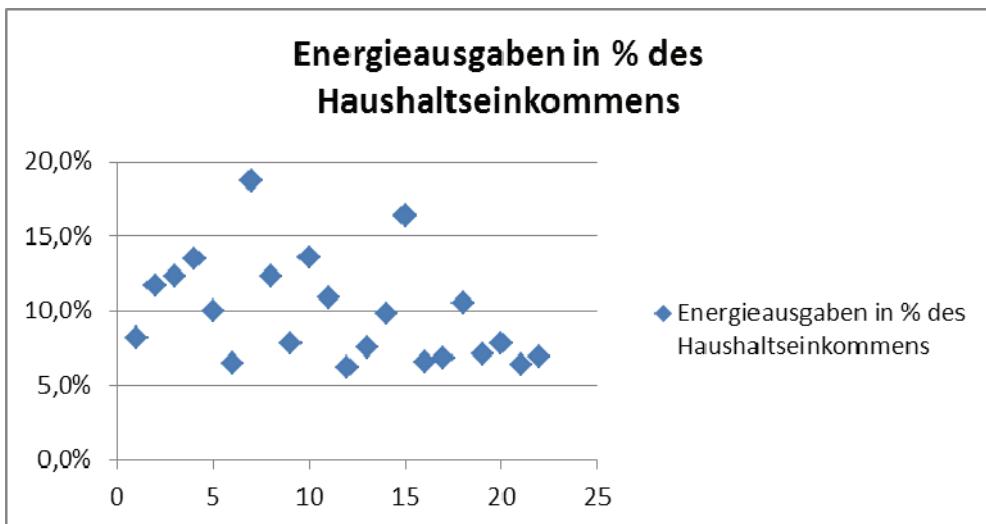


Abbildung 5: Energieausgaben der armen und armutsgefährdeten Befragten in Prozent des Haushaltseinkommens

Bei den 24 armen und armutsgefährdeten Haushalten, für die belastbare objektive Energieverbrauchszahlen vorliegen, liegt der durchschnittliche Haushaltsstromverbrauch pro Haushalt bei 2385 Kwh, der Median (der aufgrund der großen Ausschläge maßgeblicher ist) bei 2113 Kwh/Jahr. Im Vergleich dazu liegt der österreichische Durchschnittswert bei Gebäuden mit mehr als 20 Wohnungen (die meisten Befragten leben in solchen Gebäuden) bei 2400 Kwh/Jahr (Wegscheider-Pichler 2009). Die Unterschiede zwischen Minimal- und Maximalwerten der Befragten liegen (bei Haushalten ohne Stromheizung) jedoch bei mehr als dem 5-fachen. Ähnliches ist beim Heizenergieverbrauch zu beobachten. Der Durchschnitt pro Haushalt liegt bei 6589 Kwh/Jahr, der Median bei 4954 Kwh/Jahr. Im Vergleich dazu liegt der Durchschnittswert für Gebäude ab 20 Wohnungen in Österreich bei 6474 Kwh/Jahr, der Median bei 5316 Kwh/Jahr. Beim Heizen liegt der Unterschied zwischen geringstem und höchstem Heizverbrauch bei mehr als dem 5-fachen pro m² und bei fast dem 7-fachen bei der Berechnung pro Person. Die Durchschnittswerte des vorliegenden Samples liegen sowohl bei Strom als auch bei Gas also sehr nahe am österreichischen Durchschnitt. Die hohen Unterschiede zwischen den Befragten sind wohl nur durch das Zusammenwirken von extrem unterschiedlich effizienten Gebäuden mit unterschiedlichem Verbrauchsverhalten zu erklären.

Neben armen und armutsgefährdeten Haushalten wurden auch 10 einkommensstarke Haushalte interviewt. Einkommensstark wurde definiert mit einem Haushaltseinkommen von 6.000 Euro oder mehr bzw. einem geringeren Haushaltseinkommen aber hohen Vermögenswerten. Sieben interviewte Haushalte liegen über der Einkommensgrenze von 6.000 Euro und drei darunter. Von den Haushalten mit geringerem Einkommen ist ein Haushalt vermögend und die zwei weiteren Haushalte haben im Moment des Interviews ein geringeres Einkommen, weil jeweils die Ehefrau in Karenz ist. Das Medianeinkommen liegt bei 7000 Euro. Die Einkommensgrenze von 6000 Euro wurde gewählt, um Personen zu befragen, die vermutlich keine Probleme mit den Energiekosten haben, weil der Anteil der Energiekosten am Haushaltseinkommen sehr gering ist. Im Durchschnitt liegt der Anteil der Energieausgaben in diesen Haushalten bei 2% bei einem Maximum von 4%. Außerdem sollten die Befragten genügend Einkommen haben, um Investitionen in Energieeffizienz durchführen zu können.

Von den befragten einkommensstarken Haushalten waren sieben Zweipersonen-Haushalte und drei Mehrpersonenhaushalte. Vier Befragte haben einen Maturaabschluss und sechs Befragte einen akademischen Abschluss. Die Wohnnutzflächen sind deutlich höher als bei den einkommensschwachen Haushalten (vgl. Abbildung 6). Der Durchschnitt liegt bei 51,8m² pro Person, der Minimalwert bei 30m² und der Maximalwert bei 85m².

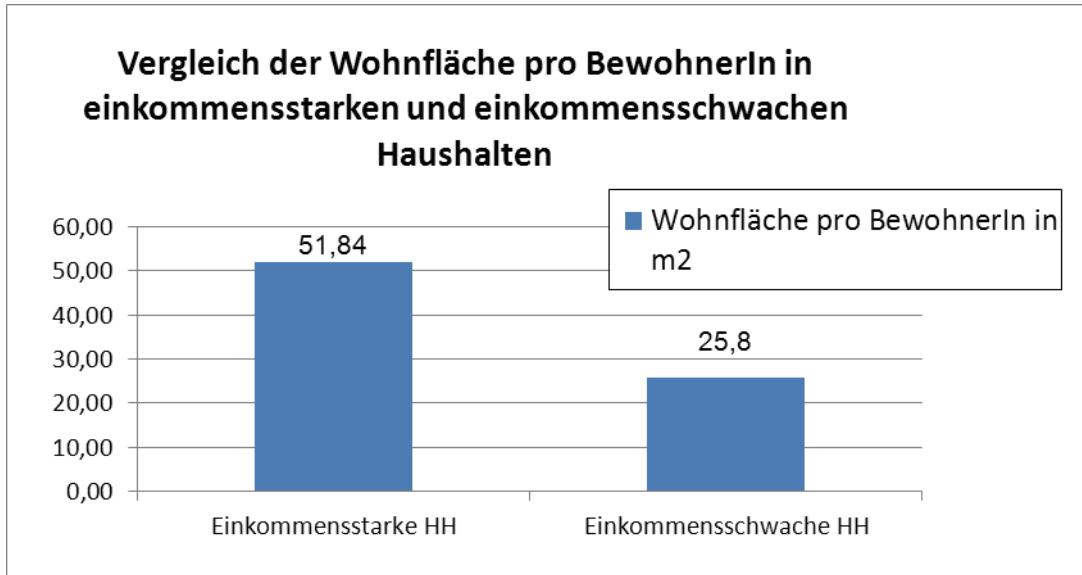


Abbildung 6: Wohnfläche pro Person in einkommensstarken und einkommensschwachen Haushalten

Der Vergleich einiger Daten zeigt: Das Durchschnittseinkommen ist in den einkommensstarken Haushalten 6,7-mal höher als in den einkommensschwachen Haushalten. Die Wohnfläche pro Person ist im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch, wobei die minimale Wohnfläche pro Person dreimal so hoch ist. Während nur ein Drittel der einkommensschwachen Befragten einen höheren Schulabschluss hat, haben alle einkommensstarken Befragten einen höheren Schulabschluss.

Die Energiekosten sind im Durchschnitt bei den einkommensstarken Haushalten um mehr als ein Drittel höher als bei den einkommensschwachen Haushalten (vgl. Abbildung 7). Der Anteil der Energiekosten am Haushaltseinkommen ist dagegen fünfmal geringer als bei den einkommensschwachen Haushalten.

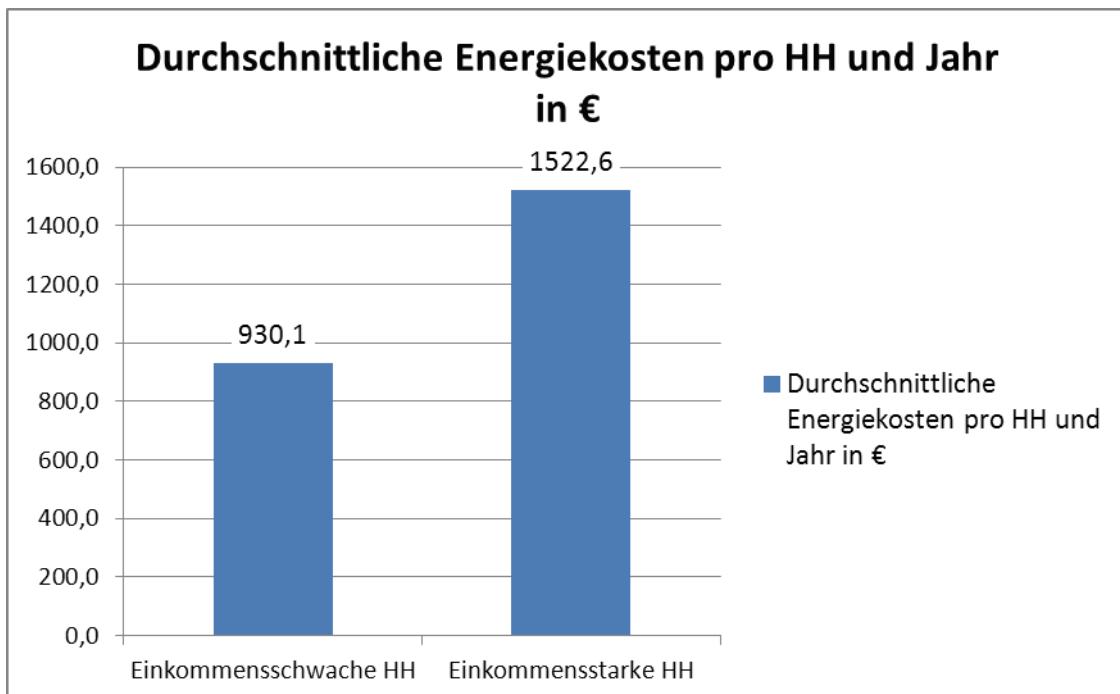


Abbildung 7: Energiekosten pro Haushalt im Vergleich zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Haushalten

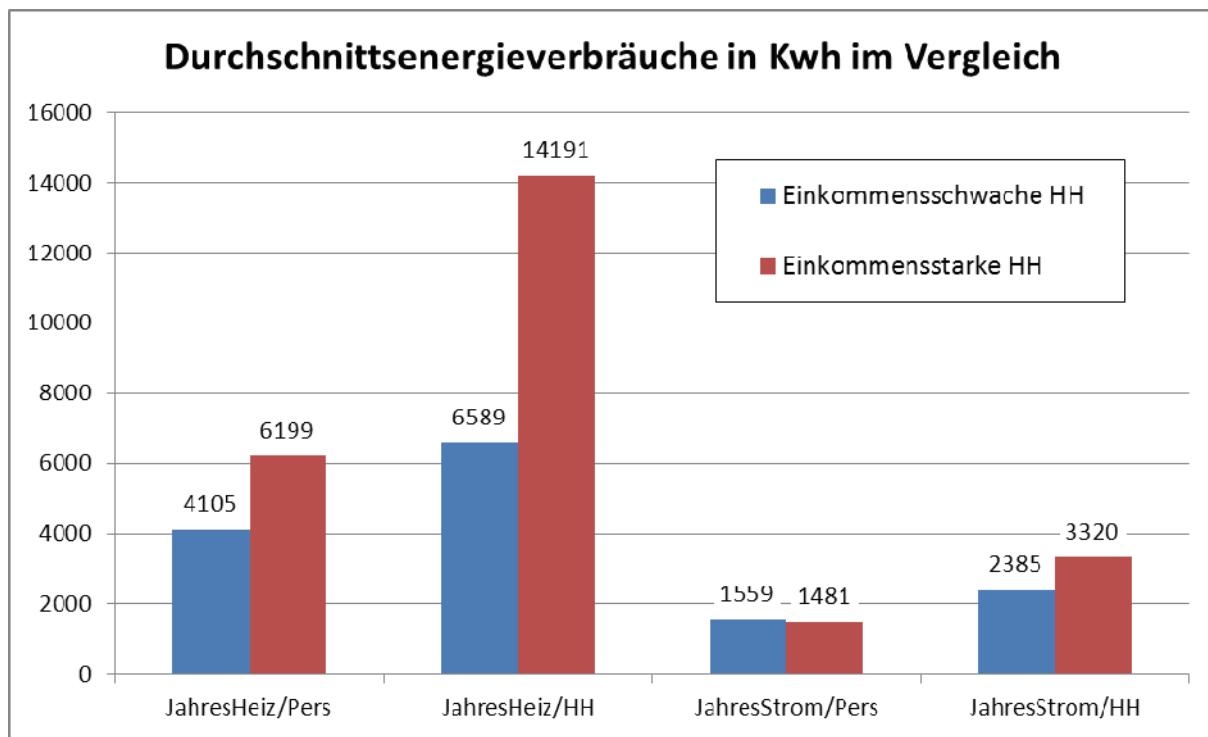


Abbildung 8: Durchschnittsenergieverbräuche pro Person und pro Haushalte im Vergleich zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Haushalten

Der Jahresheizverbrauch pro m² ist dagegen bei beiden Gruppen annähernd gleich hoch (vgl. Abbildung 9), mit einem Mittelwert von 117,6 Kwh/m² bei den einkommensschwachen Haushalten

und 110,6 Kwh/m² bei den einkommensstarken Haushalten. Pro Person sieht dieser Vergleich wieder anders aus. So ist der mittlere Heizenergieverbrauch bei einkommensstarken Haushalten pro Person annähernd doppelt so hoch wie bei einkommensschwachen Haushalten (vgl. Abbildung 8).

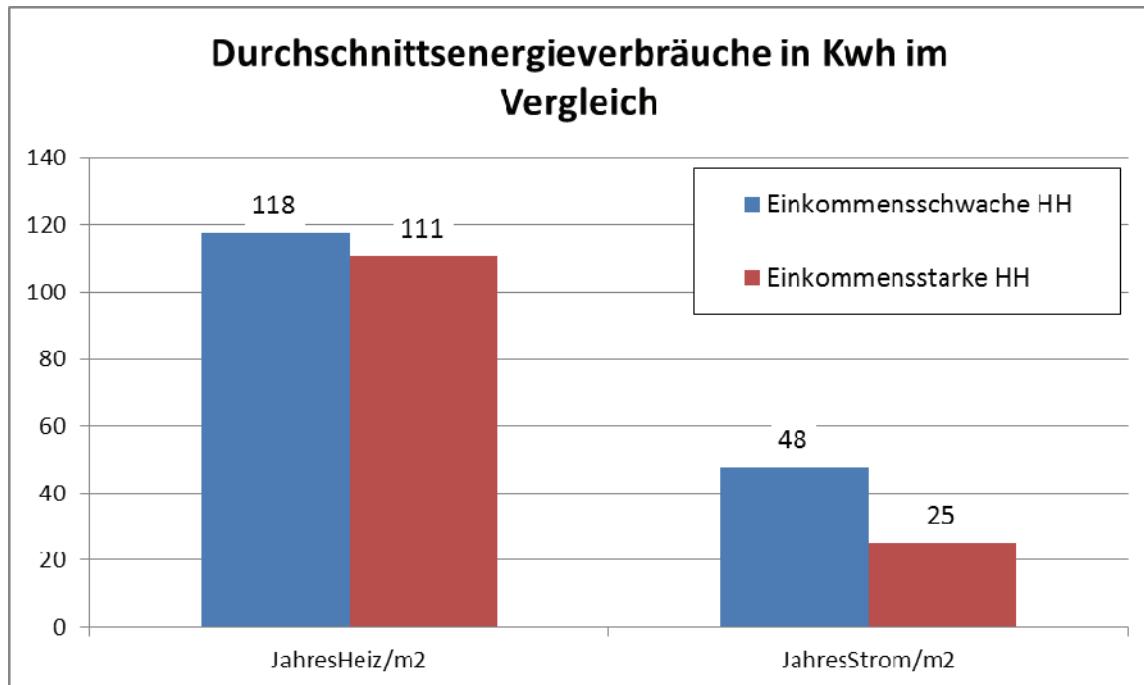


Abbildung 9: Durchschnittsenergieverbräuche pro m² im Vergleich zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Haushalten

Beim Stromverbrauch dreht sich das Bild dagegen um. Pro m² liegt der Stromverbrauch bei einkommensschwachen Haushalten annähernd doppelt so hoch wie bei einkommensstarken Haushalten (vgl. Abbildung 9). Pro Person ist er ungefähr gleich und pro Haushalt ist er um ein Viertel geringer (vgl. Abbildung 8). Das liegt an der dichteren Bewohnung der Haushalte in den armutsgefährdeten Haushalten. Dichter im Sinne der Zeit, die zuhause verbracht wird und im Sinne der Haushaltsgröße. In den einkommensschwachen Haushalten leben mehr Menschen pro m² als in den einkommensstarken.

5. Die Ergebnisse der Interviewauswertung

5.1. Wohn- und Lebenssituationen

Aufgrund des niedrigen Haushaltseinkommens sind viele Haushalte durch mehr oder weniger große Einschränkungen gekennzeichnet. Leben mit Schulden, Leben ohne Rücklagen und Sparen als Lebensmaxime sind häufig zu finden. Die Entwicklung von Genügsamkeit in vielerlei Hinsicht ist eine langfristige Strategie, mit dieser Lebenssituation umzugehen. Im Gegensatz zur Annahme einer ständigen Erhöhung der Standards gesellschaftlicher Normalität (Shove 2003) wird bei vielen befragten einkommensschwachen Haushalten deutlich, dass aufgrund der Belastungen ein schrittweiser Anpassungsprozess nach unten stattfindet, also Standards eines „normalen Lebens“ abgesenkt werden. Der Alltag vieler Haushalte ist durch Engpässe und Notlagen gekennzeichnet. Wer über soziales Kapital verfügt, in ein soziales Netzwerk eingebunden ist, kann unter Bedingungen des Ressourcenmangels das Leben leichter meistern als jemand, dem diese Ressourcen nicht zur Verfügung stehen. Es kommt allerdings öfters vor, dass Schamgefühle die Aktivierung des sozialen Netzes verhindern.

Die begrenzten finanziellen Ressourcen werden auch in den Wohnungen der meisten InterviewpartnerInnen deutlich. Oft wird in Gemeindebauten oder anderen Wohnhausanlagen zur Miete gewohnt. Dabei sind in der Mehrzahl der Fälle die Wohnungen älteren Datums, schlecht isoliert mit undichten Fenstern und Türen. Ungünstige Bedingungen sind besonders dann gegeben, wenn Wohnungen aufgrund ihrer Lage (Parterre, Außenwände) wenig von den „Mitheizeffekten“ benachbarter Wohnungen profitieren. Es gibt aber auch energieeffizientere Wohnungen (meist Gemeindebauwohnungen), die kürzlich renoviert und thermisch saniert wurden. Die großen Differenzen in den (leider nur teilweise vorhandenen) Energieverbrauchsdaten, wie sie im letzten Kapitel skizziert wurden, spiegeln diese Unterschiedlichkeit der Energieeffizienz der Wohnung wider, die nicht (nur) auf das Verbrauchsverhalten zurück geführt werden kann.

Die Wohnungssituation ist tendenziell schlechter, je länger die Menschen in der gleichen Wohnung wohnen, vor allem wenn sie bereits seit längerer Zeit in manifester Armut leben. Das trifft im vorliegenden Sample hauptsächlich auf Langzeitarbeitslose und MindestpensionistInnen zu. Die Wohnungen sind zwar günstig, da sie einen geringen Mietzins haben. Teilweise sind die Energiekosten höher als die Mietkosten. Manchmal jedoch wurden jahrzehntelang keine Reparaturen durchgeführt, die Grundausstattung dieser Wohnungen ist häufig desolat und nur eingeschränkt funktionsfähig. Vielfach werden in dieser Situation die Grundbedürfnisse so weit zurückgeschraubt, dass bestimmte Energiedienstleistungen nicht mehr oder nur eingeschränkt in Anspruch genommen werden (z.B. Heizen oder Duschen). Die aus finanzieller Sicht einzige Möglichkeit einer Verbesserung der Wohnsituation wäre ein Umzug in eine renovierte Gemeindebauwohnung, was einige Personen bereits getan haben bzw. zu tun intendieren. Ungefähr ein Zehntel der Befragten lebt seit vielen Jahren in einer solchen desolaten Wohnung, ein weiteres Zehntel seit wenigen Jahren. Letztere sind vor allem MigrantInnen und teilweise auch ÖsterreicherInnen, die eine Notfallwohnung von Wiener Wohnen bekommen haben.

Für Menschen in manifester Armut ist eine Verschlechterung der Wohn- und Lebenssituation nicht selten, denn finanzielle Rücklagen sind nach einiger Zeit aufgebraucht und Bedürfnisse müssen sich der finanziellen Situation anpassen. Psychische oder physische Erkrankungen erhöhen die Überlastung in solchen Situationen. Besonders psychische Erkrankungen (Burnout, Depressionen etc.) können dadurch aber auch verstärkt oder ausgelöst werden, weil die ständige Unsicherheit, ob Rechnungen rechtzeitig bezahlt werden können, an der psychischen Gesundheit nagt. Unter solchen Bedingungen der Deprivation „entsteht ein Zyklus, bei dem das System mit jedem Verlust anfälliger und verletzlicher wird und das Individuum im Zuge dieser Verlustspirale daran hindert, anstehende stressreiche Probleme zu bewältigen“ (Hobfoll/ Buchwald zit. nach Balz 2008, 427). Energiearmut bzw. steigende Energiepreise haben für Menschen in deprivierten Lebenslagen häufig gravierende Auswirkungen.

Ungefähr ein Zehntel der Befragten wohnt in gut sanierten, energieeffizienten Gebäuden und äußert mit dieser Wohnform Zufriedenheit. In diesen Fällen wurde meist eine Sanierung durchgeführt, die auch zu einer starken Verringerung der Heizkosten geführt hat. Wie im Einzelfall von Frau Müller¹ (43 J., langzeitarbeitslose Alleinerzieherin von 3 Kindern) kann dies dazu führen, dass überhaupt nicht mehr geheizt werden muss.

Zwischen jenen, die in gut sanierten Wohnungen mit geringen Energiekosten und jenen, die in sehr desolaten Wohnungen wohnen (zwei Zehntel des Samples), gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Wohnbedingungen. Das mit Abstand am häufigsten bemängelte Einzelproblem sind desolate Fenster. Ein Drittel der Befragten spricht von zugigen oder kaputten Fenstern. Eine weitere Dimension von Energieineffizienz betrifft (dunkle) Wohnungen im Erdgeschoss oder solche mit schlecht gedämmten Außenwänden, die als kalt empfunden werden, oftmals feucht und von Schimmel befallen sind. Neben der Gebäudeeffizienz ist es vor allem die Heizungstechnologie, die einen Einfluss auf Energieverbrauch und Wohlbefinden hat. Eine ineffiziente Heizungstechnologie hat häufig geringeres Wohlbefinden und höhere Kosten zur Folge. In drei Fällen wurde die Gasterme kaputt und konnte zumindest für einen ganzen Winter nicht erneuert werden, was als Konsequenz das Heizen mit Strom nach sich zog. Alle diese unterschiedlichen Bedingungen führen zu einer recht unübersichtlichen Situation, wenn es um Energieeffizienz des Gebäudes geht. Es ist aufgrund dieser Heterogenität schwer möglich, die Befragten ohne eine tiefer gehende bauphysikalische Befassung sinnvoll in Gruppen einzurichten.

Vergleicht man diese Situation mit einkommensstarken Haushalten, so zeigen sich deutlich homogenerne Bedingungen. So gibt es keinen befragten wohlhabenden Haushalt, der über eine ineffiziente Heizung klagen würde. Es ist allen Personen technisch (und auch finanziell) möglich, die Wohnung auf Wohlfühltemperatur zu heizen. Zwar werden auch in manchen einkommensstarken Haushalten schlechte Fenster bemängelt, doch ist die Belastung dadurch nicht so hoch, weil einfach mehr geheizt wird, ohne über Kosten nachdenken zu müssen. Vor allem in Altbauwohnungen besteht

¹ Die InterviewpartnerInnen wurden zwecks Anonymisierung mit einem fiktiven Namen versehen.

das Problem schlechter Fenster, das jedoch aufgrund des Flairs des Altbau gerne in Kauf genommen wird. Besonders kalte oder schimmelige Wohnungen sind für einkommensstarke Befragte kein Problem. Solange die Energieeffizienz auf das Wohlfühlen keinen Einfluss hat, spielt sie keine große Rolle.

Wenn es um das Energieverhalten geht, so gibt es einen Bereich, der alle einkommensschwachen Haushalte verbindet. Energieeffizienzmaßnahmen im höheren investiven Bereich (z.B. Wärmedämmung, neue Fenster oder effizientere Heizung) können meist nicht oder nur unter Einschränkungen durchgeführt werden. Ist es in manifester Armut praktisch unmöglich, eine kaputt gewordene Gastherme zu ersetzen, so kann eine solche Investition unter Bedingungen von Armutgefährdung mit großen Anstrengungen und unter guten Zusatzbedingungen (keine Schulden, Ersparnisse, gutes soziales Umfeld, Ratenvereinbarungen usw.) geleistet werden. Der Unterschied ist in solchen Fällen markant, denn wo der eine Haushalt mit Strom weiterheizt, dadurch noch höhere Kosten hat und im Normalfall gleichzeitig mehr Kälte ertragen muss, kann der andere Haushalt die Heizung erneuern, seine Wärmebedürfnisse aufrecht erhalten und gleichzeitig effizienter heizen. Der Policy-Vorschlag zur individuellen Förderung von Heizungen für energiearme Menschen geht auf dieses Problem ein (Kapitel 6.2).

Bei Haushaltsgroßgeräten liegt der Unterschied in der Möglichkeit des Neukaufs, der allerdings oft nicht sehr energieeffizient ausfällt. Unter Bedingungen von manifester Armut ist der Neukauf von Geräten nur selten leistbar. Hier sind Geschenke und Gebrauchtkauf häufiger. Manchmal ergibt sich auch eine günstige Gelegenheit: So hat ein Interviewpartner von einer Kühlshranktauschaktion für Sozialhilfeempfänger der Stadt Wien profitiert, wodurch er einen A++ Kühlshrank zum Preis von 50 Euro im Tausch für seinen alten Kühlshrank bekam.

Wohlfühlen und Wohnqualität werden unter Armutsbedingungen häufig mit existenziellen Dingen (das Vorhandensein bestimmter Einrichtungsgegenstände und Geräte) und der Verfügung über „selbstverständliche“ Standards (Dusche, WC in der Wohnung, Kühlshrank, Waschmaschine, zusammenpassende Einrichtung, welche nicht aus geschenkten Gegenständen „kombiniert“ ist) in Zusammenhang gebracht. Auch hinsichtlich erwünschter Veränderungen der Wohnsituation werden nur geringe Ansprüche sichtbar, z.B. der Wunsch nach einem zusätzlichen Raum, der als Schlafzimmer genutzt werden kann, sodass Eltern nicht im Wohnzimmer schlafen müssen. Dies ist vor dem Hintergrund, dass viele InterviewpartnerInnen unter (auch energetisch) schlechten Wohnbedingungen leben, nachvollziehbar und kann als Ausdruck eines Notwendigkeits- bzw. Genügsamkeitshabitus gesehen werden (Bourdieu 1982).

Die Einkommenslage schränkt nicht nur die freie Wahl der Wohnung ein, sondern schlägt sich auch im Gerätbestand der meisten Haushalte nieder. Teilweise verfolgen die Haushalte sehr kreative Strategien, um trotz mangelnder Ressourcen ihre Wohnung so gut wie möglich einzurichten: So wird im Freundeskreis nach gebrauchten Einrichtungsgegenständen und Geräten gesucht, werden Flohmärkte, Gebrauchtwarenplattformen und Sonderangebote genutzt, kaputte Gegenstände wieder repariert. Arme und armutgefährdete Haushalte sind in vielfältige „second hand cultures“ (Gregson/ Crewe 2003) eingebunden. Die Geräteausstattung in einkommensschwachen Haushalten ist oft eine Mischung aus bereits vorhandenen, gebraucht gekauften oder geschenkten (meist alten) Geräten, wobei der Ausstattungsgrad in der Regel niedrig ist und die Energieeffizienz teilweise bescheiden. Neue gekaufte Geräte sind nicht die Regel.

Ein soziales Unterstützungsnetzwerk kann zwar im Bereich der Geräteausstattung helfend eingreifen, um z.B. eine Grundausstattung zu ermöglichen oder kaputte Geräte zu ersetzen, häufig werden jedoch alte, nicht mehr benötigte Geräte an einkommensschwache Haushalte weitergeschenkt. Diese sind jedoch in energetischer Hinsicht „Danaergeschenke“, da oft defektfällig und energieintensiv. Notlösungen sind häufig und mutieren gelegentlich zu Dauerlösungen. Mit Notlösungen müssen auch Personen leben, die ihre intakten Geräte wegen Energieabschaltungen nicht nützen können. So musste Frau Reisinger (69 J., alleinlebende Pensionistin) zur Zeit des Interviews mithilfe eines Campinggaskochers kochen und ihre Wohnung mit einer batteriebetriebenen Ein-Euro-Campinglampe „erleuchten“, da in ihrer Wohnung Strom und Gas abgedreht waren. Sind finanzielle Mittel für die Anschaffung neuer Geräte vorhanden, dann werden allerdings häufig preisgünstige Geräte gekauft, die wenig energieeffizient sind oder die aufgrund eines Energielabels A für am energieeffizientesten gehalten werden.

Ein weiterer Problembereich des Lebens unter Armuts- und/oder Energiearmutsbedingungen liegt in den hohen Energiekosten bzw. unerwarteten Nachzahlungsforderungen der Energieunternehmen (vgl. dazu Punkt 5.3.).

Die Analyse der Lebens- und Wohnsituation hat kontextuelle Faktoren zutage gebracht, die das Energiehandeln in armen und armutsgefährdeten Haushalten mitbestimmen (vgl. dazu auch Brunner et al. 2010; Brunner et al. 2011a; Brunner et al. 2011b). In der Folge werden empirische Ergebnisse hinsichtlich zentraler Energiepraktiken und Bewältigungsstrategien skizziert, die InterviewpartnerInnen im Rahmen ihrer mehr oder weniger restriktiven Budget-, Wohn- und Lebensverhältnisse verfolgen, um energetische Grundbedürfnisse zu befriedigen.

5.2. Energiepraktiken

5.2.1. Heiz- und Lüftungspraktiken

Das Heizen der Wohnung macht einen zentralen Teil der Energiekosten aus. Nach Köppl/Wüger (2007) hatten Österreichs Haushalte des untersten Einkommensquartils 2004/05 durchschnittliche Energiekosten von 79 Euro pro Monat, wovon ca. zwei Drittel auf das Heizen entfielen, ein Drittel auf den Elektrizitätsverbrauch. In den Interviews der vorliegenden Studie ist es zwar durchaus möglich, dass die Stromkosten die Heizkosten übertreffen. Im Allgemeinen machen die Heizkosten jedoch den größeren Anteil an den Energiekosten aus.

Wie wird in den Wohnungen unserer InterviewpartnerInnen geheizt?

Am häufigsten wird mit Fernwärme oder Gas geheizt (jeweils zwei Fünftel des Samples). Fernwärme wird als sehr angenehme Heizungsform empfunden, da durch bloßes Aufdrehen immer Wärme zur Verfügung steht. Einige InterviewpartnerInnen empfinden diese Heizungsform nicht als Selbstverständlichkeit, sondern als Luxus. Hätten sie die Entscheidungsfreiheit, würden sie diese wegen der hohen Grundkosten nicht wählen. Gleichzeitig sind sie aber froh, diese Heizungsform zu haben, denn damit besteht die Möglichkeit, bei Bedarf immer Wärme zu haben und zwar in allen Räumen. Diese Erfahrung ist für einige InterviewpartnerInnen (noch) keine Normalität. Vor allem bei Menschen, die zum ersten Mal in eine Wohnung mit Zentralheizung ziehen oder die im Laufe ihres Lebens außergewöhnliche Kälteerfahrungen durchgemacht haben, wird dies besonders als Luxus

empfunden. Der Habitus, der hier gleichsam als mentaler „innerer Thermostat“ wirksam wird, scheint eine vorbehaltlose Akzeptanz dieser Heizungsform (noch) nicht zu erlauben.

Ein höherer Energieverbrauch kann auch durch Laienvorstellungen von Technik bestimmt sein. Zwei Befragte etwa haben Verständnisprobleme mit den Heizkörperthermostaten, die bei Fernwärmeheizung üblich sind. Sie verstehen nicht, warum der Heizkörper manchmal kalt und manchmal warm ist, obwohl der Regler nicht verändert wurde. Zumindest einer dieser beiden Befragten heizt deshalb auf der höchsten Stufe und wenn ihm warm genug ist, dreht er den Heizkörper ganz ab. Dann heizt er wieder auf. Er glaubt, dass die Heizkörper falsch eingestellt wurden. Effizienzmäßig sieht er jedoch kein Problem und erkundigt sich daher auch nicht beim Versorger. Gleichzeitig ist er einer der Personen mit dem höchsten Heizenergieverbrauch. Hauptgrund für dieses eigenwillige Verständnis der Heizkörperthermostate dürfte das Fehlen eines Thermometers sein. Der Thermostat bei Gasheizungen ist nachvollziehbar, weil eine Temperatur eingestellt wird, die dann konstant bleibt. Bei Heizkörperthermostaten ist diese Verbindung nicht so sichtbar, da der Regler keine Temperaturen angibt, sondern wie manche herkömmliche Heizkörperregler nur Zahlen.

Wie weiter unten gezeigt wird, kann auch die Abrechnungsart von Heizkosten durch Verdunstungszähler höchst eigenwillig interpretiert werden und Quelle von hohem Energieverbrauch sein. Die Verdunstung und deren Umrechnung auf den Verbrauch werden teilweise missverstanden und so kommt Skepsis bezüglich der Richtigkeit von Abrechnungen auf.

Unzufriedenheit mit Fernwärme resultiert vor allem aus den hohen Kosten im Allgemeinen, den hohen Grundkosten im Besonderen. Die Grundkosten machen sich vor allem bei NiedrigverbraucherInnen negativ bemerkbar, weil sie einen immer höheren Anteil der Kosten ausmachen, je weniger man verbraucht. Die Befragten verstehen dann nicht, warum sie trotz hoher Sparsamkeit eine relativ hohe Rechnung haben. Allerdings reflektieren die Befragten nicht, dass hohe Grundkosten auch alle Wartungskosten beinhalten und bei Defekt eines Gerätes, dieses ohne weitere Kosten ausgetauscht wird. Verglichen mit den Problemen einer kaputten Gastherme scheint diese Art der Verrechnung über laufende Kosten für einkommensschwache Haushalte sinnvoll. Andererseits vermindern sich die ökonomischen Anreize für energieeffizientes Verhalten und Niedrigverbraucher werden stärker belastet als Hochverbraucher.

Aus den Interviews wird ersichtlich, dass das individuelle Verständnis der Fernwärm 技术 teilweise zu ineffizienten Heizpraktiken führt und daher die Zufriedenheit mit der Heizung negativ beeinflusst. Dies betrifft auch die Art der Abrechnung. Skandinavische Studien zeigen, dass die Ablehnung einer Fernwärmeheizung damit zusammen hängen kann, dass Haushalte nicht von fremden Netzen abhängig sein wollen (Henning 2006). In der vorliegenden Studie war dies nicht der Fall. Problematisch ist hier eher der „Vertragszwang“, den viele Befragte anführen. So müssten sie zuerst den Fernwärmeliefervertrag unterzeichnen, bevor sie den Mietvertrag einer Gemeindebauwohnung unterzeichnen könnten.

Gemeinhin werden der Fernwärm 技术 große Vorteile in der Klimabilanz und auch in Flexibilität und Zuverlässigkeit zugeschrieben. Es scheint jedoch nötig zu sein, die KundInnen noch weiter über ihre Funktionsweise aufzuklären. Wenn Energieeffizienz mit monetären Anreizen gefördert werden soll, ist es notwendig, die Grundkosten im Vergleich zu den variablen Kosten zu

senken. Wie eine Studie der Austrian Energy Agency zeigt, besteht hier Spielraum, denn die Fernwärme Wien liegt im Vergleich zu anderen Fernwärmeanbietern bei den Grundkosten relativ hoch, während die Gesamtkosten relativ niedrig sind (Kirchner et al. 2009).

Auch das Heizen mit Gas wird geschätzt, besonders weil es als relativ günstige Heizungsform gilt, geringere Grundkosten gegenüber der Fernwärme impliziert, einfach zu regeln ist und prompte und kontinuierliche Wärme zur Verfügung stellt. Einige InterviewpartnerInnen sehen einen großen Vorteil im Thermostat, der die Kontrolle der Wärme in der gesamten Wohnung ermöglicht und das Halten einer angenehmen Temperatur einfach macht. InterviewpartnerInnen ohne Thermostat in der Wohnung wünschen sich einen solchen vor allem aufgrund der Möglichkeit konstante Wärme zu halten, was als kostengünstiger eingeschätzt wird. Für alleinerziehende Mütter kann ein Thermostat physisch und psychisch entlastend sein, da er die Kinder von den Heizreglern fernhält und die Mutter als Kontrollinstanz gegen zu hohe und kostenintensive Temperaturen „ersetzt“. Eine Person erwähnt, dass sie trotz allgemeiner Zufriedenheit mit der Gasheizung aus ökologischen Gründen eine andere Heizung bevorzuge. Aufgrund von Lieferunsicherheiten und der Abhängigkeit von Gaslieferungen aus Russland und anderen Ländern würden manche Befragte lieber auf regionalere Heizformen umsteigen. Die finanzielle Lage schiebt dem jedoch einen Riegel vor.

Die Unabhängigkeit von großen Netzen und der Wunsch nach Selbstversorgung mit Energie werden mehrmals genannt und decken sich im Fall von Gasheizungen auch mit den bereits erwähnten Studien aus Skandinavien (Henning 2006). Ein Interviewpartner ist zudem bezüglich der Sicherheit von Gasheizungen skeptisch. Er ist in eine neue Wohnung gezogen, in der er erstmals eine Gasheizung hat und vertraut dieser Technologie noch nicht. Abschließend kann gesagt werden, dass Gasheizungen die Wärmebedürfnisse der Befragten weitgehend optimal erfüllen. Vor allem Gasetagenheizungen mit Thermostat ermöglichen es, die Wärmebedürfnisse in der ganzen Wohnung zu befriedigen und sind gleichzeitig einfach und flexibel genug zu handhaben. Der Umgang mit dieser Technologie erscheint in Vergleich mit der Fernwärme als unproblematisch.

Insgesamt sechs Personen unseres Samples heizen mit Strom, wobei das Wissen über die Kosten des Heizens mit Strom weitgehend vorhanden ist. Stromheizungen gelten als teuerste Heizungsform und werden demnach auch nur als „Notheizungen“ verwendet. Wenn jedoch gar keine Heizung in der Wohnung installiert ist, kann diese Notheizung zur Dauerheizung werden. Drei InterviewpartnerInnen haben sich nach einem Defekt der alten Gasheizung keine neuen anschaffen können und mussten auf Strom umsteigen. Während sich eine dieser drei Personen nach einem Winter mit Stromheizung eine neue Gastherme kaufen konnte, allerdings als Zusatzbelastung eine hohe Nachzahlung bei der Stromrechnung zu tragen hat (die durch erhöhte Teilbeträge noch immer nachwirkt), müssen zwei Personen weiter mit einem elektrischen Heizstrahler notdürftig ihre Wohnung heizen.

Nachtspeicheröfen sind ebenfalls in Verwendung, meist aber bereits mehrere Jahrzehnte alt und dementsprechend ineffizient. Sie seien schlecht zu regulieren und wirbeln Staub auf, meint eine Befragte. In Ausnahmefällen kann die Stromheizung auch positiv interpretiert werden. So bei Herrn Mittermayr (62 J., langzeitarbeitsloser Single), der stolz erzählt, wie er die Stromheizung erstanden hat. Der Verkäufer erzählte ihm damals, dass die erstandene Heizung die effizienteste unter allen Stromheizungen wäre und sehr gut heizen würde. Herr Mittermayr hat für diese Stromheizung viel Geld ausgegeben. Obwohl er eine immense Stromrechnung hat, führt er diese nicht auf die

Heizungstechnologie zurück, denn diese sei ja effizient. Vielmehr gibt er den hohen Strompreisen die alleinige Schuld. Diese Rationalisierung seiner Kaufentscheidung macht für ihn subjektiv Sinn, auch wenn die objektiven energetischen Folgen kostenintensiv sind. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass auf Verhaltensänderung abzielende Beratungen, diese subjektiven Sinndimensionen verstehen müssen, um Anschlüsse an die Energiewirklichkeiten der Betroffenen zu finden.

Elektroheizungen sind eine Heiztechnologie, die den Wärmebedürfnissen der Befragten am wenigsten entgegen kommt. Das liegt einerseits an der fehlenden Effizienz der Heizungen, die teilweise nicht in der Lage sind, die Wohnung auf Wohlfühltemperatur zu heizen. Andererseits liegt das an den Kosten, die dazu führen, dass die Befragten von sich aus ihre Wärmebedürfnisse senken, weil sie sich höhere Temperaturen nicht leisten können. Aus diesen Gründen ist die Zufriedenheit mit dieser Heiztechnologie auch am geringsten.

Zwei InterviewpartnerInnen heizen noch mit einem Allesbrenner-Einzelofen. Die Allesbrenner-Einzelofen Heizung ist die billigste Heizungsform. Der Zufriedenheit über die gute Kostenkontrolle, die schnelle Verfügbarkeit von Wärme und die Unabhängigkeit von Netzen stehen die negativen Seiten gegenüber: Ein erhöhter Aufwand bei der Versorgung mit Brennmaterial, das Holzschießen, die Kälte in der Nacht sowie Mehrarbeit, wenn die Glut versiegt. Interviewpersonen, die sich an eine Zentralheizung gewöhnt haben, können sich allerdings nur schwer vorstellen, diese negativen Seiten „früherer“ Heizungsformen auf sich zu nehmen, auch wenn die Kostensparnis hoch sein sollte.

Die realen Heizkosten in einer Wohnung sind von einer Menge an Faktoren abhängig, die von den InterviewpartnerInnen teilweise nur schwer beeinflussbar sind. Dazu gehören die Gebäudehülle und Fenster, das Heizungssystem, die Lage der Wohnung im Haus, die Größe der Wohnung, aber auch die Härte des Winters. Charakteristisch für armutsgefährdete Haushalte ist, dass sie nur sehr geringe investive Möglichkeiten haben, wodurch sich Bewältigungsstrategien überwiegend auf das Nutzerverhalten beschränken. Im Folgenden sollen zentrale Strategien skizziert werden, wie InterviewpartnerInnen mit den jeweiligen Handlungsbeschränkungen im Energiebereich Heizen umgehen.

Innerhalb des Samples der 50 InterviewpartnerInnen gibt es sehr unterschiedliche Bewältigungsstrategien², die in Effizienz- und Suffizienzstrategien eingeteilt werden können. Beide Strategien zeichnen sich durch geringe Investitionsnotwendigkeiten aus. Effizienzstrategien meint solche, die mit einem geringen Investment die Energieeffizienz der Wohnung (z.B. Fenster) oder die Effizienz von Geräten erhöhen. So werden undichte Fenster möglichst abgedichtet und in Kastenfenster werden dicke Decken gestopft, damit es nicht zu stark zieht (vgl. auch Harrington et al. 2005). Frau Birkovac (49 J., langzeitarbeitsloser Single) kaufte sich beispielsweise eine Rollo mit dem Ziel, die undichten Fenster zu isolieren. In Kombination mit der zugehörigen Heizpraxis konnte sie so Einsparungen erzielen: Sie heizt nur abends, wenn sie für ein paar Stunden die Rollo

² Der Strategiebegriff wird im Folgenden nicht im Sinne zweckrationaler Handlungsorientierung verwendet, sondern eher im Sinne von mehr oder weniger reflektierten „Umgangsweisen“.

heruntergelassen hat und meint, dass die Wärme dann recht gut erhalten bleibt, bis sie die Wohnung wieder verlässt. Die Investition tat ihr zuerst finanziell weh, doch jetzt freut sie sich über die Ersparnis. Dieses Beispiel zeigt, dass aktive Bewältigung einer Belastungssituation zu Selbstermächtigung und zur Verbesserung des Selbstwertgefühls führen kann. Herkömmliche Effizienzstrategien wie die Erneuerung von Fenstern oder Heizung bzw. die Dämmung der Außenwände werden aus Kostengründen jedoch meist gar nicht in Betracht gezogen.

Suffizienzstrategien sind jene, die durch persönliche Einschränkungen und Verzicht eine Verringerung des Energieverbrauchs zur Folge haben. Dazu gehört beispielsweise, dass Nebenräume nicht geheizt werden, in Übergangszeiten die Heizung möglichst nicht verwendet oder dicke Kleidung angezogen wird. Einige InterviewpartnerInnen setzen sich direkt neben den Heizkörper, um Wärmeverluste vermeiden. Im Einzelfall kann es vorkommen, dass die Wohnung über mehrere Jahre nicht geheizt wird. Zur Ausschöpfung von Suffizienzpotenzialen werden die eigenen Kinder manchmal über einen längeren Anlernprozess an die Kälte gewöhnt.

Bewältigungsstrategien sind mehr oder weniger bewusste Umgangsweisen, während das, was als normal empfunden wird, meist der Reflexion entzogen ist. Ein Beispiel dafür ist das Verständnis von Normalität und Wohlfühlen. Geheizt wird meist auf eine Temperatur, die die normale Wohlfühltemperatur darstellt und nicht auf eine bestimmte, gemessene Temperatur. In vielen Wohnungen gibt es kein Thermometer, mit dem die Temperatur gemessen werden könnte. Wie hoch diese Wohlfühltemperatur ist und in welchen Räumen sie als notwendig erachtet wird, ist das Ergebnis eines nur teilweise bewussten Prozesses der Angleichung der eigenen Bedürfnisse an die jeweilige Lebenslage. Zusätzlich fließen Faktoren wie Kindheitserlebnisse ein, aus denen habituelle Muster und Routinen entstanden sind. Erkennbar werden die unterschiedlichen Normalitätsansprüche vor allem im Vergleich mit den einkommensstarken Haushalten (vgl. dazu auch weiter unten). Bei diesen ist ausreichende Wärme in allen Räumen eine Normalität, während sie bei einkommensschwachen Haushalten häufig als Luxus wahrgenommen wird. Ähnliches wird bei den Dusch- und Badepraktiken sichtbar, wo ein Vollbad oder langes Duschen unter heißem Wasser teilweise als Luxus betrachtet wird, in einkommensstarken Haushalten dagegen als unhinterfragte Normalität. Die unterschiedlichen und unbewussten Vorstellungen über die Normalität und Gemütlichkeit im Heim beeinflussen die Heizpraktiken also grundlegend (Shove 2003), die folgenden Aspekte betrachten jedoch die mehr oder weniger bewussten Bewältigungsstrategien (zu Typen von Bewältigungsstrategien vgl. Gibbons/Singler 2008; Radcliffe 2010).

21 von 50 armen und armutsgefährdeten Haushalten heizen hauptsächlich nur einen Raum in der Wohnung. Das ist die am häufigsten vorkommende Bewältigungsstrategie, um die Kosten zu senken. Vor allem in kleineren Wohnungen ist diese Bewältigungsstrategie weit verbreitet, aber auch in größeren Wohnungen kommt sie vor. Dies ist meist dann der Fall, wenn einige Zimmer nicht benutzt werden oder Schlafzimmer direkt an den Aufenthaltsraum anschließen und nachts einfach die Türen zum Wärmeaustausch geöffnet werden. Diese Bewältigungsstrategie ist recht häufig, weil sie erlaubt, die Heizkosten zu senken, aber trotzdem noch einen Raum zu haben, in dem auf Wohlfühltemperatur geheizt werden kann. Dadurch wird zwar die Bewegungsfreiheit in der Wohnung eingeschränkt, aber ein zentraler warmer Wohlfühlraum bleibt erhalten. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit sowie die Kälte in den nicht geheizten Zimmern (z.B. im Badezimmer oder in der Küche) scheinen leichter zu verkraften sein, als eine allgemeine Absenkung der Temperatur in der ganzen Wohnung.

Wärme in zumindest einem Raum wird von einem Großteil der Befragten als das „Nötigste“ erachtet, auch wenn es Fälle gibt, in denen in allen Räumen Kälte erlitten wird. Wohlfühltemperatur in einem Raum bedeutet allerdings häufig eine niedrige Temperatur, die angenehm ist, wenn die Befragten dicke Unterhosen und doppelte Socken anhaben. Das „Nötigste“ bezeichnet auch eine Grenze des Energiesparens. Denn spätestens wenn die Menschen am Nötigsten angelangt sind, fangen sie an, bei anderen Konsumbereichen (z.B. beim Essen) zu sparen, um die nötigsten Wärmebedürfnisse aufrecht zu erhalten.

Einige Befragte würden bei der Heizung nicht sparen. Sie sparen dagegen lieber in anderen Konsumbereichen und im Falle von manifest armen Menschen sind das eben andere Grundbedürfnisse, wie Essen oder Kleidung (vgl. dazu auch Bhattacharya et al. 2003; Liddell 2008). Manchmal werden zum Aufrechterhalten der Wärmebedürfnisse Schulden in Kauf genommen. Herr Gründtner (49 J., langzeitarbeitsloser Single) drückt das folgendermaßen aus: „Also im Winter will ich es warm haben. [...] Und das ist für mich ein Luxus dann auch. Wo ich sag, sag ich da ja verzicht ich auf einen Erlagschein oder auf eine Zahrlate, aber ich will es einfach warm haben. Punkt.“

In einem Teil der Fälle liegt es auch an der vorhandenen Heiztechnologie, dass nur ein Zimmer geheizt wird. Mit einem Elektroheizkörper ist es nicht möglich, mehr als ein Zimmer warm zu halten. Die Wärmemöglichkeiten werden durch die Technologie beschränkt und die Technologie durch die finanziellen Restriktionen. Manchmal reicht aber auch eine Einzelheizung aus, um mehrere an den beheizten Raum anschließende Räume zu heizen. Ein Raum ist dann gemütlich warm, während die anderen meist etwas kühler sind, aber noch ausreichend geheizt.

Für ein Drittel der Haushalte bedeuten kalte Jahreszeiten auch, dass sie sich in ihrer Wohnung mit mehreren Schichten bekleiden. Meist gehören dazu zwei Paar dicke Socken, oft eine lange Unterhose und mehrere Kleidungsschichten am Oberkörper. Warme Füße sind hierbei besonders wichtig. Die Winterkleidung ermöglicht eine Wärme, die sich mit den finanziellen Möglichkeiten deckt, die aber des Öfteren unter der Wohlfühltemperatur liegt. Leichte Winterkleidung findet man dagegen nur selten. Vereinzelt gibt es aber auch Menschen, denen Kälte nichts ausmacht, weshalb sie gerne auch im Winter nur mit T-Shirt bekleidet sind. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn Kinder im Haus sind, für die wärmer geheizt wird. Anders liegt der Fall bei Frau Janosch (48 J., geschiedener Single). Hier zeigt sich, dass eine Änderung der Vermögenssituation nicht automatisch zu einer Veränderung des Verhaltens führt, dass der Habitus einer Person sich eher langsam ändert. Bis vor kurzem war sie noch reich, wie sie selbst meint, lebte in einer Villa und fuhr mit schnellen Autos. Nach dem Zusammenbruch der Firma und hohen Schulden lebt sie von der Sozialhilfe. Ihre Wärmebedürfnisse sind jedoch noch immer gleich wie zu den Zeiten, in denen sie kein Problem mit Geld hatte. Jetzt findet sie die Heizkosten zwar viel zu teuer, hat Schwierigkeiten sie zu zahlen, behält aber die als gemütlich empfundene Angewohnheit bei, zu Hause mit kurzem T-Shirt bekleidet zu sein, und die ganze Wohnung Tag und Nacht auf eine Temperatur von 24 Grad zu heizen. Die alten Gewohnheiten beizubehalten, bedeutet ein Mindestmaß an Normalität zu erhalten wie sie es gewohnt war. Der soziale Abstieg wird sich vermutlich erst langsam in den Konsumpraktiken niederschlagen.

Normalität in armutsgefährdeten Haushalten ist jedoch, dass im Winter zumindest ein Pullover getragen wird. Leichtere Kleidung und folglich höhere Temperaturen würden als Verschwendungen aufgefasst. In diesem Sinne empfinden manche Menschen auch sehr dicke Winterkleidung und zwei Paar Socken nicht als Sparstrategie, sondern als Normalität.

Eine weitere daran anschließende Bewältigungsstrategie gegen Kälte in der Wohnung ist das „unter die Decke schlüpfen“. Sechs InterviewpartnerInnen geben an, sich damit die Kälte erträglich zu machen. Wie bei allen Bewältigungsstrategien werden diese Praktiken unterschiedlich interpretiert. Für manche ist es eine angenehme Vorstellung, unter die Lieblingsdecke zu schlüpfen, für andere kann es eine größere psychische Belastung darstellen, wenn sie sich gegen die Kälte nur mit dem Gang ins Bett helfen können. Frau Leitinger (74 J., Pensionistin) hat z.B. wegen einer hohen Jahresabrechnung beschlossen, das Schlafzimmer nicht mehr zu heizen. Sie hat sich stattdessen eine Heizdecke gekauft, unter der es schnell warm wird. Sie interpretiert diese Handlung positiv, weil sie Wärme hat und gleichzeitig auch Kosten spart. Frau Beiglböck (41 J., Rollstuhlfahrerin) hingegen würde ihre Wohnung gerne auf 22 Grad heizen, kann sich aber nur 20 Grad leisten. Sie zieht sich warm an und bei sehr starker Kälte geht sie zu Bett. Die ständige Kälte belastet sie sehr, auch weil sie weiß, dass die schlechten Fenster und die Lage im Erdgeschoß mit Schuld an der Kälte sind und sie ihre Situation schwer ändern kann.

Fünf InterviewpartnerInnen heizen nicht einmal den Aufenthaltsraum auf Wohlfühltemperatur, was für alle eine hohe Belastung darstellt. Das heißt, selbst wenn sie die skizzierten Bewältigungsstrategien verfolgen, wird ihnen nicht richtig warm. In diesen Fällen ist die Belastung durch die Kälte sehr hoch. Selten aber doch kommt es vor, dass Mütter ihre Kinder mittels Kälteerfahrungen an einen genügsamen Heizenergieverbrauch gewöhnen. Meist ist bei den Befragten jedoch das Gegenteil der Fall. Für Kinder wird mehr geheizt, oft sogar überproportional mehr. Der Wunsch, dass es die Kinder besser haben als man selbst, dürfte hierbei eine große Rolle spielen. Eine weitere beliebte Suffizienzstrategie ist das Minimieren der Heizung in den Übergangszeiten. So wird versucht das Heizen so spät wie möglich zu beginnen und so früh wie möglich wieder zu beenden. Mehrere Befragte weisen darauf hin, dass sie das Heizen der Nachbarn mitdenken. Dabei wird versucht, die eigene Heizung zu minimieren und zumindest in den Übergangszeiten von den Heizeffekten der Nachbarn zu profitieren. Wenn diese nicht (mehr) wie gewünscht heizen, kann es, wie bei Herrn Bogner (59 J., langzeitarbeitsloser Single), schon vorkommen, dass er sich über die falschen Heizpraktiken der Nachbarn ärgert. Andere Befragte trennen Teile der Wohnung mit dicken Vorhängen ab, wenn keine Türen vorhanden sind, damit sich die Wärme im Aufenthaltsraum hält.

Mehr als zwei Drittel der Haushalte nutzen eine oder mehrere dieser Strategien, um die Heizkosten zu senken und trotzdem ansatzweise die Energiebedürfnisse befriedigen zu können (Ähnliche Befunde zeigen die Studien von Gilbertson et al. 2006; Radcliffe 2010; Wright 2004). Wie bereits erwähnt, entstehen Bewältigungsstrategien bei Heizpraktiken langfristig. Änderungen der budgetären Situation können darauf einen Einfluss haben, soziale und technische Faktoren erweisen sich jedoch als ebenso wichtig. Dazu gehören – wie bereits ansatzweise gezeigt – Aneignungs- und Umgangsweisen mit Technologien ebenso wie soziale Normen, Habitusformen oder fehlende Rückmeldesysteme. Einige zusätzliche Aspekte werden im Folgenden skizziert.

Die vorhandene Heiztechnologie kann Handlungsspielräume begrenzen. Es ist nicht selten, dass Haushalte mit der vorhandenen Heiztechnik die Wohnung nicht auf eine angenehme Temperatur heizen können, selbst wenn sie es wollten. Frau Leitinger (74 J., Pensionistin) beispielsweise muss ihre Nachtstromheizung sehr genau regulieren, um die gespeicherte Wärme über den Tag zu verteilen. Stellt sie die Heizung an sehr kalten Tagen höher, bedeutet dies, dass sie ab nachmittags

um 16 Uhr nicht mehr heizen kann und die Wohnung ausköhlt. Stellt sie sie niedriger, bedeutet das, dass sie den ganzen Tag friert, aber zumindest bis zum Abend auf niedrigem Niveau heizen kann. Ähnlich geht es anderen Befragten, bei denen die Heiztechnologie nicht ausreicht, um die meist thermisch nicht isolierten Wohnungen zu heizen.

Wird in einer sozio-technischen Perspektive davon ausgegangen, dass die Praxis des Heizens auch durch Prozesse der Aneignung von Technik beeinflusst wird, dann stellt sich die Frage, wie sich Menschen die vorhandene Technologie (z.B. Heizung, Thermostat, Beleuchtung) verständlich machen. Dies soll am Beispiel des Umgangs mit der Abrechnung der Fernwärmehitzung gezeigt werden. Sie funktioniert im Allgemeinen so, dass jeder Heizkörper mit Verdunstungszählern ausgestattet wird. Die Verdunstung wird nach einem Jahr gemessen und daraus der Wärmeverbrauch errechnet. Normalerweise hat diese Abrechnungsform wenig Einfluss auf die Heizpraktiken. Mehrere InterviewpartnerInnen machen sich diese aus der Technologie resultierende Abrechnungsform jedoch differenzierter verständlich. Sie ziehen daraus den Schluss, dass sie zu viel an Grundkosten bezahlen, weil sie glauben pro Heizkörper zahlen zu müssen, obwohl sie diese nicht benutzen. Im Extremfall führt dies dazu, dass Heizkörper abmontiert werden.

In Wirklichkeit werden die Grundkosten nach der Quadratmeterzahl der Wohnung berechnet. Es kann auch sein, dass die ganze Wohnung mit einer möglichst kleinen Anzahl an Heizkörpern beheizt wird, damit die Verdunstung auf den anderen Heizkörpern vermieden wird. Je weniger Heizkörper beheizt werden, so das Verständnis, desto geringer die Heizkosten. Im Extremfall, wie bei Frau Milich (34 J., alleinerziehende Mutter von 3 Kindern mit Migrationshintergrund), wird die Wohnung mit den zwei Heizkörpern eines Raumes auf 28 Grad Celsius geheizt. Gleichzeitig empfindet Frau Milich diese Heizpraxis subjektiv noch als sparsam, weil sie die Beheizung mehrerer Heizkörper „einspart“. Was aus subjektiver Sicht rational erscheint, kann sich in hohen Energiekosten niederschlagen. Wie sich Menschen Technologie aneignen und verstehen, ist häufig durch andere als ökonomische Rationalitäten geprägt (Gram-Hanssen 2008). Laien-Vorstellungen von Energie und Technik können dabei ein wichtiger Faktor sein (Kempton/Montgomery 1982), der bei scheinbaren „Irrationalitäten“ zu berücksichtigen ist. Mögliche Energieberatungen können nur dann erfolgreich sein, wenn sie den subjektiven Sinn dieser scheinbaren Irrationalitäten verstehen und die Beratung an diesem Verständnis ansetzt.

Heizpraktiken werden auch durch soziale Normen bestimmt. In den Interviews zeigt sich eine verbreitete Norm, die besagt: Es darf nicht verschwendet werden. Diese Norm ist recht bindend, wenn es um das Heizen geht. Wird das Heizen aller Räume in der Wohnung als Verschwendug (oder auch Luxus) betrachtet, dann wird das nicht gemacht, auch wenn es technisch und ökonomisch möglich wäre. Die Wärme auf einen Raum zu konzentrieren, ist Ausdruck der Vermeidung von Verschwendug, ein Habitus, der bereits in der Herkunftsfamilie und/oder auch in mehr oder weniger langen Jahren des Lebens unter Armutssbedingungen entwickelt wurde. Wann eine Handlung als Verschwendug oder Luxus betrachtet wird, hängt davon ab, welches Verständnis von Normalität, in diesem Fall von normalen Heizpraktiken besteht. So wird das Verhalten auf das subjektive Verständnis von Normalität eingestellt. Dieses Verständnis ändert sich jedoch über die Zeit, zum einen gesellschaftlich und zum anderen auch individuell. So sind auch die oben bereits erwähnten Anpassungen der Bedürfnisse an die prekäre Lebenssituation zu verstehen.

Neben Kostenerwägungen, Umgangsweisen mit Technik und habituellen Dispositionen können auch Einstellungen Heizpraktiken beeinflussen. Fallen beispielsweise geringes Einkommen und ausgeprägtes ökologisches Bewusstsein zusammen, dann besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass Energie bewusster verbraucht wird, wobei fallweise auch ökologische Motive im Vordergrund stehen können. Herr Grünbacher (32 J., „Working Poor“, 4-Personen-Haushalt) meint beispielsweise, dass es für ihn schwer vorstellbar sei, für die Verringerung der Energierechnung zu sparen. Das Motiv Energie zu sparen sei für ihn ähnlich wie das Motiv, kein Essen wegzwerfen. Die Vermeidung von Verschwendungen und die Verringerung des ökologischen Fußabdrucks veranlassen ihn zu dieser Praxis. Ähnliche Motive hat Herr Tauschek (40 J., „Working Poor“, Single), wenn er sich beim Lesen eines Buches einfach neben den Heizkörper setzt, weil er es für unökologisch hält, den ganzen Raum für sich allein auf eine höhere Temperatur zu heizen. Ungefähr ein Zehntel der Befragten zeigen ein mehr oder weniger ausgeprägtes ökologisches Bewusstsein. Kosten sind allerdings ein limitierender Faktor für „grünes“ Handeln.

Jedoch sind Kosten nicht der singuläre „Determinator“ von Energiepraktiken. Wir haben gesehen, welche anderen Faktoren dabei eine Rolle spielen. Auch das Verständnis von Normalität und Wohlfühlen ist ausschlaggebend. Kostenänderungen führen nicht oder nicht immer direkt zu Änderungen der Heizpraktiken. Zu sehr sind diese Praktiken habitualisiert, vorreflexiv oder durch technische, institutionelle und infrastrukturelle Voraussetzungen determiniert. So verhindern fehlende Rückmeldesysteme eine stärker rationale Beschäftigung mit dem Energieverbrauch (vgl. auch den Abschnitt über Energiekosten). Aus der Interviewanalyse wird dennoch deutlich, dass ein großer Teil der Befragten aktiv werden will. Die Handlungsspielräume sind jedoch begrenzt, was zu Hilflosigkeit führen kann, wenn mögliche Handlungsalternativen zwar bekannt, aber finanziell nicht leistbar sind.

Viele Befragte verfolgen aktive Effizienz- oder Suffizienzstrategien, um angesichts der teilweise restriktiven Wohn- und Lebensbedingungen ihre Energiebedürfnisse – häufig auf niedrigem Niveau – befriedigen zu können. Bei weniger als einem Drittel der Befragten werden keine als Bewältigungsstrategien zu bezeichnende Heizpraktiken deutlich. Ihre Heizpraktiken folgen in erster Linie dem Wohlfühlen in der Wohnung. Sie können demnach auf die Art und Weise heizen, wie es ihrem Verständnis von Wohlfühlen entspricht. Das bedeutet, dass ihre Wohnungen mit der dafür nötigen Heiztechnologie ausgestattet sind und es sich finanziell ausgeht, auf die gewünschten Temperaturen zu heizen. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese Gruppe einen höheren Heizverbrauch als andere hat. Einige Personen in dieser Gruppe leben in energieeffizienten Wohnungen, sodass sie fast nicht heizen müssen. Ihr Heizverbrauch ist demnach geringer als in anderen Haushalten. In dieser Gruppe gibt es auch einige Personen, die einen ausgeprägten Sparhabitus haben und daraus resultierend einen sehr geringen Verbrauch. Dieses Verhalten ist jedoch sehr habitualisiert, sodass es nicht als aktive Bewältigungsstrategie gesehen werden kann. Für einige in dieser Gruppe ist die Wärme so wichtig, dass sie dafür die hohen Kosten in Kauf nehmen, auch wenn sie sehr belastend sind. Diese Menschen geben an, dass sie es einfach gerne warm haben und diese Wärme auch brauchen. Wenn es um Wärme geht, ist diese Gruppe zu keinen Kompromissen bereit, selbst wenn Abschaltungen drohen oder Energieschulden bestehen.

Absenkung der Temperatur bei Nacht und im Schlafzimmer gehört bei den Befragten zur Normalität. Im Allgemeinen wird am Tag und am Abend auf die höhere Wohlfühltemperatur geheizt und in der Nacht auf eine niedrigere Schlaftemperatur abgesenkt. Bei MigrantInnen ist das manchmal

umgekehrt oder es wird Tag und Nacht ohne Unterschied auf die gleiche Temperatur geheizt. Hier dürfte es kulturelle Prägungen geben, die eine wärmere Schlaftemperatur als wichtig erscheinen lassen. So heizt Herr Mussa (55 J., 3-Personen-Haushalt mit Migrationshintergrund) vor allem in der Nacht, dafür aber sehr wenig am Tag. Auch andere senken in der Nacht nicht ab, zu einem guten Teil damit ihre Kinder nicht frieren. Auch manche ÖsterreicherInnen heizen Tag und Nacht mit derselben Temperatur. Dann ist die Tagestemperatur aber meist so gering, dass sie bereits als Absenktemperatur gilt. Frau Neuber (55 J., Pensionistin, Single) dagegen ist nur spätabends und nachts zuhause und heizt die ganze Nacht durch, weil sie das Fenster immer gekippt hat (mehr dazu unter Lüftungspraktiken). Die große Mehrzahl der Befragten hat in Bezug auf Nacht- und Schlafzimmerabsenkung jedoch eine ähnliche Haltung, bei der sich nur die gewünschten Temperaturen leicht unterscheiden.

Um die Energiepraktiken der armen und armutsgefährdeten Befragten vergleichen zu können, wurden auch zehn einkommensstarke Haushalte befragt. Hier sticht sofort ins Auge, dass es keine Suffizienzstrategien in diesen Haushalten gibt und auch Effizienzmaßnahmen wenig ausgeprägt sind. Geheizt wird bis zu einer angenehmen Wohlfühltemperatur, was auch als nicht hinterfragte Normalität empfunden wird. Nur eine Befragte, die in einem großen Haus wohnt, das nach Auszug der Kinder größtenteils unbewohnt ist, reguliert die unbenutzten Zimmer extra. Alle anderen heizen die ganze Wohnung am Tag auf die gleiche Temperatur und senken die Temperatur in der Nacht ab. Auffallend ist auch, dass die Heizpraktiken hier um vieles homogener sind. Das liegt auch daran, dass die Technik in neun von zehn Haushalten die gleiche ist und die Effizienzunterschiede bei den Gebäuden geringer. Neun Haushalte haben eine Gasetagenheizung mit Thermostat und nur eine Befragte hat eine Ölzentralheizung. Ineffiziente Heizungen, die nicht in der Lage wären, die Wohnung ausreichend zu heizen gibt es hier nicht.

Wichtig beim Heizen ist die Praktikabilität, die einfache Bedienung und Funktionsweise. Die Befragten wollen sich im Allgemeinen nicht mit der Heizung beschäftigen. Sie soll einfach funktionieren und möglichst im Vorhinein steuerbar sein, sodass es bereits warm ist, wenn man von der Arbeit heimkommt. Über einen möglichen Austausch von vorhandenen Heiztechnologien (z.B. aus Klimabelangen) haben sich wenige Gedanken gemacht. Vor allem in Wohnungen, egal ob gekauft oder gemietet, wird die Heizung verwendet, die installiert ist. Heizung und Wärme sind in diesen Haushalten das Normalste der Welt und einige Befragte wundern sich über die Fragen der ForscherInnen und meinen, dass sie sich darüber noch nie Gedanken gemacht hätten. Das bedeutet, dass die Heizpraktiken, wenn ausreichend Geld vorhanden ist, noch viel weniger reflektiert werden, als in den Haushalten, wo das Geld knapp ist. Die Wohnungen werden in den einkommensstarken Haushalten als Oase der Ruhe beschrieben, als Ort zum Ausspannen vom Stress des Alltags. Das Wohlfühlen ist an einem solchen Ort immens wichtig und die Heizpraktiken passen sich an dieses Wohlfühlen an.

Investitionen in Effizienzmaßnahmen oder in erneuerbare Energien sind die Ausnahme. Nur eine Befragte hat ihr Einfamilienhaus bereits in den 1990er Jahren gedämmt. Bei denjenigen, die in Wohnungen wohnen, spielen Effizienzmaßnahmen keine Rolle, was teilweise mit der Nutzer-Investor-Problematik (Mieter-Vermieter-Problematik) erklärbar ist. Auffallend ist jedoch, dass kleinere investive Maßnahmen, die die Energieeffizienz verbessern würden, im Heizungsbereich nicht durchgeführt werden. Finanzielle Möglichkeiten führen also nicht automatisch zu Investitionen im Effizienzbereich, selbst wenn die Energiepreise steigen.

Im Vergleich zu einkommensschwachen Haushalten fällt auf, dass die Heizpraktiken im Alltag nicht thematisiert werden. Für viele einkommensschwache Haushalte ist das Heizen zumindest im Winter ein Thema, das sie täglich beschäftigt. Einige sind dadurch stark belastet, weil sie Abschaltungen und Energieschulden fürchten. Das Heizen, der Energieverbrauch und die Kosten sind Themen, die in einkommensschwachen Haushalten bewegen. In den einkommensstarken sind diese Themen dagegen nicht präsent, höchstens wenn eine Sanierung des Hauses angedacht wird.

Bei der Frage nach den **Lüftungspraktiken** war aus energetischer Sicht interessant, ob die Befragten Kipplüften oder Stoßlüften und wie diese Handlungsweisen argumentiert werden. Stoßlüften gilt gemeinhin als die energieeffizientere Variante des Lüftens.

Die Analyse zeigt, dass die meisten der Befragten Stoßlüften. 29 von 38 befragten ÖsterreicherInnen praktizieren Stoßlüften, fünf weitere einen Mix aus Stoß- und Kipplüften und nur zwei lüften durchgehend mittels Kippen. Frau Birkovac (49 J., langzeitarbeitslos, Single) als Sonderfall hat eine außergewöhnliche Art zu lüften, indem sie die Balkontüre, die zur Küche führt auch im Winter immer offen hält, damit ihre Haustiere den Balkon nutzen können. Dafür nimmt sie auch höhere Heizkosten in Kauf, wobei sie die Türe mit einer dicken Wolldecke verhängt, damit die Wärme nicht direkt verloren geht. Diese scheinbar irrationale Praxis ergibt sich daraus, dass Haustiere für Frau Birkovac einen hohen sozialen Stellenwert haben. Sie nimmt hohe Kosten in Kauf, wenn sie dafür ihren Haustieren eine Freude machen kann.

Bei den zwölf Befragten mit Migrationshintergrund gibt es sechs Stoßlüfter, vier Kipplüfter und zwei Personen, die einen Mix aus Stoß- und Kipplüften praktizieren. Es ist also auffallend, dass ÖsterreicherInnen häufiger die energieeffizientere Stoßlüftpraxis anwenden. In anderen kulturellen Hintergründen scheinen andere Lüftungspraktiken vorzuherrschen, die die Menschen nach Österreich mitnehmen. Frau Gonzalez (46 J., langzeitarbeitslos, 4-Personen-Haushalt) mit chilenischem Hintergrund meint beispielsweise, dass ihr österreichischer Ehemann das Stoßlüften eingeführt habe und es seitdem so praktiziert wird.

Neben kulturellen Hintergründen gibt es eine Reihe anderer Faktoren, die die Lüftungspraktiken beeinflussen. Das Kochen ist einer dieser Faktoren. Während des Kochens entsteht nicht nur Wärme, sondern auch Feuchtigkeit durch Wasserdampf und Gerüche durch das gekochte Essen. Diese Nebeneffekte des Kochens führen dazu, dass in vielen Haushalten das Küchenfenster gekippt wird, teilweise auch entgegen der Gewohnheit des Stoßlüftens. Die meisten Befragten, die oben als Mischtypen angegeben sind, praktizieren Stoßlüften im Allgemeinen und Kipplüften in der Küche, manchmal auch im Schlafzimmer.

Wie schon oben erwähnt sind Haustiere ein weiterer Einflussfaktor. Die oben beschriebene Lüftungspraxis von Frau Birkovac ist dabei ein Extremfall. In anderen Fällen verhindern Katzen im Haushalt das Stoßlüften, wenn die Wohnung im Erdgeschoß liegt und das Hinauslaufen der Katzen befürchtet wird. Die Geruchsbelästigung durch Haustiere kann dagegen auch zu häufigerem Stoßlüften führen. Wenn Haustiere auf den Balkon wollen, wird das in anderen Fällen auch gleich zum Lüften genutzt.

Kinder beeinflussen die Lüftungspraktiken ebenso. So spricht eine Mutter davon, dass sie immer „hinterherlüften“ muss, denn ihr Kind sei so kälteanfällig, dass es nie lüftet. Eine andere Mutter

spricht davon, dass sie nachkontrolliert, denn das Kind kippt das Fenster, während die Mutter ihm erzieherisch das Stoßlüften beibringen möchte.

Das Rauchen ist ein Hauptmotiv für das Lüften. Sieben Befragte meinen, dass sie durch das Rauchen öfter stoßlüften, während zwei RaucherInnen die Fenster aufgrund der Geruchsbelästigung ständig gekippt lassen. Fast alle RaucherInnen sind durch das Rauchen in ihren Lüftungspraktiken beeinflusst. Auch psychische Probleme können Lüftungspraktiken bestimmen, wie bei zwei Befragten deutlich wird, die meinen, dass sie das Gefühl hätten zu ersticken, wenn das Fenster zu ist. Sie bräuchten ständig das Gefühl von frischer Luft durch geöffnete Fenster. Ein weiterer Faktor sind feuchte Wohnungen bzw. solche mit Schimmelproblemen. Diese führen dazu, dass häufiger gelüftet wird, um Schimmel und auch einen feuchten, stickigen, „warmen“ Geruch zu vermeiden.

Im Allgemeinen scheint Stoßlüften bei ÖsterreicherInnen die akzeptierte Hauptlüftungsart zu sein. Die StoßlüfterInnen erklären diese Praxis auch damit, dass durch Kippen wenig Luftaustausch passiert, dass Stoßlüften effizienter sei oder dass Kipplüften nichts bringe. Manche haben gar keine andere Möglichkeit, weil Kastenfenster keine Kippfunktion haben. Die skizzierten Motive (Haustiere, Kochen, Schimmel/Feuchtigkeit, Rauchen, psychische Gründe, Kinder, Migrationshintergrund) können die allgemein akzeptierte Praxis des Stoßlüftens jedoch beeinflussen bzw. verändern. Recht häufig wird morgens nach dem Schlafen gelüftet und meist mehrere Male pro Tag. In vielen Fällen gibt es beim Lüften aber keine bewusste Praxis. Vielmehr wird der Akt des Lüftens durch unterschiedliche Auslöser beeinflusst. Beispielsweise durch Haustiere, die auf den Balkon wollen, durch Arbeitspausen, oder stickigen Geruch. Eher selten gibt es ein starreres Lüftungsmuster, wie beispielsweise immer morgens und abends.

Insgesamt zeigt sich, dass zwei Drittel der Befragten die Praxis des Stoßlüftens verfolgt und 7 Personen eine Kombination von Stoßlüften und Kipplüften. Viele Befragte haben diese Praxis habitualisiert. Dies kann vermutlich darauf zurückgeführt werden, dass die Kommunikation der Vorteile des Stoßlüftens seit langem auf der öffentlichen Agenda steht und sich daraus eine kulturelle Gewohnheit entwickeln konnte. Sowohl die Kombination aus Stoß- und Kipplüften als auch das ausschließliche Kipplüften wird jedoch nicht als Gleichgültigkeit praktiziert. Beide Praktiken basieren auf nachvollziehbaren Gründen und eine Veränderung in Richtung Stoßlüften müsste an diesen Gründen ansetzen.

5.2.2. Beleuchtungspraktiken

Nach dem Strom- und Gastagebuch 2008 stieg der Stromverbrauch in privaten Haushalten in Österreich zwischen 1990 und 2007 um jährlich durchschnittlich 1,3%, insgesamt um 23,6%. Bedeutendste Stromverbraucher demnach sind Heizung (20,5%), elektrische Warmwasserbereitung (17,1%) sowie Haushaltsgroßgeräte (30%). 8,6% des Stromverbrauchs entfallen auf die Beleuchtung. Kommunikations-, Büro- und Unterhaltungsgeräte machen 7% aus, während der Standby-Verbrauch immerhin noch bei 4,2% liegt (Wegscheider-Pichler 2009).

Auch wenn der Energiekonsum im Beleuchtungssektor vergleichsweise gering erscheinen mag, können Licht und Wärme als Grundbedürfnisse des Menschen angesehen werden. Studien gehen davon aus, dass der Stromverbrauch auch in Zukunft steigen wird, zum einen aufgrund des Anstiegs kleinerer Haushaltsformen, zum anderen durch veränderte Lichtbedürfnisse und Nutzungsformen.

Bisher gibt es allerdings fast keine Studien, die den Lichtkonsum aus der Perspektive der KonsumentInnen untersuchen (Bladh/Krantz 2008), weshalb die Gründe für den nutzungsbedingten Anstieg noch relativ im Dunklen liegen.

Wie bei den Heizpraktiken wird auch bei der Beleuchtung deutlich, dass Energiekonsum durch das Zusammenspiel ökonomischer, sozialer, kultureller und technischer Faktoren gekennzeichnet ist. Beleuchtungspraktiken sind von der Lage der Wohnung, teilweise von den Jahreszeiten, der Tageszeit und dem damit verbundenen Ausmaß an Tageslicht abhängig. Je nach Kombination dieser Elemente kann der Lichtbedarf sehr unterschiedlich sein. Im Extremfall muss wegen dichtem Baumbestand vor dem Fenster bei Anwesenheit eine Lampe durchgehend in Betrieb sein, damit bestimmte Tätigkeiten möglich sind. Dunkle Wohnungen sind in unserem Sample eher häufig, was auf verstärkte Lichterfordernisse verweist.

Neben der Verfügbarkeit von Tageslicht resultiert ein Großteil der Lichtnachfrage aus den Bedürfnissen (Wohlfühlfaktoren) und Aktivitäten der BewohnerInnen. Wird aus Gründen des Wohlfühlens und der Gemütlichkeit in den meisten Fällen gedämpftes, indirektes Licht bevorzugt, so erfordern Haushaltstätigkeiten (Lesen, Kochen, Wickeln des Babys usw.) andere Lichtqualitäten und -stärken. Meist wird in diesem Kontext helleres (und teilweise auch intensiveres) Licht gebraucht, was fallweise durch das Einschalten einer Deckenlampe oder meist durch eine zusätzliche Beleuchtungsquelle erzeugt wird.

Fast durchgehend wird die „europäische“ Lichtkultur deutlich, die sich in einer „Zweiteilung“ der Beleuchtungsmodi zeigt und von einem Interviewpartner als Unterscheidung von „Zwecklicht“ und „Atmosphärelicht“ bezeichnet wird. „Zwecklicht“ meint an der Decke befestigte, zentrale Lichtquellen, die einen Raum erleuchten und meist mit Helligkeit, Direktheit, Kälte, grellem Licht oder „Kunstlicht“ in Verbindung gebracht werden, fallweise auch als Büroatmosphäre bezeichnet werden und mit bestimmten Tätigkeiten (Arbeit), für die Helligkeit erforderlich ist, verbunden sind. „Atmosphärelicht“ demgegenüber wird mit dezentralen Lichtquellen, gedämpftem, indirektem Licht, Gemütlichkeit, Wärme, Ruhe, Romantik verbunden. Letzteres wird meist als angenehmer wahrgenommen und mit der Vorstellung eines gemütlichen Heims verknüpft. Auch in der vorliegenden Studie erweist sich „Stimmung“ (mood) als ein zentraler Bestimmungsfaktor für Beleuchtungspraktiken (Stokes et al. 2006).

„Europäische“ Lichtkultur meint den in interkulturellen Studien sichtbar gewordenen Gegensatz zwischen „brightness“ und „cosiness“ als lichtbezogene Leitunterscheidungen, wie sie z.B. als Unterschiede zwischen Japan und Norwegen identifiziert wurden. Demnach wird in Japan ein zentrales, an der Decke befestigtes Licht bevorzugt, das den Raum in helles Licht setzt, während in Norwegen viele kleine Lampen ein Gefühl von Gemütlichkeit erzeugen sollen. Diese kulturell unterschiedlichen Lichtkulturen haben auch Auswirkungen auf den Energieverbrauch: Japanische Haushalte hatten zum Zeitpunkt der Studie durchschnittlich 2,5 Glühbirnen pro Raum, norwegische 9,6 (Wilhite/ Lutzenhiser 1999; Wilhite et al. 1996). Auch wenn es unökonomisch sein kann und den Energieverbrauch erhöht, werden solche kulturellen Unterschiede (die natürlich nicht unveränderlich sind) die Energiepraktiken der Menschen beeinflussen.

Soziotechnisch gesehen setzt sich das in unseren Haushalten häufig gegebene Problem der vorhandenen, meist veralteten Infrastruktur auch bei den Beleuchtungspraktiken fort. Mehrere

InterviewpartnerInnen verweisen auf mit der Wohnung übernommene Beleuchtungskörper oder auf seit langem im Haushalt befindliche Leuchten, an die man sich gewöhnt hat und die nur schwer zu verändern sind bzw. die als für Energiesparlampen nicht tauglich wahrgenommen werden. Dies sind häufig vielstrahlige Luster, die als Energie fressend erscheinen. Jedoch auch eine wegen hohen Stromverbrauchs und ästhetischer Bedenken als problematisch wahrgenommene Beleuchtungsform kann in einem längeren Domestizierungsprozess (Berker et al. 2006) ihre Wertigkeit verändern, in den Beleuchtungsbestand der Wohnung integriert werden und Veränderungen hemmen. Nicht selten ist der bevorzugte Gebrauch von in Einrichtungsgegenständen integrierten Lichtquellen, seien dies Küchenlichter, die Beleuchtung von Badezimmerkästchen oder das Licht der Dunstabzugshaube. Diese werden entweder als (abendliches) Zusatzlicht genutzt oder als alleinige Lichtquelle zur Erleuchtung (z.B. beim Gang zur Toilette). Da solche Lichtquellen zum Inventar gehören, wird deren Gebrauch gleichsam nahe gelegt, auch wenn sie möglicherweise sehr energieeffizient sind (wie dies auch bei Geräten mit integrierten Funktionen der Fall ist, z.B. beim Fernsehen; vgl. Crosbie 2008).

Gleichwohl schlägt natürlich auch die ökonomische Situation auf die Beleuchtungspraktiken durch. In vielen Interviews wird eine „Lichtbescheidenheit“ deutlich, die in verschiedenen Beleuchtungsstrategien ihren Ausdruck findet. **Suffizienzstrategien** – wie sie bereits beim Heizen deutlich geworden sind – kommen auch bei den Lichtpraktiken häufig vor.

Eine Strategie besteht darin, potenziell vorhandene Lichtquellen nur sehr selektiv bzw. überhaupt nicht zu nutzen: Beispielsweise werden mehrflammige Luster nur mit einem Teil der Glühbirnen ausgestattet (manche sind im Laufe der Zeit kaputt gegangen, manche werden herausgedreht), um nicht zu viel Licht zu haben. Dies kann sparbezogene Gründe haben, aber im Einzelfall auch mit dem Charakter des Lichts (zu stark) begründet werden. Manche als Energie fressend eingeschätzte Lichtquellen werden nicht oder nur selten benutzt (z.B. Neonröhren). Kleine Lichtquellen statt größere zu nutzen, gehört auch in diesen Zusammenhang bzw. generell die Beleuchtung zu minimieren (lichtschwächere Birnen zu verwenden, nur eine statt mehrerer Lichtquellen zu nutzen). In vielen Haushalten wird die beim Fernsehen entstehende Helligkeit als einzige abendliche Lichtquelle genutzt. Häufig ist auch die Kombination des Fernsehlichts mit einer zweiten, kleineren Lichtquelle.

In einigen Haushalten werden Kerzen als zusätzliche oder als hauptsächliche Beleuchtungsform genutzt, teilweise aus Gründen der Beleuchtungsminimierung, vor allem aber wegen des warmen Lichts und besonders im Winter. Grenzen des Gebrauchs von Kerzenlicht sind mit potenziellen Gefährdungen gegeben (Brandgefahr) oder wenn Besuch erwartet wird.

Eine weitere Strategie (die auch eng mit entsprechenden Heizpraktiken verknüpft ist) besteht darin, nur einen Raum (meist den Hauptaufenthaltsraum) zu beleuchten und andere Räume mit dem Licht dieses Raums mit zu beleuchten (z.B. das Bad). Im Einzelfall wird das Licht (auf der Toilette) überhaupt nicht angemacht, weil die damit verbundene Lüftung zu viel Lärm erzeugt. Die Zentrierung auf einen beleuchteten Hauptaum kann auch mit Sparintentionen verknüpft sein, die die anderen Zimmer der Wohnung betreffen: Ein Raum wird nach den entsprechenden Lichtbedürfnissen beleuchtet, in den anderen Räumen wird gespart.

Eine andere Strategie (die auch der Norm der Nichtverschwendung entspricht) besteht darin, beim Verlassen eines Raums das Licht abzudrehen. Diese Handlung steht auch im Zentrum, wenn die

eigenen Kinder zum Stromsparen erzogen werden sollen. Es wird mehrmals auf die eigene Lebensgeschichte verwiesen, wenn die Herkunft dieser Haltung verständlich gemacht wird. Häufig wird diese als Selbstverständlichkeit erscheinende Handlung als energiesparend bezeichnet. Im Einzelfall wird darauf verwiesen, dass man sich diese Haltung erst erworben habe und früher mehr Licht vergeudet hätte.

Auch wenn es InterviewpartnerInnen gibt, die trotz restriktiver Bedingungen ihre Beleuchtungspraktiken nicht reflektieren und auch keine Einsparintentionen verfolgen, nehmen viele Befragte mehr oder weniger ausgeprägte Reduktionen des Lichtkonsums vor. Allerdings werden auch Situationen deutlich, in denen eine Reduktion nicht angebracht scheint, sondern im Gegenteil die volle Erleuchtung des Heims Norm ist. Dies ist besonders bei Besuchen von Bekannten und Verwandten auffällig. Wenn Besuch kommt, soll das Heim hell und gut ausgeleuchtet sein. Licht erscheint in solchen Fällen als Wertschätzung, Helligkeit verweist auf die (Gast)Freundlichkeit und ist dem Sparen entgegen gesetzt (vgl. dazu auch Day/Hitchings 2009; Wilhite et al. 1996; Wilhite/Lutzenhiser 1999).

Trotz ausgeprägtem Energiebewusstsein kann beispielsweise die Weihnachtsbeleuchtung ein Grund für den Verzicht auf Verbrauchsreduktion sein: Diese zu haben bedeutet, an kulturell üblichen Festen ohne Einschränkung teilhaben zu können und sich damit als integrierter Teil der Gesellschaft fühlen zu können. Auch psychische Belastungen (z.B. Burnout oder Angstzustände) und ein daraus resultierender erhöhter Lichtbedarf können dem Stromsparen Grenzen setzen. Dies gilt nicht nur für Beleuchtungszwecke: Soziale Isolation und Kommunikationsmangel können dazu führen, dass Geräte der Unterhaltungselektronik im Dauereinsatz sind, sozial-kommunikatives Hintergrundgeräusch erzeugen und so Isolationsgefühle reduzieren helfen.

Wie skizziert, wurde auch bei den Beleuchtungspraktiken eine Vielzahl an Suffizienzstrategien deutlich, mit denen die Betroffenen versuchen, die Energiekostenproblematik in den Griff zu bekommen. Hinsichtlich der bereits im Abschnitt über Heizpraktiken angeführten **Effizienzstrategien** lässt sich beim Licht die Möglichkeit der Benutzung von **Energiesparlampen** untersuchen. Häufig findet man im alltäglichen Diskurs eine Verknüpfung der Energiesparthematik mit Lichtpraktiken. Es ist bekannt, dass Menschen dazu neigen, die Energieeinspareffekte beim Strom (was am An- und Abschalten von Lichtquellen festgemacht wird) deutlich zu überschätzen und jene bei der Heizung und Warmwasserbereitung zu unterschätzen (Reusswig 1994). Nichtsdestotrotz sind auch beim Energieverbrauch für Lichtzwecke Einsparpotenziale in Haushalten gegeben. So hat das Strom- und Gastagebuch 2008 gezeigt, dass in österreichischen Haushalten noch immer in hohem Ausmaß die energieineffizienten Glühbirnen mit 51% dominierten und nur 7% Energiesparlampen verwendet wurden (Wegscheider-Pichler 2009). Dieser Prozentsatz kann sich inzwischen verändert haben (z.B. durch die EU-Verordnungen zum schrittweisen Verbot konventioneller Glühbirnen).

Angesichts der öffentlichen Diskussion zu Energiesparlampen stellt sich vor dem Hintergrund der u.a. durch die materielle Ausstattung gegebenen eingeschränkten Handlungsspielräume unserer Haushalte (z.B. hinsichtlich der Wohnungssubstanz, der Heizungsform oder der Geräteverfügbarkeit) die Frage, ob und aus welchen Gründen auch angesichts restriktiver Bedingungen leistbare „Kleininvestitionen“ in Richtung der Steigerung der Energieeffizienz getätigt werden. Die Auswertung zeigt, dass ca. ein Fünftel (fast) komplett auf Energiesparlampen umgestellt hat, drei Fünftel zumindest einige verwenden und ebenfalls ca. ein Fünftel solche Lampen nicht verwendet. Wenn in

mehr als drei Viertel der Haushalte bereits Energiesparlampen in Verwendung sind, dann deutet dies darauf hin, dass einkommensschwache Haushalte in relativ hohem Ausmaß bemüht sind, durch Kleininvestitionen Energie zu sparen. Interessant sind die Unterschiede zwischen einkommensschwachen und einkommensstarken Haushalten. Erstere haben durchschnittlich 12 Lampen im Haushalt (wobei die Spannbreite zwischen 2 und 34 Lampen liegt), einkommensstarke demgegenüber durchschnittlich 32 Lampen (mit einer Spannbreite zwischen 22 und 46). Der Anteil an Energiesparlampen macht in einkommensschwachen Haushalten 24% aus, in einkommensstarken hingegen nur 18%. Einige arme und armutsgefährdete Haushalte haben sogar zu 100% Energiesparlampen, was bei wohlhabenderen Personen nicht der Fall ist.

Analysiert man die Gründe für den Kauf von Energiesparlampen, dann werden häufig Kostensenkung und Energiesparen genannt, wobei beide Motive nicht immer klar voneinander zu trennen sind. Während in einer englischen Studie bei vielen Personen sowohl Kosten- als auch Umweltmotive für die Verwendung von Energiesparlampen relevant waren (Wall/Crosbie 2009), stehen bei unseren von Armut betroffenen Haushalten Kostenmotive deutlich im Vordergrund.

Bei der Gruppe der VerwenderInnen wirken die (manchmal angeführten) höheren Kosten von Energiesparlampen nicht als Kaufbarriere. In einigen Fällen werden „günstige Gelegenheiten“ als Erwerbsgrund genannt, z.B. Aktionen oder Umtauschangebote. Bei den Personen, die nur wenige Energiesparlampen gekauft haben, werden Gründe deutlich, die einer Entwicklung in Richtung „Vollausstattung“ entgegenstehen: Zum einen werden die höheren Kosten genannt, was oft der Grund ist, dass nur einige Energiesparlampen „zur Probe“ angeschafft werden, um die Sinnhaftigkeit dieser vergleichsweise teuren Investition zu prüfen. Zum anderen wird explizit darauf verwiesen, dass es sich bei der Anschaffung um einen schrittweisen Prozess handelt, bei dem Kosten eine Rolle spielen können. Allerdings sind Kostenfragen nicht immer zentral.

Nicht weniger wichtig sind lichtkulturelle Aspekte, wie die Gewöhnung an den Charakter des Lichts und dessen Beitrag zur Herstellung von Gemütlichkeit. Bei einigen InterviewpartnerInnen wirkt sich die Langlebigkeit konventioneller Glühbirnen veränderungshemmend aus. Hier wird ein schrittweiser Substitutionsprozess von defekten, konventionellen Glühbirnen durch Energiesparlampen deutlich. Funktionierende Glühbirnen auszutauschen und diese zu entsorgen, wird als Wegwerf-Mentalität bzw. als „Vernichtung“ von Werten gesehen, weshalb diese auch bis zum Defekt weiterverwendet werden. Als weiteres Argument für eine nicht vollständige Umstellung wird genannt, dass Energiesparlampen auch nach „Probetrieb“ nicht für alle Lichtzwecke und Beleuchtungskörper geeignet scheinen, weshalb ein „gemischter Gebrauch“ bevorzugt wird. In zwei Fällen wird aufgrund von Unzufriedenheit der Gebrauch von Energiesparlampen wieder eingestellt und zur konventionellen Glühbirne zurückgekehrt.

Welche Erfahrungen werden mit Energiesparlampen gemacht? An positiven Erfahrungen werden die gute Haltbarkeit und das hellere Licht hervorgehoben. Was häufig kritisch gesehen wird, nämlich das langsamere Hellwerden im Unterschied zu konventionellen Glühbirnen, kann im Einzelfall positiv als Ersparnis erscheinen. Weiter wird positiv hervorgehoben, dass Energiesparlampen nicht so schnell heiß würden.

Ambivalent wird – wie auch bei anderen Energiepraktiken – die Unklarheit bezüglich der Ersparnis gesehen, die Frage, ob sich – abgesehen von anderen Vor- oder Nachteilen – die Investition auch in

finanzieller Hinsicht lohnt. In zwei Fällen wird deutlich, dass der Gebrauch von Energiesparlampen dazu führt, das Licht länger brennen zu lassen, was auf einen möglichen Rebound-Effekt verweist.

Negativ werden besonders Gesundheits- und Abfallgefahren gesehen (Quecksilber, Sondermüll), was – trotz Gebrauch – auf ein mehr oder weniger latentes Unbehagen hinweist, das vor dem Hintergrund der medialen Berichterstattung nachvollziehbar erscheint und auf den Einfluss öffentlicher Diskurse auf Konsumpraktiken verweist. In Österreich war die öffentliche Diskussion der Energiesparlampen-Problematik sehr stark auf potenziell schädliche Auswirkungen bei der Produktion und daraus möglicherweise resultierende Gesundheitsschädigungen bei den KonsumentInnen bzw. die Abfallthematik konzentriert. Neben Gesundheitsgefahren werden fallweise auch ästhetische Defizite als Negativum in Anschlag gebracht, eine unbefriedigende Lichtstärke und die lange Dauer bis zur vollen Leistung. Der letzte Punkt führt dazu, dass manche Interviewpartner Energiesparlampen wegen der längeren Anlaufzeit im Haushalt selektiv verwenden, z.B. an Orten, an denen das Licht länger an bleibt (Küche oder Gang). Für kurzfristiges An- und Abschalten (z.B. auf der Toilette) erweisen sich Energiesparlampen wegen der längeren Anlaufzeit hingegen als eher hinderlich.

Wall/Crosbie (2009) haben festgestellt, dass Haushalte mit vielen Energiesparlampen im Heim vielfach ähnliche Kritikpunkte anführen wie jene, die nur wenige oder gar keine Sparlampen verwenden. Diese Kritikpunkte werden auch in unserer Studie deutlich: Das Licht wäre zu kalt, Energiesparlampen seien unattraktiv geformt, bräuchten zu lange zur vollen Leistung, seien für manche Fassungen nicht passend und außerdem teuer sowie unzuverlässig. Wenn trotz Kritik Sparlampen verwendet werden, so vor allem aus den erhofften längerfristigen Einsparungen.

NichtverwenderInnen von Sparlampen führen mehrere Argumente an, warum sie bei konventionellen Glühbirnen bleiben: hohe Ankaufkosten und potenzielle Gesundheitsgefährdungen, ästhetische Mängel, das langsame Hellwerden, die schlechte Lichtqualität sowie die kürzere Haltbarkeit. Wenig überraschend ist, dass der Hauptteil der GegnerInnen des schrittweisen EU-Glühbirnenverbots bei den „Fans“ der konventionellen Glühbirnen zu finden ist.

Im Einzelfall wird auch behauptet, dass man die Diskussion um das Glühbirnenverbot verschlafen hat bzw. noch nie von Energiesparlampen gehört hat. Bei einigen InterviewpartnerInnen verlaufen Lichtpraktiken weitgehend routiniert und unreflektiert, was für mögliche Veränderungen eher hinderlich ist.

5.3. Energiekosten, Abschaltungen und die Frage des Versorgerwechsels

Energiearmut ist häufig durch das Zusammenspiel von hohen Energiepreisen, niedrigem Einkommen und energieineffizienten Wohnungen und Geräten gekennzeichnet. Zieht man die staatlich anerkannte Definition von Energiearmut in England heran, dann sind solche Haushalte als energiearm zu bezeichnen, die mehr als 10% ihres Einkommens (inklusive aller Sozialleistungen) aufwenden müssen, um ihre Wohnung adäquat warm zu halten. Zur Ermittlung adäquater Wärme wird auf die Vorgaben der WHO Bezug genommen, wonach eine solche durch eine Temperatur von 21 Grad im Aufenthaltsraum und 18 Grad in den Nebenräumen gekennzeichnet ist (Boardman 2010). Wie sehr sich ein Haushalt jedoch subjektiv von Energiekosten belastet fühlt, ist nicht nur durch die Höhe der Energierechnung prozentuell zum Jahreseinkommen zu bestimmen. Unter den befragten

Haushalten gibt es solche, die trotz Energiekosten von mehr als 10% des Jahreseinkommens keine Belastung spüren und andere, die sich auch bei weit geringeren Energiekosten als belastet empfinden. Ob eine Belastung durch Energiekosten besteht, ist zusätzlich zu den Kosten auch von anderen Faktoren abhängig. Dies kann der hohe Grundpreis sein, der zu zahlen ist, auch wenn man sehr wenig Energie verbraucht. Oft bestehen Belastungen durch Schulden oder durch stark steigende Mietkosten, die zu den laufenden Energiekosten dazu kommen. Eine Abgrenzung zu den Belastungen durch Energiekosten ist hier aufgrund fließender Grenzen schwierig.

Hohe Energiekosten bzw. unerwartete Nachzahlungsforderungen der Energieunternehmen stellen für zwei Drittel der befragten Haushalte eine **Belastung** dar. Besonders Energiepreisseigerungen erweisen sich als problematisch, denn durch diese kann es zu **Nachzahlungen** bei der Jahresabrechnung kommen, selbst wenn der Verbrauch gleich hoch geblieben ist. Belastungen beginnen aber nicht immer erst mit der Rückzahlung, sondern können bereits durch mediale Berichte über Preissteigerungen bei Energie verursacht sein. Frau Reisinger (69 J., Pensionistin) beispielsweise, die zur Zeit des Interviews von Gas und Strom abgetrennt ist, ist wegen der medialen Berichterstattung sehr verunsichert und reduziert aus Angst vor möglichen Zahlungsschwierigkeiten ihren Energiekonsum.

Hohe Energiekosten können zum Beispiel das Resultat bestimmter Heizpraktiken sein. Ineffiziente Heizgeräte, ineffiziente Gebäudehüllen oder Wohnanlagen, Erdgeschoßwohnungen und das Nutzerverhalten sind zentrale Faktoren, die zu hohen Energiekosten führen. Zwar werden die Kosten von den Betroffenen als belastend empfunden, im Falle des Heizens resultiert daraus jedoch nicht unbedingt eine Verhaltensänderung. Zwei der drei Personen mit dem höchsten Verbrauch pro Quadratmeter sind im Winter gerne leicht bekleidet und bevorzugen Temperaturen zwischen 22 und 24 Grad. Gleichzeitig sind ihre Fenster undicht oder die Heizung veraltet. Herr Rossner (40 J., Single, „Working Poor“) hat den höchsten Verbrauch pro Quadratmeter, der u.a. auch durch ein Missverständnis des Thermostatsystems der Fernwärme bewirkt ist (vgl. auch den Abschnitt über Heizpraktiken). Er meint, dass der Heizkörper nicht richtig warm wird, wenn er nicht auf die höchste Stufe dreht. Bei einem Heizkörper mit Thermostatregler ist es aber normal, dass der Heizkörper nicht immer warm ist, damit die eingestellte Temperatur gehalten wird. Herr Rossner meint, dass seine Art zu heizen, nämlich voll aufzudrehen und dann wieder abzudrehen, nicht ineffizient sei, denn es werde sowieso nur die verbrauchte Wärme verrechnet. Er heizt also aus einem Laienverständnis von Technik heraus ineffizient.

In anderen Fällen sehr hoher Heizkosten ist hauptsächlich die Kälte in den Wohnungen belastend. Teilweise lassen sich die Wohnungen wegen ineffizienter Heizgeräte gar nicht auf angenehme Temperatur heizen. Dies ist bei Herrn Ndoule (64 J., langzeitarbeitslos, Migrationshintergrund) der Fall, der seine kleine Wohnung mit einem veralteten Elektroheizkörper heizt. Da er kaputte Fenster und teilweise sogar kaputte Scheiben hat, eine Haustür, durch die es stark zieht und in einem unsanierten Altbau wohnt, heizt er zusätzlich mit dem Gasherd, um einigermaßen über den Winter zu kommen. Beide Heizformen sind extrem ineffizient. So sind hoher Verbrauch bei gleichzeitiger Kältebelastung zu erklären. In anderen Fällen führt die Angst vor einer weiteren Kostensteigerung dazu, dass die Wohnung nicht ausgeheizt wird. In diesen Fällen ist der Handlungsspielraum der InterviewpartnerInnen besonders gering, weil es nicht zu leistender hoher Investitionen bedürfte, um die Heizung zu erneuern. Die hohen Preissteigerungen der letzten Jahre tun ihr übrigens, um die Belastung dieser Haushalte zu erhöhen. Steigende Mietkosten, Kreditrückzahlungen oder Alimente

belasten das Budget dieser Menschen bereits stark und steigende Energiekosten können der Ausschlag dafür sein, dass das Finanzmanagement kippt.

Jahresabrechnungen erleben viele InterviewpartnerInnen als Schock, wenn hohe Nachzahlungen abzuleisten sind, da damit das ohnehin fragile Finanzmanagement ins Schwanken geraten kann. Die Jahresabrechnung sei ein Schrecken, es falle einem die Decke auf den Kopf, oder man sei fast ohnmächtig geworden, erzählen Betroffene. Mehr als ein Fünftel der Befragten äußerte sich zur Jahresabrechnung auf diese Weise. Manche geben an, dass sie zittern, bevor sie den Brief öffnen oder ihn tagelang aus Angst vor dem Inhalt ungeöffnet liegen lassen. Ein Hauptproblem liegt in den langen Zeiträumen zwischen Energiesparaktivitäten und daraus möglicherweise resultierenden Kosteneinsparungen. Zwar werden häufig verschiedenste Strategien verfolgt, um die Energiekosten niedrig zu halten und Sparpotenziale zu nutzen, allerdings sind diese Strategien mit der Unsicherheit verbunden, ob die gesetzten Handlungen auch wirklich relevant sind, da entsprechende **Rückmeldesysteme fehlen**.

Hohe Nachzahlungen sind häufig auch der Grund für **Zahlungsversäumnisse** und in der Folge Energieabschaltungen. Fallen Nachzahlungen an, versuchen viele Betroffene, Ratenvereinbarungen mit dem Energieversorger auszuhandeln, was in der Regel möglich ist. Zwar bleiben die Raten meist eine große Belastung, verhindern aber eine Abschaltung. Für SozialhilfebezieherInnen wird in Wien im Falle einer drohenden Abschaltung die Nachzahlung der Jahresabrechnung in der Regel von der zuständigen Sozialhilfebehörde übernommen (was als große Hilfe wahrgenommen wird), allerdings kann dies nur einmalig in Anspruch genommen werden.

Ein Fünftel der InterviewpartnerInnen gibt an, dass die Rechnung für sie nichts aussagt, weil sie nicht kontrollieren können, wie sie zustande kommt. Es fehlt ihnen jeder Bezug zur Energiemenge, die sie verbrauchen und so müssen sie auf die Ehrlichkeit der Energieversorgungsunternehmen hoffen, wenn es um die korrekte Abrechnung geht. Es wird auch bemängelt, dass den Rechnungen keine Informationen über Energiesparmöglichkeiten zu entnehmen sind bzw. keine Rückmeldungen gegeben werden, durch welches Verhalten der Energieverbrauch verursacht wurde und wie viel Energie im Vergleich zu anderen verbraucht wurde. Selbstbestimmtes Handeln wird dadurch erschwert und die Jahresrechnung wird ertragen wie ein „göttlicher Bescheid“.

Deutliche Unterschiede zwischen den InterviewpartnerInnen gibt es beim Finanzmanagement. Einige haben ihr Finanzmanagement voll im Griff. Sie haben einen genauen Überblick über die monatlichen Fixkosten, bezahlen diese zuerst und zahlen mit dem übrig bleibenden Rest ohne auffallende Probleme die laufenden Kosten. Andere haben einige Monate im Jahr Engpässe, wenn beispielsweise die Energierechnung in einem Monat kommt, in dem keine Familienbeihilfe ausgezahlt wird oder wenn die Jahresabrechnung eine hohe Rückzahlung aufweist. Das führt dazu, dass mit den Kosten jongliert werden muss, Erlagscheine später bezahlt und Mahnungen (und Mahngebühren) in Kauf genommen werden müssen. Für die einen scheint dieser Umstand bereits eine Form der Normalität darzustellen, während für andere die Unsicherheit, ob sie rechtzeitig die Rechnungen bezahlen können, eine Belastung bedeutet. Bei vielleicht einem Zehntel unserer InterviewpartnerInnen scheint das Finanzmanagement durch die periodisch wiederkehrende Überlastung des Haushaltsbudgets zusammengebrochen zu sein. Die Aufrechterhaltung der materiellen Existenz ist dadurch stark gefährdet, weil Miete, Strom und Heizung nicht mehr rechtzeitig bezahlt werden können. Ein ständiger Stress durch Mahnungen und die drohende Delegierung oder Abschaltung bei

Nichtbezahlung ist die Folge. In diesen Haushalten wurden Strom und Heizung mehrmals abgeschaltet, weil die Rechnungen nicht rechtzeitig bezahlt wurden. Irrationale Konsumententscheidungen in diesen Belastungsphasen können die Situation noch verschlimmern.

Der persönliche Kontext spielt eine große Rolle dabei, welcher Gruppe die InterviewpartnerInnen zugeordnet werden können. So führen Krankheiten wie Burnout oder Depressionen leicht auch zu einer Überforderung beim Finanzmanagement. Beide Problemlagen verschärfen sich dann gegenseitig. Die Erziehung von Kindern kann zu Überbelastungen führen, speziell wenn wenige soziale Kontakte vorhanden sind und Unterstützungsstrukturen innerhalb der Familie fehlen. MigrantInnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind zusätzlich belastet, weil sie nicht von allen sozialen Sicherungsleistungen des österreichischen Staates profitieren. Teilweise entstehen Engpässe, weil Leistungen nicht fristgerecht beantragt wurden, sich deshalb verzögern oder nicht anerkannt werden. Manchmal lassen Zahlungen aus dem Herkunftsland auf sich warten. Solche Engpässe führen bei Fixkosten wie Miete und Energie zu Zahlungsrückständen, die in Delogierungen oder Abschaltungen münden können. Bei den befragten MigrantInnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft ist es eher die objektive materielle Not, die für das Zusammenbrechen des Finanzmanagements entscheidend ist. Bestehen persönliche Zusatzbelastungen kann das Einkommen objektiv ausreichend sein, das Finanzmanagement aber trotzdem zusammenbrechen.

Im vorliegenden Sample sind einige InterviewpartnerInnen durch solche Lebensphasen gegangen und zeigen, dass sie nach der Überwindung der Krankheit oder Überbelastung mit den gleichen finanziellen Ressourcen durchaus auskommen. In mehreren Fällen sind psychische Überbelastungen dafür verantwortlich, dass Menschen in die Arbeitslosigkeit gerieten und in dieser Phase auch noch existenzielle Probleme wie den drohenden Verlust der Wohnung oder der Energie zu verkraften hatten. Die Belastung durch hohe Energiekosten und geringes Einkommen ist demnach nicht objektiv zu bewerten, sondern enthält immer auch subjektive Komponenten.

Seit wenigen Jahren besteht beim ehemaligen Monopolversorger Wien Energie die Möglichkeit, die Stromkosten auf zehn Teilbeträge im Jahr aufzuteilen, nachdem vorher nur Zahlungen im Quartalsabstand möglich waren. Mehrere InterviewpartnerInnen geben an, dass ihre Kostenbelastung dadurch verringert wurde, dass sie es sich durch die kleineren Beträge besser einteilen können und damit eine Verringerung der Belastung durch Energiekosten stattfindet. Für ungefähr die Hälfte der Befragten wäre diese monatliche Abrechnung jedoch gar nicht möglich, weil sie nur verbunden mit einem Abbuchungsauftrag angeboten wird. Viele bevorzugen aber eine Zahlung mit Erlagschein und nehmen dabei höhere Gebühren sowie längere Abrechnungszeiten in Kauf. Der Hauptgrund dafür ist die höhere Flexibilität beim Finanzmanagement, um kurzfristige finanzielle Engpässe zu überwinden. Abbuchungsaufträge sind unflexibel, weil sie die Deckung des Kontos nicht beachten. Ist das Konto nicht gedeckt, können pro Abbuchung Kosten von bis zu 13 Euro entstehen. Daher werden die oft kleineren Erlagscheingebühren in Kauf genommen. Zwei Interviewpartnerinnen haben gar kein Konto und müssen damit gezwungenermaßen Erlagscheingebühren zahlen.

Energieabschaltungen gehören zum Alltag vieler Befragter. Mehr als ein Viertel unserer InterviewpartnerInnen hatte bereits eine oder mehrere Abschaltungen zu verkraften. Wenn keine persönliche Betroffenheit vorliegt, so sind zumindest Fälle aus dem Bekanntenkreis bekannt.

Abschaltungen finden statt, wenn alle Mechanismen des Finanzmanagements versagen und auch Unterstützungsstrukturen nicht mehr gegeben sind.

Bei den befragten Haushalten ist es häufig, dass nach einer Abschaltung innerhalb weniger Tage die Schulden bezahlt werden und die Energiezufuhr wieder geöffnet wird. In manchen Fällen besteht die finanzielle Notlage länger und die Energie bleibt im Extremfall bis zu mehreren Jahren lang abgeschaltet. Dass Energieschulden meist innerhalb weniger Tage oder Wochen bezahlt werden können, hat mehrere Ursachen. Einerseits liegt es daran, dass Menschen in finanziellen Notlagen einfach warten müssen, bis neues Geld auf das Konto kommt. Passiert das erst einen Tag nach der Abschaltung, dann bleibt ihnen keine Wahl, als die zusätzlichen Gebühren zu zahlen und zu warten, bis wieder aufgedreht wird. Hier besteht ein finanzieller Engpass, der durch zu geringes Einkommen oder zu hohe Energiekosten erklärbar sein kann, aber auch durch unerwartete Zusatzkosten, beispielsweise durch das Defektwerden eines Gerätes.

In anderen Fällen ist eine Verleugnung von Rechnungen durch eine Überforderung des Finanzmanagements der Grund. Mahnungen werden nicht mehr geöffnet, das Problem solange verleugnet, bis eine Abschaltung passiert. In diesen Fällen kann sogar Geld vorhanden sein, das aber erst nach der Abschaltung einbezahlt wird, weil davor die psychische Belastung zu hoch ist, sich um die Rechnungen zu kümmern. Danach hat man keine Wahl mehr und muss sich darum kümmern. In zwei Fällen passierten Energieabschaltungen aufgrund von Adress- oder Rechenfehlern, die nach Aufklärung des Fehlers wieder rückgängig gemacht wurden. Ein besonderer Fall ist Frau Huber (55 J., langzeitarbeitslos, 3-Personen-Haushalt), die nach Einzug in die neue Wohnung zwei Mal eine Nachzahlung von mehreren Tausend Euro zu leisten gehabt hätte. Die erste Nachzahlung hat sie bezahlt, aber die zweite nicht mehr, weil sie annahm, dass diese nur durch Stromdiebstahl durch ihren Nachbarn erklärbar sei. Ihre Energiegewohnheiten könnten dafür nicht der Grund sein. Sie prozessierte drei Jahre lang mit dem Energieversorger und lebte in dieser Zeit aus Stolz ohne Heizung. Die Kosten wurden am Ende durch eine Weihnachtsspendenaktion bezahlt und Frau Huber hat seitdem keine Probleme mehr. Der Verbrauch liegt weit unter dem, was zu diesen extremen Kosten geführt hat. Der Energieversorger hatte dafür kein Verständnis.

Probleme durch Abschaltungen sind vielfältig: Neben den unmittelbaren Schwierigkeiten einer fehlenden Strom- und/oder Heizversorgung sind bei armen und armutsgefährdeten Haushalten vor allem die zusätzlichen direkten (z.B. Mahngebühren, Einschaltgebühren) und indirekten Kosten (z.B. Vernichtung des Kühlguts) durch eine Abschaltung zu bedenken. Für armutsgefährdete Menschen scheint es besonders schlimm zu sein, Essen wegwerfen zu müssen. Da weine das Herz, meint Frau Reisinger (69 J., Pensionistin) und fragt sich, was ihre Oma dazu gesagt hätte, hätte sie das noch miterlebt. Ein genügsames Leben zu führen, heiße auch Sonderangebote zu kaufen und Vorräte anzulegen. Wenn dieser Tiefkühlvorrat zerstört wird, ist das besonders schwer zu verkraften.

Für viele InterviewpartnerInnen ist die Abschaltung des Stroms schlimmer als die Abschaltung der Heizung. Dadurch werden sie stärker in ihrem täglichen Leben eingeschränkt, als durch die Kälte, die durch den Wegfall der Heizung im Winter entsteht. Außerdem besteht immer noch die Möglichkeit, mit einem Elektroofen notdürftig ein Zimmer zu heizen. Trotzdem bleibt die Kälte während der Abschaltung der Heizung den Betroffenen stark im Gedächtnis. Vor allem für Familien mit Kleinkindern ist der Verlust des Warmwassers eine große Herausforderung. Kinder müssen gebadet werden und das geht mit kaltem Wasser nicht. Manche Eltern schämen sich vor ihren Kindern und

versuchen ihnen spielerisch die Situation zu erklären. Bei Kerzenlicht die Hausaufgaben zu machen war spannend und schön, meint etwa Frau Fischbach (34 J., Alleinerzieherin, 4-Personen-Haushalt). Sie erinnert sich, erst viel später verstanden zu haben, dass ihre Mutter den Strom nicht bezahlen konnte. Mütter versuchen die Belastung durch die Abschaltungen von den Kindern fernzuhalten, indem sie Spiele erfinden, ihnen erlauben im Bett der Eltern zu schlafen oder sonstige kreative Lösungen finden. Das Schamgefühl darüber, dass man sich nicht einmal die Grundversorgung leisten kann, kann auch dazu führen, dass Menschen zu spät um Unterstützung anfragen oder eine Abschaltung verheimlichen. Manchmal wären solche Abschaltungen durch die Unterstützung von Sozialämtern, Familie oder Freunden vermeidbar.

Hohe Einschaltkosten sind ein weiterer Belastungsfaktor. Bei Wien Energie kostet zum Zeitpunkt der Interviews die Öffnung der Energiezufuhr 70 Euro. Dazu kommen Mahnspesen, die sich vor der Abschaltung angesammelt haben. So erhöht sich die finanzielle Belastung bei den Betroffenen erheblich. Das Pilot-Projekt der Caritas zu Energiearmut zeigt, dass die jährlichen Zusatzkosten für zahlungsschwache KundInnen durch solche Gebühren bis zu 217 Euro betragen können (Proidl 2009). Zusätzlich klagen einige InterviewpartnerInnen über die herabwürdigende Behandlung durch den Energieversorger. Für Herrn Pförtner (33 J., Single, „Working Poor“) beispielsweise war die Abschaltung an sich gar nicht so schlimm. Erst die herabwürdigende Behandlung durch den Energieversorger führte zu einem Gefühl der Machtlosigkeit und Schuld. Die Ansprechpersonen beim Energieversorger hätten die Situation persönlich genommen und seine Notlage nicht anerkannt. Er hätte sich auch noch schuldig fühlen sollen für seine finanzielle Notlage und das fand er respektlos.

Es sind also **multiple Belastungssituationen**, die durch eine Abschaltung auftreten können. Je nach persönlichem Kontext, sozialem Umfeld und Jahreszeit wird die Situation unterschiedlich verstanden und die Belastung stärker oder schwächer wahrgenommen. Die Abschaltung führt bei einigen InterviewpartnerInnen dazu, dass sie ihr Verhalten aus Angst vor einer neuerlichen Abschaltung ändern. Sie lassen sich das Geld abbuchen, um nicht einen Erlagschein zu vergessen, oder versuchen anderweitig mehr zu sparen. Damit wollen sie die als schrecklich wahrgenommene Abschaltung für die Zukunft verhindern. Möglich ist das aber nur, wenn die finanziellen Grundlagen vorhanden sind und Zusatzbelastungen wegfallen.

Mehr als zwei Drittel der InterviewpartnerInnen hatten noch keine Abschaltung. Einige von ihnen dürften auch nicht gefährdet sein. Sie scheinen ihre Kosten im Griff zu haben, sind für etwaige kleinere finanzielle Notausgaben bis zu mehreren 100 Euro recht gut gerüstet und können die Energierechnungen pünktlich bezahlen. Andere haben immer wieder Probleme die Energierenchnung fristgerecht zu bezahlen. Sie schaffen es aber durch ihr flexibles Finanzmanagement über die Runden zu kommen. Unterstützend wirken dabei kurze Abrechnungszeiten, flexible Zahlungsmodalitäten oder Ratenvereinbarungen. Für manche InterviewpartnerInnen ist es undenkbar, die Energierenchnungen nicht zu bezahlen. So für Frau Niedermüller (62 J., Pensionistin), die eher nichts mehr essen oder sich von Kartoffeln und Suppe ernähren würde, als die Energierenchnungen nicht rechtzeitig zu bezahlen. Die Bezahlung der Fixkosten hat für sie absoluten Vorrang. Eine Abschaltung würde sie keinesfalls riskieren.

Eine Möglichkeit, die Energiekosten zu reduzieren, wäre ein **Wechsel des Energieversorgers**. Auch wenn bei Gemeindewohnungen aufgrund des Vertragszwangs mit Wien Energie nur ein Wechsel des Stromanbieters in Frage käme, wären durchaus Kosteneinsparungen möglich. Einige der

InterviewpartnerInnen haben einen Wechsel zwar überlegt, aber in den seltensten Fällen kommt es auch dazu. Ein solcher Wechsel erscheint als High-Involvement-Entscheidung, die bestimmte Bedingungen erfordert: Neben aktivem Informationsverhalten (nicht alle Haushalte haben Internet-Zugang) braucht es eine physisch und psychisch belastbare Persönlichkeit und ein systematisches Vorgehen, Bedingungen, die bei einkommensschwachen Haushalten nicht immer im nötigen Ausmaß vorhanden sind. Gleichzeitig haben viele befragte Haushalte im Laufe der Zeit „Erfahrungswissen“ über „ihren“ Energieversorger gesammelt, das mit einem Versorgerwechsel aufgegeben werden müsste. Dieses Wissen umfasst Sicherheit vermittelnde Erfahrungen darüber, wie der Energieversorger normalerweise handelt, welche Kulanzspielräume zu erwarten sind, wie lange die Bezahlung einer Rechnung hinausgezögert werden kann oder welche Ratenvereinbarungen möglich sind. Ein Umsteigen auf einen anderen Energieversorger würde bedeuten, dass dieses Wissen verloren geht, das manchmal der einzige Grund ist, warum die Energieversorgung aufrechterhalten werden kann.

Insofern ist diese Sicherheit für diejenigen InterviewpartnerInnen, die Probleme bei der Bezahlung der Energie Rechnung haben, bedeutender als eine Ersparnis von 50 bis 100 Euro pro Jahr durch einen Wechsel des Versorgers. Ein höheres Vertrauen in Energieversorger im öffentlichen Eigentum gegenüber privaten Versorgern scheint eine zusätzliche Rolle zu spielen. In seltenen Fällen kann es vorkommen, dass das grundlegende, für einen Versorgerwechsel notwendige Wissen nicht vorhanden ist. So glaubt ein Interviewpartner, dass er alle Leitungen mit auswechseln muss, wenn er den Versorger wechseln möchte. Eine große Bedeutung haben Erfahrungen von Bekannten, Freunden, Nachbarn oder der Familie. Wenn negative Erfahrungen bekannt werden, wirkt sich das hindernd aus, während positive Erfahrungen den Entschluss zum Wechseln fördern können. Die Entscheidung den Versorger zu wechseln, hängt demnach nicht in erster Linie am Preis, sondern unter anderem am Erfahrungswissen im Umgang mit dem Energieversorger oder den Erfahrungen anderer Menschen mit dem Versorgerwechsel. Insgesamt entsprechen die Befunde hinsichtlich der Wechselbereitschaft jenen aus der Literatur, die konstatieren, dass einkommensschwache Haushalte von der Liberalisierung der Energiemarkte weniger profitieren als einkommensstärkere (Boardman 2010; Gibbons/ Singler 2008; Summerton 2004).

5.4. Handlungsspielräume für Energieeffizienz und Energiesparen

Die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Haushalte zur Erhöhung der Energieeffizienz von Haushaltsgeräten und Wohnungsbestand wurden bereits öfters erwähnt. Wie sieht vor diesem Hintergrund das **alltägliche Energiesparen** aus?

Ein Großteil der InterviewpartnerInnen sieht **subjektiv** keine zusätzlichen Möglichkeiten, Energie zu sparen. Sie hätten ohnehin schon sehr wenige Geräte, würden nur noch das Notwendigste heizen und überall dort sparen, wo es möglich sei. Noch sparsameres Verhalten würde bedeuten, im Dunkeln sitzen müssen oder zu frieren. Kühlschrank und Herd seien notwendige Geräte, ohne die sie nicht leben könnten. Das heißt nicht, dass es objektiv keine Einsparmöglichkeiten gäbe, aber subjektiv herrscht das Gefühl vor, dass ein weiterer Verzicht oder noch mehr Sparen das Wohnen nicht mehr lebenswert machen würde.

Objektiv gesehen, sind in den meisten Haushalten Einsparmöglichkeiten vorhanden. Dies wird in vielen Studien zum Energieverbrauch immer wieder hervorgehoben, auch in den wenigen Studien

zum Energieverbrauch einkommensschwacher Haushalte (z.B. Proidl 2009). Diese liegen im Bereich der (von den Menschen aufgrund mangelnder Ressourcen begrenzt beeinflussbaren) Energieeffizienz der Geräte ebenso, wie im Verhalten. Es stellt sich aber die Frage, aus welchen Gründen energieeffizientere Handlungsweisen praktiziert werden und aus welchen nicht. Am geringsten sind die Einsparmöglichkeiten in jenen befragten Haushalten, die bedingt durch einen erlernten Sparhabitus eine außergewöhnlich geringe Geräteausstattung haben und die auch beim Energieverbrauch sehr genügsam sind. Frau Gencay (34 J., 6-Personen-Haushalt, Migrationshintergrund) beispielsweise könnte als Paradeenergiesparerin bezeichnet werden. Sie heizt nur den Aufenthaltsraum der Wohnung und führt eine Menge an anderen Einsparhandlungen durch. In diesen Haushalten sind auch objektiv nur sehr geringe Möglichkeiten vorhanden, wenn man von investiven Effizienzmaßnahmen absieht. Auffallend an dieser Gruppe ist, dass man auf Nachfragen zum Energieverhalten auch die Antwort bekommen kann, dass sie sich darüber noch keine Gedanken gemacht haben. Hauptsächlich liegt es daran, dass die Menschen andere Prioritäten haben. Entweder haben sie mit der Armutssituation zu kämpfen und deren psychischen und physischen Folgeerscheinungen, sodass sie sich um Haushaltsenergie keine Gedanken machen. Generell gilt für diese kleine Gruppe, dass der Umgang mit Energie in der Kindheit kein Thema war und deshalb auch kein lebensgeschichtlicher Bezug dazu besteht. Teilweise hat diese Gruppe allerdings habitusbedingt einen sparsameren Energieverbrauch als andere Gruppen, die sich mit Energiesparen beschäftigen.

Generell erweist sich die **Frage nach dem Energiesparen** als schwierig, da für viele der Befragten das Sparen ein negativ besetztes Wort ist, das sehr viel mit Verzicht zu tun hat und das Thema häufig einen Rechtfertigungsdruck hervorruft. Deshalb war es in der Forschung notwendig, Energiesparhandlungen indirekt zu erschließen.

Für einen Teil der Befragten ist Energiesparen nur dann sinnvoll, wenn sich daraus auch eine **Kostenersparnis** ergibt. Der Minderverbrauch ist dabei nicht das primäre Ziel, sondern die Verringerung der Kosten. Vor allem für die letzten Jahre wird aber häufig festgestellt, dass Energiesparversuche aufgrund der Energiepreisseigerungen nicht zu Kostenersparnissen führen und diese deshalb in Frage gestellt werden. Während Sparhandlungen in anderen Konsumbereichen direkten Nutzen schaffen und dieser Nutzen auch erfahrbar ist, ist dies im Energiebereich schwieriger. Dazu tragen auch – wie bereits erwähnt – **fehlende zeitnahe Feedbacksysteme** bei, was die Evaluierung von Sparhandlungen erschwert.

Trotz Distanz zum Thema Sparen und monetär schwierig zu bemessenden Folgen von Energiehandlungen, haben die meisten Befragten einen (nicht immer reflektierten) Bezug zum Thema Energiesparen. Dabei scheint das Thema „Licht abdrehen“ die Eintrittspforte in das Thema Energiesparen zu sein. Einige der Befragten haben auf diese Weise überhaupt erst einen Bezug zu Energie bekommen, denn wo Licht brennt, wird Energieverbrauch am ehesten sichtbar und bewusst. Von Licht abdrehen ist auch meist dann die Rede, wenn die Befragten von ihren Kindheitserfahrungen mit Energieverbrauch erzählen. Selbst wenn die Eltern allgemein nicht als energiebewusst beschrieben werden, ist Licht abdrehen am ehesten Erziehungsthema gewesen. Licht abdrehen als Energiesparmaxime wird auch in der Erziehung der eigenen Kinder am häufigsten weitergegeben. Wie im Kapitel über Beleuchtungspraktiken deutlich wurde, werden auch noch viele andere Einsparhandlungen gesetzt, teilweise bezogen auf eine Erhöhung von Effizienz, häufiger aber als Suffizienzstrategien.

In den befragten Haushalten ist praktisch kein Energieverbrauchsbereich von **Sparmaßnahmen** ausgenommen. Beim Kochen werden z.B. folgende Maßnahmen umgesetzt: Das Kochen mit Deckel, die Nutzung der Restwärme der Herdplatte oder das Erwärmen des Wassers mit einem Wasserkocher. Weitere Energiesparpraktiken im Alltag sind das Ausschalten von Geräten und allgemein die Vermeidung von Standby-Verbrauch, wenngleich letzteres nicht sehr häufig ist. Einige Befragte kaufen effiziente Geräte, auch wenn diese teurer sind oder kaufen aufladbare Batterien anstatt der günstigeren Wegwerfvariante. Teilweise werden auch Geräte „entsorgt“, wie beispielsweise der Staubsauger zugunsten des Aufkehrens mit dem Besen. Herr Tauschek (40 J., Single, „Working Poor“) nimmt im Winter den Kühlschrank vom Netz und gibt den Inhalt auf das Fensterbrett, um Energiekosten zu sparen. Dahinter stecke auch sportlicher Ehrgeiz, aus einem ökologischen Bewusstsein heraus zu sehen, was an Einsparungen möglich ist. Im Bereich Warmwasser wird ebenfalls gespart: durch kürzeres Duschen, das Abwaschen mit kaltem Wasser oder auch durch das Nachjustieren des Warmwasserboilers. Die verschiedenen Reduktionsstrategien bei Heiz- und Beleuchtungspraktiken wurden weiter oben im Text schon detaillierter behandelt.

Insgesamt führen fast alle Befragten Energiesparhandlungen im Haushalt durch, sogar jene, für die Energieverbrauch kein explizites Thema ist, sondern eingebunden in habituelle Dispositionen. Allerdings gibt es in fast keinem Haushalt ein ausschließlich rationales Energiehandeln, das wissensbasiert, unter Einbezug der persönlichen Lebens- und Finanzsituation abläuft und durch Zweck-Mittel-Kalkulationen gekennzeichnet wäre (vgl. dazu Brunner et al. 2011a). Wie die Analyse der Interviews zeigt, ist Energieverbrauchsverhalten häufig durch Motive bestimmt, die mehr mit dem Verständnis eines gemütlichen Heims sowie mit vorreflexiven Verhaltensmustern, mit in der Kindheit erlernten Verhaltensmustern, mit sozialen Regeln und mit der vorhandenen Technik zu tun haben, als mit rationalen Verbrauchsüberlegungen (vgl. Gram-Hanssen 2008; Henning 2006; Shove 2003).

Energiedienstleistungen sind mit **Bedürfnisbefriedigungen** verbunden. Aus der Perspektive möglicher Verhaltensänderungen geht es zuallererst darum, Verständnis für die den Energiepraktiken zugrundliegenden Bedürfnisse und Motive zu gewinnen, um darauf aufbauend Maßnahmen zu entwickeln, die an die Lebenswirklichkeit ankoppelt sind und „Motivallianzen“ für eine energieeffizientere Lebenspraxis nutzen.

Bei den befragten Haushalten besteht ein überwiegendes Gefühl, dass es nicht mehr möglich ist, zusätzlich Energie zu sparen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen verschiedene Studien zu Rückmeldesystemen im Energiebereich (Dobbin/ Thomas 2005; Henryson et al. 2000). Viele Befragte wissen zum Teil sehr genau, wo Energie verloren geht. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Fenster undicht, Gebäude schlecht gedämmt oder Geräte veraltet sind. Die InterviewpartnerInnen sehen zwar Handlungsnotwendigkeiten, aber die subjektiven Handlungsspielräume fehlen. Dieser tagtäglich aufs Neue erfahrene Zustand kann dazu führen, dass Verzweiflung oder Gleichgültigkeit gegenüber einer als unveränderbar wahrgenommenen Situation entsteht. Erschwerend wirkt, wenn bereits eingeleitete Sparversuche keinen Erfolg zeigen. Maßnahmen sollten also vor allem auf die Erweiterung der Handlungsspielräume der Menschen gerichtet sein, um die Situation energieärmer Menschen zu verbessern.

6. Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut: Policy-Vorschläge

Die Forderung, dass die Bekämpfung von Energiearmut als „neue soziale Priorität“ auf allen Ebenen der EU in Angriff genommen werden muss (Santillán Cabeza 2010), hat noch keine durchgehende Anerkennung gefunden. Es wird festgestellt, dass viele Mitgliedsstaaten ihre Aufgaben des Schutzes benachteiligter VerbraucherInnen, um Energiearmut vorzubeugen, nicht erfüllen. Zwar gibt es in einigen Ländern bereits Aktivitäten zur Erfassung und Bekämpfung von Energiearmut, in anderen Ländern ist Energiearmut als Problem noch nicht anerkannt (EPEE 2009; Kopatz et al. 2010). Auch in Österreich wurden im Zuge der Umsetzung des dritten Energiebinnenmarktpakets der EU einzelne Maßnahmen zum Schutze benachteiligter VerbraucherInnen gesetzt, eine umfassende gesellschaftliche oder politische Diskussion dieser Thematik findet in Österreich bisher nicht statt. Die Verbreitung von Energiearmut ist aufgrund fehlender Zahlen nicht seriös abzuschätzen, eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Thematik ist erst im Entstehen.

Vor diesem Hintergrund bieten die Ergebnisse des Projekts NELA fundierte Einblicke in die Problematik von Energiekonsum und Armut, durch die qualitative Ausrichtung des Projekts vor allem aus der Perspektive von Betroffenen. Die Ergebnisdarstellung hat eine Vielzahl an spezifischen Belastungssituationen und Bewältigungsstrategien von armen und armutsgefährdeten Haushalten gezeigt und in einigen Punkten auch Unterschiede zu einkommensstarken Haushalten herausgearbeitet. Auf Basis dieser Ergebnisse und den bereits bestehenden Rahmenbedingungen in Österreich wurden im Projekt Policy-Vorschläge zur Bekämpfung von Energiearmut erarbeitet.

Zehn Policy-Vorschläge standen im Zentrum des zweiten ExpertInnenworkshops. Dieser zielte darauf ab, dass ExpertInnen aus dem Energiebereich, dem Sozialbereich, NGOs und dem öffentlichen Dienstleistungssektor gemeinsam mit NELA-InterviewpartnerInnen über konkrete Maßnahmen und Strategien diskutieren, die zu einer Verbesserung der Situation von einkommensschwachen Haushalten und einer gleichzeitigen Reduktion von Energieverbrauch und einer Steigerung der Energieeffizienz dieser Haushalte führen. Am Workshop nahmen drei VertreterInnen von Energieversorgern, 3 VertreterInnen von Verwaltung und Wissenschaft, fünf VertreterInnen sozialer Organisationen und NGOs sowie drei InterviewpartnerInnen teil (Spitzer 2011).

Die methodische Vorgehensweise in diesem Workshop war folgendermaßen: Die vom NELA-Team vorbereiteten Policy-Vorschläge wurden in homogenen Gruppen (eingeteilt nach den vier professionellen Hintergründen) besprochen und mit Hilfe einer SWOT-Analyse bearbeitet. Zwar konnten aus zeitlichen Gründen nicht alle Vorschläge besprochen werden, in jeder Gruppe wurden aber die Energiemindestsicherung und die Abschaltprävention besprochen, während die anderen Vorschläge nach Interesse in den jeweiligen Gruppen diskutiert wurden. Die Ergebnisse wurden in einem Ausstellungssetting vorgestellt, wo sich die Gruppen dann vermischten und ihre Sichtweisen austauschen konnten. In einem zweiten quantitativen Teil wurden die Teilnehmenden um ein Voting zu den 10 vorgeschlagenen Policies gebeten. Jeder Vorschlag wurde erneut vorgelesen und von den Teilnehmenden auf Fragebögen beantwortet. Antwortmöglichkeiten waren: finde ich sinnvoll/finde ich nicht sinnvoll, realistisch umsetzbar/realistisch nicht umsetzbar, will an der Umsetzung dieser Maßnahme aktiv werden/will nicht aktiv werden. Die Fragebögen wurden während einer späteren

Gruppenarbeit ausgewertet und am Ende des Workshops vorgestellt. Die Ergebnisse dieses Workshops (für eine detaillierte Darstellung vgl. Spitzer 2011) fließen in die folgende Diskussion der Policy-Vorschläge ein.

Bevor diese Vorschläge näher ausgeführt werden, soll kurz auf bestehende für die Problematik relevante österreichische Rahmenbedingungen eingegangen werden.

6.1. Gesetzliche Rahmenbedingungen und bestehende Politiken zur Bekämpfung von Energiearmut und/oder Erhöhung der Energieeffizienz

Nach der britischen „Fuel Poverty Strategy“ (UK Fuel Poverty Strategy 2009) sind drei Hauptfaktoren für Energiearmut entscheidend: **Energieeffizienz, Einkommen und Energiepreise**. Mit welchen Maßnahmen wird unter den bestehenden österreichischen Rahmenbedingungen auf diese Faktoren eingegangen?

In Österreich gibt es eine lange Tradition in der **Energieeffizienzförderung**. So werden Sanierungen gefördert, der Fenstertausch oder auch der Tausch von Heizkesseln. Aktuell gibt es eine bis zu 20%ige Förderung (bis zu 5.000 Euro) bei einer Vollsanierung eines Einfamilienhauses (2011). Zentrale Politikziele bei der Energieeffizienzförderung sind einerseits die Erreichung der Klimaziele Österreichs und andererseits das Ziel der finanziellen Unterstützung bei einer kostenintensiven Sanierung.

Wie aus den Interviews von NELA und auch den ExpertInnengesprächen hervorgeht, profitieren armutsgefährdete Haushalte von diesen Förderungen nicht. Für diese Haushalte ist es nicht möglich, 80% der Investitionskosten selbst aufzubringen. Die Energieeffizienzförderungen können demnach als klassische Mittelstandsförderung gelten. Wie bereits in Kapitel 3 ausgeführt, lebten in Österreich 2008 mehr als 1 Million Menschen in armutsgefährdeten Haushalten, die Armutsgefährdungsquote lag bei 12,4 Prozent (Statistik Austria 2009). Sollen diese Haushalte zu einer Verbesserung der österreichischen Klimabilanz beitragen, dann besteht bei der Anpassung der Förderstrukturen Handlungsbedarf.

Im Bereich der **Einkommen** und der **Energiepreise** gibt es in Österreich Maßnahmen, die direkt auf den Energiebereich und auf armutsgefährdete und arme Menschen zugeschnitten sind. So ist in der Berechnungsgrundlage der bedarfsorientierten Mindestsicherung die sogenannte Heizbeihilfe eingerechnet. Die Heizbeihilfe war vor Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung im Jahr 2010 mit 44 Euro pro Monat festgelegt und ist jetzt in den Wohnbedarf der Mindestsicherung eingeflossen, aber nicht mehr extra ersichtlich. Die Heizbeihilfe ist im letzten Jahrzehnt jährlich um einen Euro gestiegen, kann also die Steigerungen der Energiepreise nicht abdecken. Bei einer durchschnittlichen monatlichen Energiekostenbelastung des untersten Einkommensquartils von 79 Euro im Jahr 2004 (Köppl/Wüger 2007) zeigt sich, dass die Kosten bereits im Jahr 2004 nicht gedeckt waren. Nach den Energiepreissteigerungen der letzten Jahre dürfte sich die Situation verschlechtert haben.

Um die Energiepreissteigerungen auszugleichen, gibt es in allen Bundesländern einen Heizkostenzuschuss, der in Wien auf bis zu 200 Euro als Einmalzahlung im Jahr 2009/10 anstieg. Im Jahr 2010/11 reduzierte sich dieser Betrag wieder auf 100 Euro. Begründet wurde die Verringerung

damit, dass der Heizkostenzuschuss in die Mindestsicherung integriert wurde. Anspruchsberechtigt sind in Wien nicht nur SozialhilfeempfängerInnen, sondern auch MindestpensionistInnen. Einkommensgrenze ist der ASVG-Richtsatz. Die Heizkostenzuschüsse haben je Bundesland unterschiedliche Höhen und unterschiedliche Anspruchsberechtigungen. Größtes Problem ist dabei der fehlende Rechtsanspruch. Der Heizkostenzuschuss ist nicht auf die Bedürfnisse der Zielgruppe abgestimmt, sondern wird pauschal ausgezahlt. Eine besondere Betrachtung der persönlichen Lebensumstände und der Wohnsituation gibt es nicht, was zu einem starken Ungleichgewicht bei der Auszahlung führt.

Wie im Kapitel 4 gezeigt wurde, ist die Spannbreite an Energiekosten unter den befragten Haushalten sehr groß. Ein pauschal ausgezahlter Zuschuss ist unter solchen Bedingungen wenig geeignet. Nichtsdestotrotz hat der Heizkostenzuschuss in Wien bis zum Jahr 2009 die Energiepreissteigerungen recht gut abgedeckt, wie die detaillierte Beschreibung in einem Arbeitspapier des Projekts zeigt (Kopatz et al. 2010). Zur Treffsicherheit ist allerdings anzumerken, dass in den Interviews nichts darauf hindeutet, dass der Heizkostenzuschuss auch für die Bezahlung der Heizkosten verwendet wird. Wie im Abschnitt 5.3. gezeigt, ist das Finanzmanagement vieler Haushalte sehr kurzfristig ausgelegt und offene Rechnungen sind nicht selten. Sobald Geld vorhanden ist, können diese dann bezahlt werden. Die Betroffenen kümmert es dabei wenig, für welche Zwecke das Geld ausbezahlt wird, wichtig ist die Bezahlung der nächsten fälligen Rechnung. Die Jahresabrechnung kommt meist nicht gleichzeitig mit dem Heizkostenzuschuss, weshalb dieser meist aufgebraucht ist, wenn die Jahresabrechnung zu bezahlen ist.

Drei Landesversorger bieten auch einen **Sozialtarif** an. Die Energie Steiermark, die Linz AG und die Energie AG (Oberösterreich) sowie die BEGAS (Burgenland) bieten diese Tarife an. Anspruchsberechtigt sind meist AusgleichszulagenbezieherInnen, SozialhilfeempfängerInnen oder auch BezieherInnen von Notstandshilfe. Die Sozialtarife wurden aufgrund der öffentlichen Debatte um Energiepreissteigerungen angeboten. In Oberösterreich und in der Steiermark bekommen die Anspruchsberechtigten einen Freimonat Energie, also eine Senkung der Kosten um ein Zwölftel oder 8,3%. Im Burgenland wurde die Gaspreiserhöhung von 10% (1. September 2008) für Anspruchsberechtigte rückgängig gemacht. Im Rahmen der ExpertInnenworkshops im Projekt hat sich allerdings gezeigt, dass Sozialtarife unter den Energieversorgern umstritten sind. In manchen Fällen würde ein Anbieterwechsel eine höhere Ersparnis bringen als der angebotene Sozialtarif. Sozialtarife sind auf freiwilliger Basis von den jeweiligen Energieversorgern entwickelt worden, gesetzliche Rahmenbedingungen oder nationale Vereinbarungen gibt es dazu nicht.

6.2. Policy-Vorschläge zur Bekämpfung von Energiearmut

Es stellt sich nun die Frage, welche **Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut** gesetzt werden könnten. Auf Basis der Projektergebnisse und der beiden im Projekt durchgeföhrten Stakeholder-Workshops sowie unter Berücksichtigung der internationalen Forschungslage wurden verschiedene Vorschläge für Maßnahmen entwickelt. Aus den Projektergebnissen lässt sich ableiten, dass der Energiekonsum eine sehr komplexe, von vielen Faktoren abhängige Praxis ist und dementsprechend **Steuerungsmaßnahmen** nicht eindimensional gestaltet, sondern an vielen Punkten der Energieproblematik armer und armutsgefährdeter Haushalte ansetzen sollten.

Die Ergebnisse des Projekts haben gezeigt, dass strukturelle Handlungsbedingungen, die die Vulnerabilität der Haushalte erhöhen und von diesen nur wenig beeinflussbar sind, vor allem in der Ineffizienz der Gebäudestruktur, der Heiztechnologie und der Haushaltsgroßgeräte liegen. Aus der vorliegenden Studie geht hervor, dass es armutsgefährdeten Haushalten nur schwer möglich ist, Effizienzpotenziale von Gebäudehülle, Heiztechnologie und Geräteausstattung ausreichend zu realisieren. Kleinere, annähernd kostenneutrale Effizienzpotenziale werden dagegen bereits zu einem guten Teil ausgeschöpft (beispielsweise Energiesparlampen). Für weitere Maßnahmen fehlen das Geld und die Handlungskompetenzen, wenngleich der Wunsch nach Effizienzsteigerungen im Gebäudebereich vorhanden ist. An diesem Punkt könnten **Effizienzprogramme für Gebäude und Geräte** ansetzen, die für die Betroffenen möglichst kostenneutral sein sollten. Einige Maßnahmen werden im Folgenden skizziert:

Steigerung der Sanierungsrate:

Eine höhere Sanierungsrate wird in den meisten Publikationen zur Erreichung der nationalen Klimaziele bis 2020 gefordert. Auch in Bezug auf die Beendigung von Energiearmut spielt die Sanierung von Gebäuden eine große Rolle, wie Aussagen in offiziellen Papieren der britischen Regierung zeigen: „The most sustainable way to eradicate fuel poverty is to ‘fuel poverty proof’ the housing stock, which means that a dwelling will be sufficiently energy efficient that regardless of who occupies the property, there is a low probability that they would be in fuel poverty“ (DTI 2006, 31). Die Sanierung von Gebäuden kann jedoch für einkommensschwache Haushalte ein zweischneidiges Schwert sein, wie die Interviews zeigen. Einerseits werden dadurch die Energiekosten gesenkt und wird damit Energiearmut gelindert, andererseits steigen im Normalfall die Mietkosten. Wenn Mieten stärker steigen als die Einsparungen durch die Sanierung, dann betrifft das einkommensschwache Haushalte besonders. Wer sich daraufhin eine Miete in einem sanierten Wohnbau nicht mehr leisten kann, muss wieder in ein schlecht gedämmtes Gebäude ziehen. Die Sozialhilfesätze wurden den Mietpreissteigerungen der letzten Jahre nicht angepasst, wodurch die Situation verschärft wird. Deshalb sind Sanierungen von Gebäuden bei den InterviewpartnerInnen auch nicht nur positiv konnotiert. Dem Wunsch nach mehr Wohnqualität und Wärme steht die Befürchtung höherer Kosten gegenüber. Die sozialen Folgen einer höheren Sanierungsrate sind demnach in alle Maßnahmen zur Sanierung mit einzurechnen.

Zur Berücksichtigung sozialer Folgen wäre ein Fokus auf die Sanierung sozialer Wohnbauten ein wichtiger Schritt, denn hier könnten Mietpreissteigerungen gut an die Ersparnisse durch geringere Heizkosten gekoppelt werden. Wie aus den Interviews hervorgeht, ist bei jeder Sanierung eine gute Kommunikation zwischen Bauträgern und BewohnerInnen essentiell. Ängste vor Verschlechterungen der persönlichen finanziellen Situation können ansonsten schnell in eine Ablehnung von Sanierungen umschlagen.

Wie die Interviewanalyse gezeigt hat, führen unterschiedliche Wohn- und Lebenssituationen zu unterschiedlichen Belastungen, weshalb eine individualisierte Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen wichtig wäre. Beispielgebend kann hier das „Warm Front Program“ in England angeführt werden, das die Grundlage für individuelle Energieeffizienzförderung von energiearmen Menschen schafft (UK Fuel Poverty Strategy 2009). Das Programm ist höchst erfolgreich und erreicht eine Zustimmungsrate von mehr als 90% bei denen, die davon profitieren. Im Gegensatz zu den österreichischen Fördersystemen ist das „Warm Front Program“ direkt auf die Bedürfnisse energieärmer Menschen zugeschnitten. Es wird keine Eigenleistung gefordert, wenn die

Kosten innerhalb der Förderhöhen bleiben. Antragsberechtigt sind einkommensschwache Haushalte, die auch von anderen Sozialleistungen profitieren, egal ob sie die Wohnung mieten oder Eigentümer sind (Warm Front Scheme 2011).

Wie bei der NELA-Interviewauswertung deutlich wurde, ist die Belastung durch ineffiziente Gebäude hoch. Zugige Fenster, kalte Wohnungslagen im Erdgeschoß mit vielen Außenwänden oder kaputte Heizungen sind nicht selten. Programme zur Erhöhung der Energieeffizienz für Gebäude und Heiztechnologien für energiearme Menschen würden auch in Österreich die Situation der Betroffenen stark verbessern. Sie verhindern, dass Mieten teurer werden, wenn die Vermieter keine Investitionskosten haben. Gleichzeitig erhöhen sie die Energieeffizienz dort, wo es notwendig ist, erweitern die Handlungsspielräume und verringern damit die Betroffenheit von Energiearmut.

Im ExpertInnenworkshop stieß dieser Vorschlag auf volle Zustimmung aller Beteiligten. Als Barriere bei der Umsetzbarkeit wurde vor allem die Frage der Finanzierbarkeit genannt. Zwar würde über das Thema schon seit Jahren diskutiert und es gäbe keine Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme, doch die hochgesteckten Ziele scheiterten an fehlender Finanzierung. InterviewpartnerInnen drücken in diesem Zusammenhang ihre Sorge darüber aus, dass im sozialen Wohnbau Sanierungen minderwertig durchgeführt würden. Aus dem ersten ExpertInnenworkshop steht die Forderung der Sozialarbeiter im Raum, dass die Kosten der Sanierung nicht direkt auf die Mietpreise aufgeschlagen werden dürfen, denn sonst hätte man bei armutsgefährdeten Menschen zwar weniger Probleme mit Heizrechnungen, aber dafür viel mehr Wohnungslose (Schneider 2010, 95).

Instrumentalisierung des Gebäudepasses:

Die EG-Richtlinie 2002/91/EG (EPBD Energy Performance of Buildings Directive) wurde in Österreich im Jahr 2006 durch das [Energieausweis-Vorlage-Gesetz](#) (EAVG) und die darauffolgenden Landesgesetze in nationales Recht übertragen. Seit 2009 ist bei Verkauf und Vermietung von Wohnungen und Häusern der Energieausweis verpflichtend vorzulegen. Damit kann der Normverbrauch einer Wohnung abgeschätzt und verglichen werden. Es wäre sinnvoll, den Gebäudepass zu instrumentalisieren und darauf aufbauende Leistungen rechtlich zu verankern. Mit der Instrumentalisierung des Gebäudepasses und darauf aufbauenden Berechnungen wäre es möglich, die Heizkostenerstattung an die realen Heizkosten anzupassen, die notwendig sind, um eine Wohnung angemessen zu heizen. Für einkommensschwache Haushalte hat dies den Vorteil, dass daraus soziale Ansprüche erwachsen können. Bisher werden Heizbeihilfe und Heizkostenzuschuss pauschal verrechnet, was zum erwähnten Problem der Treffsicherheit führt. Weitere Details werden weiter unten bei der bedarfsoorientierten Energiemindestsicherung expliziert.

Energieeffizienzfonds:

Energieeffizienzfonds sollten zum Ziel haben, ineffiziente Weißware zu erneuern und andere kleininvestive Maßnahmen für einkommensschwache Haushalte, die ansonsten unterlassen würden (Durchflussregler, Heizkörperreflektoren, Fensterdichtungen etc.), zu finanzieren. Sie sind gute Beispiele, wie sich soziale und ökologische Nachhaltigkeit ergänzen können.

Aus Klimaperspektive sind Energieeffizienzfonds sinnvoll, weil sich die Investition in einen effizienten Kühlschrank gegenüber einem ineffizienten allein durch die Energiekosteneinsparungen über die Lebenszeit der Geräte rechnen kann und das eingesparte CO₂ in diesen Fällen gratis ist. Im Vergleich

zu Fördermaßnahmen wie der Förderung von Photovoltaikanlagen sind die eingesetzten Fördermittel hier also höchst effektiv. Es wird CO₂ eingespart und gleichzeitig die Qualität der Wohnungsausstattung der BezieherInnen erhöht sowie deren Energiekosten gesenkt.

Außerdem setzen sie an der Lebenswirklichkeit energieärmer Menschen an, die ihre energieintensiven Geräte in der Wohnung kennen, aber nicht das Geld haben, sie zu ersetzen oder im Falle eines Defekts gegen effiziente Geräte auszutauschen. Wie unter 5.1. gezeigt wurde, haben arme und armutsgefährdete Haushalte verschiedenste Strategien und Quellen, wie Haushaltsgeräte organisiert werden können, im Gegensatz zu wohlhabenderen Haushalten, die Geräte einfach kaufen. Der Defekt eines Gerätes und der Wohnungswechsel sind die zwei Zeitpunkte, wo das Angebot eines günstigen energieeffizienten Gerätes am meisten Sinn macht, weil in diesen Momenten Kaufentscheidungen getroffen werden, die für lange Zeit die Energiesituation im Haushalt festsetzen.

Effizienzfonds müssen so ausgestaltet werden, dass die Investitionen für die BezieherInnen leistbar bleiben. Dafür gibt es bereits Best-Practice-Modelle, wie den „VERBUND-Stromhilfe-Fonds der Caritas“ oder die Kühlschranktauschaktion der Stadt Wien (Kopatz et al. 2010). Der Verbund speist seinen Fonds mit einem Euro pro KundIn, was bedeutet, dass ungefähr 200.000 Euro zur Verfügung stehen, mit denen 450 bis 500 Haushalte pro Jahr beraten werden können. Bezahlt werden eine Energieberatung, eine finanzielle Unterstützung zur Bezahlung der Stromrechnung und ein Gerätetausch, so dieser notwendig ist.

In einer sinnvollen Aufteilung der Kompetenzen könnten einkommensschwache EnergiekundInnen von sozialen Institutionen EnergieberaterInnen vermittelt bekommen. Diese können den Austausch eines Gerätes sowie andere kleininvestive Maßnahmen empfehlen und den Energieeffizienzfonds mit der Abwicklung des Austauschs und der Montage der Geräte beauftragen.

Kühl- Gefrierkombi	Energieverbrauch pro Jahr in €
Electrolux ERD 165 C	46,57
Durchschnittliches 10 Jahre altes Gerät	97,44
Jährliche Ersparnis	50,87
Anschaffungspreis	460,16
Amortisationszeit in Jahren	9,0
Energieverbrauchsdaten: http://www.stromeffizienz.de/?id=10817&category=20&bg=DC (02.05.2011)	
Preis: www.günstiger.de (02.05.2011)	

Abbildung 10: Amortisationszeit eines Energieeffizienzklasse A++ Gerätes gegenüber einem zehn Jahre alten Durchschnittsgerät

Ein Energieeffizienzfonds sollte national gesteuert sein und wie eine Börse wirken, von der EnergieberaterInnen und mögliche andere Anspruchsberechtigte energieeffiziente Geräte beziehen

können. Effektiv wäre es, wenn Energieversorger in den Fonds einzahlen und damit berechnete CO₂-Kontingente erwerben könnten. Eine Steuerung durch die Energieversorger wäre eher wenig sinnvoll, weil das Parallelstrukturen aufbauen und die Verwaltungskosten erhöhen würde. Die Kosten könnten dagegen durch Contractingmodelle verringert werden, wenn erwartete Einsparungen über die Energierechnung einbehalten werden und damit ein Teil der Kosten der Geräte von den BezieherInnen finanziert wird. Solche Contractingmodelle müssten erst gerechnet werden und sind wohl erst ab einem gewissen Einsparpotenzial sinnvoll. Im gezeigten Beispiel (Abbildung 10) würde ein Dreijahrescontracting bereits ein Drittel der Anschaffungskosten hereinspielen. Das heisst, dass bei Kauf eines neuen Kühlschranks mit Gefrierkombi vom Typ Electrolux ERD 165 C nach drei Jahren die Energiekostensparnis bereits ein Drittel des Kaufpreises ausmacht. Unter ähnlichen Umständen wäre ein Minicontractingmodell sehr sinnvoll.

Ein Energieeffizienzfonds wird von allen Beteiligten des ExpertInnenworkshops für sinnvoll erachtet. Energieversorger und InterviewpartnerInnen finden den Vorschlag durchgehend realistisch umsetzbar. Verwaltung/Wissenschaft und soziale Organisationen/ NGOs äußern teilweise ihre Zweifel.

Energieeffizientes Verhalten – Energieberatungen:

Energieberatungen werden häufig als zentraler Weg zur Realisierung von Energiesparpotenzialen gesehen. Allerdings braucht es dazu spezifische, auf die Lebenswelt der Menschen – wie sie im Projekt erhoben wurde – zugeschnittene Beratungsmodelle, die auch flexibel genug sind, um auf die sehr diversen und individuellen Lebensumstände der Betroffenen einzugehen. Außerdem sollten diese Beratungen kostengünstig oder überhaupt gratis sein. Kostenlose Energieberatungen für armutsgefährdete Haushalte gibt es in Österreich bisher nur in Modellprojekten, in Deutschland dagegen bereits bundesweit (Kopatz et al. 2010).

Die Auswertung der Energiesparaktivitäten der Befragten hat gezeigt (vgl. 5.4.), dass sie in verschiedensten Bereichen versuchen, durch Sparen ihre Situation zu bewältigen. Gleichzeitig sind viele Energiehandlungen vorreflexiv und habitualisiert. Die Befragten sehen keine Handlungsmöglichkeiten mehr, obwohl objektiv Möglichkeiten vorhanden wären. Hier kann eine an den Bedürfnissen der Zielgruppe orientierte Energieberatung ansetzen. Wie die Auswertung der Interviews zeigt, sind Energiehandlungen nicht immer kurzfristig zu ändern und Wissen spielt dabei eine eher geringere Rolle.

Handlungen sind eingebettet in soziokulturelle Strukturen, in Vorstellungen von Normalität und Komfort und in habituelle Routinen. Die getätigten Energiehandlungen im Haushalt erscheinen subjektiv rational und jede Energieberatung muss diese subjektiven Rationalitäten verstehen. Wichtig für eine langfristige Änderung des Verhaltens ist das Zusammenspiel mehrerer Faktoren. EnergieberaterInnen können nicht regelmäßig kontrollieren, weil das die Kosten sprengen würde. Aber andere Rückmeldesysteme könnten ins Energiesystem eingebaut werden (siehe weiter unten), damit die NutzerInnen zeitnahe und direkte Rückmeldung auf ihr Verhalten bekommen und das neu erlernte Verhalten umsetzen können. Mögliche Rückmeldesysteme und deren sinnvolles Zusammenspiel zeigt der im Projektkontext erarbeitete Review von Spitzer (2010).

Energieberatungen in armutsgefährdeten Haushalten benötigen eine fundierte Sicht auf die Belastungssituationen armer Menschen. Eine Beratung auf Basis dieser Belastungen ist nur zu einem

Teil einer klassischen Energieberatung zur Verhaltensänderung. Wichtig sind auch Unterstützungen bei notwendigen Effizienzsteigerungen (mit Hilfe des Effizienzfonds) im kleininvestiven Bereich, bei Problemen mit dem Vermieter/der Hausverwaltung, bei Problemen mit Schimmel oder beim Umgang mit dem Energieversorger. Die Verhinderung von Abschaltungen oder Energieschulden ist ebenfalls wichtig.

Eine Energieberatung in armen Haushalten hat daher Anforderungen die weit über eine herkömmliche, mittelschichtorientierte Energieberatung hinausgehen. Bei dieser benötigen die EnergieberaterInnen vor allem Wissen über die effektivste Sanierung des Gebäudes im Sinne der Energieeffizienz, sowie Wissen zu Fördermöglichkeiten. Neben hoher sozialer Kompetenz und Einfühlungsvermögen ist auch ein Verständnis der multiplen Belastungssituationen notwendig und eine Beratung, die auf diese spezifischen Belastungssituationen eingeht. Kenntnisse aus dem Bereich der Sozialen Arbeit sind hier zusätzlich zu rechtlichen und technischen Kenntnissen sinnvoll.

Die Interviewanalyse hat die folgenden vermutlichen Erfolgsfaktoren von Energieberatungen zutage gebracht:

- Energiesparen als Wort ist konfliktbeladen und sollte möglichst vermieden werden. Stattdessen können unnötiger Verbrauch, oder Verschwendungen thematisiert werden. Unnötiger Verbrauch ist für die Zielgruppe gut anschlussfähig, denn die allermeisten versuchen unnötigen Verbrauch zu vermeiden. Als Sparen definieren das jedoch wenige. Energieberatung in einkommensschwachen Haushalten muss den Kontext der Menschen berücksichtigen. Wenn ineffiziente Heizungen mit schlechten Fenstern und schlechten Wohnlagen im Erdgeschoss zusammen fallen, dann bringt es wenig, die Menschen zu Einsparungen beim Heizen zu verleiten, denn sie haben meist mit der Kälte zu kämpfen. Solche Leute brauchen eher Unterstützung bei der Bewältigung der Kälte als Energiespartipps, nach denen sie 8% der Kosten sparen, wenn sie ein Grad weniger heizen.
- Wissenskampagnen allein haben wenig Potenzial für Verhaltensänderungen.
- Energieberatung muss auf das subjektive Verständnis der praktizierten Energiehandlungen eingehen und muss z.B. die Vorstellungen von Gemütlichkeit im Heim mit berücksichtigen.
- EnergieberaterInnen können „Licht abdrehen“ als Einstieg nehmen bzw. die Menschen bei diesem Thema abholen, denn „Licht abdrehen“ gilt als allgemein anerkannte Praxis zur Vermeidung von Verschwendungen.
- EnergieberaterInnen sollten sensibel mit dem Thema Kontrolle umgehen, d.h. institutionelle Verbindungen mit Energieversorgern oder Sozialhilfestellen wirken eher hemmend, weil gegen beide ein Rechtfertigungsdruck besteht.
- Anstatt nur Verhalten zu ändern, das sehr komplex ist, sollte auch auf unterstützende Technik fokussiert werden. Kleininvestive Technik, die eine unmittelbare Auswirkung hat, ohne Verhaltensänderungen machen zu müssen, wäre ein notwendiger Bestandteil von Energieberatungen in armutsgefährdeten Haushalten. Gratispakte (z.B. Energiesparlampen) könnten als Einstieg fungieren und helfen, dass die Beratung in Anspruch genommen wird. Damit würde Energieeffizienz erhöht, ohne Verhalten ändern zu müssen. Das Vorhandensein und das Wissen über die neue Technik kann dann auf das Bewusstsein zurück wirken und wiederum zukünftige Handlungen beeinflussen.
- EnergieberaterInnen müssen auf Vorurteile gegenüber gewissen Techniken vorbereitet sein, z.B. Energiesparlampen und deren Schwermetallbelastung, die Ein- und

Ausschaltproblematik, das weiße Licht. Wenn also Lampen ausgetauscht werden, dann sollten solche mit weichem Licht, geringer Schwermetallbelastung und schnellem Leistungsaufbau verwendet werden. Wichtig ist im Weiteren, Rebound-Effekten vorzubeugen. Bei Energiesparlampen ergeben die Interviews manchmal Rebound-Effekte durch geändertes Verhalten. NutzerInnen lassen diese Lampen länger brennen, weil sie glauben, dass das Auf- und Abschalten die Lebensdauer der Lampen verringert. Nur wenn solche Laienvorstellungen von Technik in die Beratung integriert werden, kann das volle Effizienzpotenzial der Technik zu tragen kommen.

- Zusätzlich zu reinen Energieberatungen sollten diese Beratungen auch soziale Elemente beinhalten. Rechtliche Beratung im Umgang mit VermieterInnen (oder zumindest eine Vernetzung mit Mieterberatungen) ist ebenso wichtig wie die Prüfung von Ansprüchen (beispielsweise Heizkostenzuschuss). Eine Vor-Ort Beratung soll die Lebensumstände der Menschen verstehen und Unterstützung anbieten können, die über klassische Energieberatung hinausgeht. Ansonsten kann es passieren, dass an der Lebensrealität vorbei beraten wird.
- Energieberatungen können mehr bewirken, wenn sie zu speziellen Zeiten in Anspruch genommen werden, wenn der Anreiz zu Veränderungen am höchsten ist. Wie aus der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung bekannt ist, lassen sich routinisierte Handlungen eher in solchen Situationen aufbrechen, wenn Umbrüche, Verunsicherungen oder andere Ereignisse stattfinden (Brunner et al. 2006; Jaeger-Erben 2010). Solche Momente sind beispielsweise dann gegeben, wenn eine hohe Nachzahlung mit der Jahresrechnung kommt oder wenn Ratenvereinbarungen ausgemacht werden. Auch wenn bereits Mahnungen unterwegs sind, können Energieberatungen angeboten werden, beispielsweise als Teil einer Abschaltprävention (s.u.). Wohnungswechsel oder der Defekt eines Haushaltsgroßgerätes sind weitere solche Momente. Zeitlich gesehen, wären Wintermonate eine gute Beratungszeit.

Die Ausweitung von Energieberatungen für energiearme Menschen bekam im Voting des ExpertInnenworkshops überwältigende Zustimmung. Auch von der Umsetzbarkeit sind fast alle Beteiligten überzeugt. Wenn es darum geht in diesem Bereich aktiv zu werden, scheinen alle relevanten Gruppen ihre Verantwortung zu sehen und wahrnehmen zu wollen.

Monatliche Energierechnung:

Ein in der Energieeffizienzforschung nicht unbekanntes Problem, von dem arme und armutsgefährdete Haushalte aufgrund ihrer geringen Handlungsspielräume (u.a. fehlende Mittel für investive Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz) besonders betroffen sind, liegt in der schwierigen Evaluierung des eigenen Energieverbrauchs und gesetzter Einsparhandlungen aufgrund ungenügender **Rückmeldesysteme**.

Ein wichtiger Teil eines Rückmeldesystems wäre die Verringerung der Abrechnungszeiträume. Kürzere Abrechnungszeiträume ermöglichen nicht nur eine bessere Rückmeldung, sondern können auch die Belastung durch Energiekosten reduzieren. Die Hauptbelastung fällt bei der Jahresrechnung an, wo die kumulierten Energiekosten zu einer hohen Nachzahlung führen können. Monatliche Abrechnung kann dieser Belastung entgegen wirken und wäre somit ein wichtiger Bestandteil eines Policy-Pakets gegen Energiearmut. Aus verschiedenen internationalen Studien geht hervor, dass

monatliche Abrechnungen mit aggregierter Energieverbrauchsinformation das Potenzial haben, energieeffizientes Verhalten zu fördern (Spitzer 2010). Demnach sind mit Hilfe zweimonatiger Energierechnungen und Vergleichscharts Einsparungen von 10% möglich (Wilhite/Ling 1995). Außerdem zeigt sich ein hohes Maß an Zufriedenheit bei den KundInnen mit solchen Rechnungen (Spitzer 2010). Monatliche oder zweimonatliche Abrechnungen können im Zeitalter von Smart Meter einfach und ohne zusätzlichen Ableseaufwand automatisch ausgestellt werden. Sie können energieeffizientes Verhalten durch zeitnahe Rückmeldung fördern, geringere Nachzahlungen zur Folge haben und zu einer Verringerung des Risikos von Energieschulden und Abschaltungen beitragen.

Monatliche Stromrechnungen werden von allen Beteiligten, außer einem Vertreter der Energieversorger als sinnvoll erachtet. Ob diese Maßnahme auch realistisch umzusetzen sei, wird von allen außer von zwei VertreterInnen der Energieversorger bejaht. Die Umsetzung sei laut Energieversorgern nur mit Smart Meter möglich. Wünschenswert wäre eine weitgehende elektronische Abwicklung, weil monatliche Rechnungen einen massiven Papierverbrauch verursachen würden. Für InterviewpartnerInnen steht das Problem der Bezahlung im Vordergrund. Unterschiedliche Verbrauchshöhen würden dazu führen, dass unterschiedliche Kosten anfallen. Wenn das nicht mit den Sozialhilfe und AMS-Geldern abgeglichen wird, dann würden die Wintermonate prekär. Sozialhilfeleistungen sollten daher im Falle monatlicher Abrechnung flexibler die realen Kosten berücksichtigen, was mit einer bedarfsbezogenen Energiemindestsicherung automatisch möglich wäre. Zusätzlich bleibt die Frage der Flexibilität, die einkommensschwache Haushalte benötigen. Wenn bei Einzugsermächtigungen das Konto aufgrund von Zahlungsüberschneidungen nicht gedeckt ist, fallen hohe Kosten an. Hier könnten flexiblere Umgangsweisen mit Banken ausgearbeitet werden, beispielsweise eine Bevorzugung der Abbuchung von Energie und Wohnungskosten gegenüber Konsumschulden. Monatliche Abrechnungen alleine werden wahrscheinlich keine Lösung sein. Die Rechnungen sollten zusätzlich Energierückmeldesysteme enthalten, Vergleichswerte mit ähnlichen Haushaltsgrößen und/oder geschichtlichen Vergleichen. Insgesamt sollten verschiedenste Rückmeldesysteme integriert werden und damit energieeffizientes Verhalten gefördert werden (Spitzer 2010).

Energiearmut ist nicht nur ein Energieeffizienzproblem, sondern auch ein soziales Thema, das sozialpolitische Maßnahmen erfordert. Energiearmut kann nicht losgelöst von allgemeiner Armut betrachtet werden. Wenn Maßnahmen gegen Energiearmut erfolgreich sind, werden häufig andere Folgen von Armut fortbestehen. Maßnahmen sind demnach **komplementär zu anderen Armutspolitiken** zu sehen, nicht solche ersetzend. Politiken sollten Belastungssituationen nicht verschieben, sondern lösen, d.h. es hat wenig Sinn, Menschen aus der Energiearmut zu holen, indem die Gebäude gedämmt werden, wenn gleichzeitig die höheren Mieten nicht mehr bezahlt werden können. Bei den Vorschlägen wurde auf diese Faktoren geachtet und von den Belastungssituationen der Befragten ausgegangen.

Energiemindestsicherung:

Um das **Einkommen** der als energiearm definierten Haushalte zu erhöhen, wird eine Energiemindestsicherung auf Basis der realen Verbräuche vorgeschlagen. Wie die vorliegende Studie zeigt, sind die Unterschiede im realen Energieverbrauch pro Haushalt (trotz relativ homogener Wohnungsgrößen im Sample) innerhalb der armutsgefährdeten Befragten extrem hoch. Diese Unterschiede werden in den Förderstrukturen sowohl in Österreich als auch in anderen Ländern

nicht berücksichtigt. Heizkostenzuschüsse und andere Heizbeihilfen werden pauschal in gleicher Höhe an alle Anspruchsberchtigten ausgezahlt, unabhängig von deren Energieverbrauch. Hier würde eine bedarfsorientierte Energiemindestsicherung, die mit Hilfe der Effizienzdaten der Wohnung, der Heiztechnologie, der Wohnungsgröße, der Haushaltsgröße und der Lage der Wohnung im Haus berechnet wird, Abhilfe schaffen. Der dadurch errechnete Heizverbrauch für die individuelle Wohnsituation könnte Grundlage für die Auszahlung der Energiemindestsicherung sein. Wie bereits oben bei der Instrumentalisierung des Gebäudepasses erwähnt, sollten diese Daten auch in Mietverträgen ersichtlich werden, sodass MieterInnen bei Vertragsabschluss erkennen können, welche Kosten auf sie zukommen. Diese Maßnahmen könnten die Treffsicherheit gegenüber Heizkostenzuschüssen erhöhen und die spezielle Belastungssituation von Menschen in energieineffizienten Wohnungen berücksichtigen.

In England wird die zur Berechnung herangezogene Temperatur mit 21 Grad im Aufenthaltsraum und 18 Grad in den Nebenräumen angegeben. Die Temperaturen sind von der WHO vorgeschlagene, gesunde Raumtemperaturen (Boardman 2010). Als angenehm empfundene Temperaturen können jedoch aus objektiven und subjektiven Gründen stark differieren. So zeigen die Interviews, dass es unterschiedliche Wärmebedürfnisse gibt. Manche InterviewpartnerInnen mögen es kühl, andere wiederum wärmer. Insgesamt haben Menschen, die den ganzen Tag aufgrund von Erwerbslosigkeit zuhause sind, ein anderes Wärmebedürfnis als solche, die nur abends heimkommen und in dieser Zeit möglicherweise noch Arbeiten verrichten. Die subjektiv empfundene Wärme kann sich auch durch objektive Faktoren ändern. So wird ein Raum mit der gleichen Temperatur kühler wahrgenommen, wenn die Außenwände schlecht gedämmt sind und deshalb Oberflächenkälte abstrahlen. Ähnlich wirken zugige Fenster oder kalte Fußböden (Wittekk 2009). Eine angenehme Temperatur in einem zugigen Raum mit kaltem Fußboden kann bei 25 Grad liegen, während die angenehme Temperatur für die gleiche Person in einem gut sanierten Gebäude bei 21 Grad liegen kann. Aus diesen Gründen ist die Auswahl der Temperaturen auch auf die Energieeffizienz der Gebäude und die Lage der Wohnung im Haus abzustimmen und nicht nur auf hochaggregierte Zahlen, wie sie die WHO vorschlägt.

Die bedarfsbezogene Energiemindestsicherung würde nicht immer die realen Energiekosten abdecken, sondern nur diejenigen Kosten, die notwendig sind, um eine Wohnung auf gesunde und angenehme Temperaturen zu heizen. Heizt jemand auf eine höhere Temperatur, so muss diese Person auch die Kosten alleine tragen. Somit wird sichergestellt, dass nicht jeder Energieverbrauch gefördert wird, sondern nur der notwendige, um ein Mindestmaß an Wohnqualität zur Verfügung zu haben. Die Wohnung angemessen heizen zu können, gehört laut EU-SILC (2009) zum Mindestlebensstandard in Österreich.

Der Vorschlag der Energiemindestsicherung auf Basis realer Verbrauchsnotwendigkeiten wurde im ExpertInnenworkshop recht kontrovers diskutiert. Nur die InterviewpartnerInnen und damit Betroffenen fanden diesen Vorschlag sinnvoll und auch realistisch umsetzbar. Energieversorger, Verwaltung/Wissenschaft und soziale Organisationen/NGOs stehen diesem Vorschlag deutlich reservierter gegenüber. Gründe für die Skepsis liegen in der schwierigen Berechenbarkeit, der Frage, ob das Geld nicht besser in Effizienzmaßnahmen gesteckt werden sollte und der Frage, ob Energiemindestsicherung nicht in eine allgemeine Mindestsicherung integriert werden sollte. Zusätzlich wird der fehlende ökologische Lenkungseffekt kritisch gesehen. Es wird befürchtet, dass es

zu exzessivem Verbrauch führen könnte, wenn Energie für die Gruppe der armutsgefährdeten Personen gratis zur Verfügung stehen würde.

Die AutorInnen entscheiden sich mit diesem Vorschlag bewusst für eine Maßnahme, die die sozialen Folgen von Energiearmut kurzfristig und umfassend lindert, ohne direkt zu einer höheren Effizienz oder Suffizienz des Energieverbrauchs beizutragen. Damit wird die Eigenständigkeit der Forderung eines sozial nachhaltigen Energiesystems betont. Die Belastung der Befragten durch Energiekosten, Kälte und Abschaltungen ist akut und real. Alle Vorschläge zur Verbesserung der Energieeffizienz dagegen, wirken mittel- bis langfristig. Um die sozialen Folgen von Energiearmut wirksam und kurzfristig zu lindern, sind daher auch sozialpolitische Maßnahmen in den Mittelpunkt zu stellen.

Sozialtarife:

Sozialtarife sind in Großbritannien, Belgien und Frankreich weit verbreitet. Dabei wird KundInnen, die unter die Definition von Energiearmut fallen, ein spezieller Tarif gewährt. Ungefähr 1 Million KundInnen profitieren in Großbritannien davon (UK Fuel Poverty Strategy 2009). Sozialtarife gelten in England neben der Erhöhung der Einkommen und der Steigerung der Energieeffizienz als eine der drei Säulen der Policies gegen Energiearmut.

Wie bereits zu Beginn dieses Kapitels skizziert, werden Sozialtarife in Österreich bereits von einigen Energieversorgern angeboten. Grundsätzlich profitieren KundInnen von einem Sozialtarif, die Ersparnis ist jedoch nicht immer so groß wie bei einem Energieversorgerwechsel. Eine Möglichkeit wäre, den Sozialtarif bei den Netztarifen anrechnen zu lassen und zusätzlich zum günstigsten Anbieter zu wechseln. Das würde den KundInnen doppelten Nutzen bringen und gleichzeitig geringere wettbewerbstechnische Folgen hervorrufen.

Ein Problem von Sozialtarifen ist, dass sie nicht gegen Energiepreisseigerungen wirken. Ein Sozialtarif wird einmal eingeführt, bringt also eine Entlastung im ersten Jahr. Danach steigt er mit den Energiepreisseigerungen mit. Das führt dazu, dass die Belastungssituation durch die kumulierten Jahresenergiekosten im Moment der Jahresabrechnung nur im ersten Jahr gelindert wird, danach aber fortbesteht. Ein Sozialtarif sollte demnach mit flankierenden Maßnahmen, wie der monatlichen Abrechnung, eingeführt werden.

Im ExpertInnenworkshop hielten nur die InterviewpartnerInnen einen Sozialtarif für sinnvoll. Alle anderen Gruppen standen diesem Vorschlag mehr oder weniger skeptisch gegenüber. Unter anderem wurde kritisiert, dass das Problem durch diese Maßnahme nicht auf Dauer gelöst würde.

Neben den großen drei Politikbereichen zur Bekämpfung von Energiearmut (Energieeffizienz, Energiepreise, Einkommen) wird durch die Interviews ein vierter Bereich sichtbar, bei dem es vor allem um die Belastungssituation durch **Abschaltungen** geht. Sollen die sozialen und gesundheitlichen Folgen von Energiearmut verringert werden, muss auch dieses Problem bearbeitet werden. Im Folgenden sind dazu einige Vorschläge ausgeführt.

Abschaltprävention:

Die Auswirkungen eines freien und im Bereich der Energieschuldenprävention wenig regulierten Energiemarktes zeigen sich im Vergleich Österreichs mit England. Daten zu Energieschulden und Abschaltungen sind in Österreich Firmengeheimnisse. Erst seit 2010 gibt es eine vom Energie-Regulator vorgeschriebene Vorgehensweise bei Abschaltungen. Die einzige Hürde für den

Energieversorger ist eine zweimalige Mahnung vor einer Abschaltung. Schutzbedürftige KundInnen sind nicht definiert, Abschaltungen ganzjährig möglich und üblich. Ein Vergleich der Abschaltquoten in England, wo den Energieversorgern enge Regeln zum Schutz der KundInnen vor Abschaltungen vorgegeben werden und Österreich zeigt große Unterschiede. Laut Ofgem (2009) liegt die Abschaltquote in England im Jahr 2008 bei 0,01% der KundInnen oder 6.000 Abschaltungen. Nach einem Bericht der Tageszeitung „Heute“ (5.2.2010, 18) werden allein durch den Versorger Wien Energie jedes Jahr in mehr als 20.000 Haushalten Abschaltungen durchgeführt. Bei ungefähr einer Million PrivatkundInnen bedeutet das eine Abschaltungsquote von 2%. Wenn diese Daten haltbar sind (andere waren trotz intensiver Suche nicht verfügbar), dann liegt die Abschaltquote in Wien beim 200-fachen der Abschaltquote in England.

Ein Überblick über die Maßnahmen, die in England zur Abschaltprävention getroffen wurden, zeigt Kernfaktoren dieser niedrigen Abschaltquote. Zum einen existieren gesetzlich hohe Anforderungen an die Versorger, um eine Lizenz zu bekommen. Zum anderen gibt es eine Selbstverpflichtung der größten Energieversorger des Landes (die 99% der HaushaltsekundInnen abdecken), die noch über die Lizenzvereinbarungen hinausgeht und die Bereitschaft der Versorger zeigt, sich dem Problem aktiv zu widmen (Ofgem 2009).

Lizenzvereinbarungen	Freiwillige Zusatzvereinbarungen (ERA Safety Net Arrangements)
Allgemeine Definition: Ein Versorger darf nicht abschalten, wenn er nicht alle möglichen anderen Maßnahmen versucht hat, um die Energieschulden einzubringen.	Zusätzlich zu den Lizenzvereinbarungen
Definition gefährdeter KundInnen: PensionistInnen (alleinlebend oder nur mit anderen PensionistInnen), Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke	Gefährdete KundInnen: zusätzlich kommen KundInnen mit ernsten finanziellen Problemen dazu, die nicht in der Lage sind, das persönliche Wohl oder jenes der Haushaltsmitglieder zu sichern.
Keine Abschaltung im Winter: Zwischen Oktober und März dürfen diese gefährdeten KundInnen nicht abgeschaltet werden, außerhalb dieser Zeit nur, wenn alle anderen Maßnahmen erschöpft sind.	Energieversorger verpflichten sich, das ganze Jahr über wissentlich keine gefährdeten KundInnen vom Netz zu trennen. Die Energieversorger sind selbst dafür verantwortlich, ihre gefährdeten KundInnen zu identifizieren und zwar mit individuellen Einzelfallüberprüfungen.
Energieschuldenprävention: Energieversorger müssen proaktiv tätig werden, d.h. sobald KundInnen in Gefahr kommen Energieschulden anzuhäufen, muss der Energieversorger dem entgegen wirken.	Energieschuldenprävention: <ul style="list-style-type: none"> • Sammlung von Informationen durch speziell geschultes Call Center Personal • Durch mehrere Briefe und Telefongespräche soll jeder Versuch unternommen werden, mit KundInnen persönlich in Kontakt zu treten • Alle MitarbeiterInnen sollen geschult sein, gefährdete KundInnen zu erkennen und Abschaltungen zu verhindern • Spezielle Teams versuchen Lösungen für die

	<p>Rückzahlung von Energieschulden zu finden. Der Kontakt zur Schuldenprävention oder anderen sozialen Stellen soll hergestellt werden</p> <ul style="list-style-type: none"> • Alle identifizierten KundInnen werden an soziale Stellen gemeldet • Eine Abschaltung benötigt die persönliche Zustimmung der Vorgesetzten (senior level) • Alle abgeschalteten (nicht gefährdeten) Haushalte werden nach der Abschaltung beobachtet und regelmäßig kontaktiert
--	---

Vor dem Hintergrund dieser Erfolgsfaktoren wäre ein Überdenken der bestehenden Gesetze in Österreich empfehlenswert.

Im ExpertInnenworkshop wurde der Vorschlag einer Abschaltprävention vorgestellt, die dazu führen soll, dass eine Beratung über Möglichkeiten der Rückzahlung von Energieschulden durchgeführt werden muss, bevor eine Abschaltung durch den Energieversorger stattfinden darf (Spitzer 2011). Diese Abschaltprävention wurde auf Basis der erfolgreichen Delogierungsprävention erarbeitet (Schoibl 2009) und ergibt sich aus den mit Abschaltungen verbundenen Belastungen der interviewten Haushalte.

Die Abschaltprävention soll durch eine von Energieversorgern und Sozialhilfestellen unabhängige Organisation durchgeführt werden, da gegenüber beiden genannten Institutionen starke Vorbehalte der einkommensschwachen Haushalte bestehen. Die KundInnen sollen von ihrem Energieversorger mit Hilfe der Mahnungen oder bereits präventiv bei der Jahresabrechnung von der Existenz und den Leistungen der Abschaltprävention in Kenntnis gesetzt werden. Die Abschaltprävention wird als Schnittstelle zwischen den verschiedenen beteiligten Stakeholdern verstanden, nämlich KundInnen, sozialen Institutionen und Energieversorgern. Sie klärt die persönliche Situation, informiert über die rechtliche Situation, schafft Verbindungen mit Schuldnerberatung und anderen sozialen Institutionen, handelt Rückzahlungsvereinbarungen mit dem Versorger aus und verbindet die Betroffenen mit EnergieberaterInnen, die im Idealfall eine kostenfreie Energieberatung anbieten. Die Abschaltprävention dient demnach nicht nur der Prävention der Abschaltung, sondern ist auch eine Schaltstelle für allgemeine Schuldenprävention, für die Erhöhung der Energieeffizienz in den betroffenen Haushalten und die Erhöhung der Inanspruchnahme sozialer Ansprüche.

Die Abschaltprävention wurde von den Beteiligten des ExpertInnenworkshops fast durchgehend positiv aufgenommen. Alle Gruppen finden den Vorschlag sinnvoll und umsetzbar. Nur bei den VertreterInnen der Energieversorger gab es eine Person, die dazu Zweifel hatte. InterviewpartnerInnen gaben zu bedenken, dass es zu keinen Stigmatisierungen kommt und dass der Kontakt möglichst direkt hergestellt werden sollte. Telefonisch wäre besser als per Brief, denn Briefe werden in Belastungssituationen oft nicht mehr geöffnet. Jedenfalls soll darauf geachtet werden, dass in einem solchen Angebot Schuldzuweisungen und Vorwürfe keinen Platz haben, denn das würde die Wirksamkeit stark mindern. Auch SozialarbeiterInnen sehen dieses Problem und im Weiteren die Personalintensität als Barrieren. Die Stärke einer Abschaltprävention wäre, dass alle Beteiligten davon profitieren: Die KundInnen jedenfalls, aber auch die Energieversorger, indem die

Zahlungsfähigkeit steigt. Die befragten VertreterInnen von Energieversorgern stehen großteils hinter dem Vorschlag, doch müssten die Kosten und die Zahl der Anspruchsberechtigten klargemacht werden. Als Versorger sehe man nur, wenn KundInnen nicht bezahlen, aber nicht, ob sie deshalb energiearm sind. Die Menge an möglicherweise notwendigen Beratungen macht den Energieversorgern Kopfzerbrechen. Ansonsten finden sie den Ansatz gut und haben Teile davon bereits in ihre Praxis integriert, wie der Verbund, der bei Zahlungsschwierigkeiten eine Beratung durch die Caritas anbietet.

Keine Abschaltungen im Winter:

Anschließend an die Abschaltprävention und angesichts bisher nur sehr rudimentärer Maßnahmen gegen Energiearmut in Österreich verdient diese Maßnahme eine gesonderte Behandlung. Die Abschaltung der Heizung im Winter ist eine besondere Belastung für die psychische und physische Gesundheit der Menschen. Eine Abschaltsperrre im Winter würde die aus Kältereferahrungen resultierenden gesundheitlichen Probleme mindern (Liddell/Morris 2010). Die Bedenken der Energieversorger, dass die KundInnen dann nicht mehr zahlen, sind zumindest in Ländern, wo es diese Abschaltsperrre im Winter gibt, nicht eingetreten. Die Anzahl der Menschen mit Energieschulden ist nicht gestiegen, obwohl es praktisch keine Abschaltungen mehr gibt.

Im ExpertInnenworkshop wurde diese Maßnahme von allen Gruppen außer den Energieversorgern als sinnvoll erachtet. Optimistisch hinsichtlich der Umsetzbarkeit waren vor allem Verwaltung/Wissenschaft und Soziale Organisationen/NGOs. Skeptisch gegenüber der Umsetzbarkeit sind die InterviewpartnerInnen, die den Widerstand der Energieversorger fürchten, welche auch den Vorschlag geschlossen als nicht umsetzbar bezeichnen. Der Grund für die Skepsis der Energieversorger ist die Befürchtung, dass die Kosten dadurch zu hoch werden. Eine solche Maßnahme wäre aus ihrer Sicht unfinanzierbar.

Prepaid-Zähler:

Der Vorschlag einer Einführung von Prepaid-Zählern erfolgt vor dem Hintergrund der wahrscheinlichen Einführung von Smart Metern in allen Ländern der EU in diesem Jahrzehnt. Smart Meter ermöglichen eine viel leichtere Abschaltung, weil es keines personellen Vor-Ort-Einsatzes mehr bedarf, wenn jemand von der Strom- oder Gasversorgung genommen werden soll. Moralische Bedenken fallen in einem solch hochtechnisierten Umfeld weg und machen die Abschaltung zu einer reinen Verwaltungsaufgabe. Vor diesem Hintergrund sind die oben stehenden Maßnahmen zur Abschaltprävention doppelt wichtig. Wie die Selbstverpflichtung der Energieversorger in England zeigt, ist das Ernstnehmen der sozialen Folgen von Abschaltungen eine gute Basis für die Minimierung von Abschaltraten. Schulung und Weiterbildung der MitarbeiterInnen sind dazu unerlässlich. Eine zusätzliche Maßnahme zur Verbesserung der Situation der EndkundInnen kann die Installation einer Prepaid-Funktion im Smart Meter sein.

Die Prepaid-Funktion gibt dem Energieversorger ein Mittel in die Hand, mit dem Energieschulden rückgezahlt werden können und gleichzeitig eine Abschaltung verhindert wird. Die Prepaid-Funktion ist in eine Abschaltprävention zu integrieren, soll jedoch als letztes Mittel vor einer Abschaltung gelten, weil Prepaid-Zähler auch soziale Nachteile haben können. Prepaid-Zähler können die Versorgungssicherheit erhöhen und gleichzeitig die Verantwortung der KundInnen für ihren Energieverbrauch stärken. In letzterer Funktion können sie zu einem nachhaltigeren Energieverhalten beitragen, indem sie direkte Rückmeldung auf das Verbrauchsverhalten geben

(Spitzer 2010). Die Vorteile für Betroffene liegen auf der Hand. Trotz Energieschulden können KundInnen weiter Energie beziehen und werden gleichzeitig mit einem Rückmeldesystem ausgestattet, das ihren Energieverbrauch vermindern helfen kann.

Neben den Vorteilen gibt es auch einige Nachteile, die zum einen bei den Kosten und zum anderen bei nicht intendierten sozialen Auswirkungen liegen. Prepaid-Zähler sind teurer als normale Zähler und die Mehrkosten werden von Energieversorgern häufig auf die KundInnen übertragen. Mehrkosten der Zähler stehen aber Einsparungen beim Schuldenmanagement gegenüber. Prepaid-Zähler für energiearme KundInnen sollten kostenneutral ausgestaltet sein und eventuelle soziale Folgen wären zu minimieren. So soll beispielsweise eine Abschaltung der Energie nur zu Geschäftsöffnungszeiten möglich sein, sodass Betroffene nicht Wochenenden ohne Energieversorgung verbringen müssen, nur weil sie vergessen haben, die Prepaid-Karte aufzuladen. Prepaid-Zähler werden bereits in England, Irland und Schottland flächendeckend eingesetzt. Der Hauptkritikpunkt aus sozialer Sicht liegt darin, dass Energieversorger für Prepaid-Zähler höhere Kosten verrechnen als für KundInnen mit monatlichem Bankeinzug (Boardman 2010).

Ein zweiter Kritikpunkt liegt in der Tendenz energieärmer Menschen, sich selbst abzuschalten, um Energiekosten zu sparen bzw. weil sie kein Geld haben. Diese Tendenz scheint recht weit verbreitet zu sein, wie ein Bericht von „Consumer Focus“ zur Lage in Großbritannien zeigt (Mummery/Reilly 2010). Schätzungsweise 8,8 Millionen Menschen in 3,7 Millionen Haushalten benutzen dort einen Prepaid-Zähler. Die meisten Prepaid-Zähler wurden in den letzten Jahren zum Schuldenmanagement eingesetzt. Studien zeigen, dass Menschen mit Prepaid-Zählern durchschnittlich zu den einkommensschwächeren KundInnen zählen. 16% der Prepaid-KundInnen (das sind 1,4 Millionen Menschen) haben sich nach dieser Studie innerhalb eines Jahres mindestens einmal selbst abgeschaltet. Nicht alle Selbstabschaltungen basieren auf Zahlungsproblemen, manche passieren aufgrund von Unachtsamkeit. Es gibt jedoch einen Kern an Menschen, die öfters Selbstabschaltungen zu verkraften haben, weil sie nicht genug Geld haben, um die Aufladung zu zahlen (Mummery/Reilly 2010). Dieses Problem relativiert die niedrigen Abschaltungszahlen in Großbritannien, weil eine größere Anzahl an Menschen nicht mehr in die Statistik fällt, da der Energieversorger Energie zwar bereitstellt, diese aber aufgrund von Selbstabschaltungen nicht bezogen wird.

Die Einführung von Prepaid-Zählern hat dieses Problem im Vorhinein zu bedenken, damit eine grundsätzlich sinnvolle Maßnahme keine negativen Folgewirkungen mit sich bringt. Denn grundsätzlich scheinen die meisten NutzerInnen von Prepaid-Zählern mit dieser Abrechnungsart zufrieden zu sein (Mummery/Reilly 2010).

Die Haltungen der Stakeholder zu diesem Vorschlag sind sehr unterschiedlich. Zwar finden außer den InterviewpartnerInnen den Vorschlag alle Beteiligten sinnvoll und die Umsetzbarkeit wird von niemandem in Frage gestellt. Trotzdem will keiner der Energieversorger hier aktiv werden, ebenso wenig wie Verwaltung/Wissenschaft. Der Grund für die Zurückhaltung der Energieversorger liegt in den höheren Kosten, die nicht an die KundInnen weitergegeben werden können. Bedenken werden auch geäußert, ob die Betroffenen überhaupt Interesse an der Transparenz des Stromverbrauchs hätten. Andere ExpertInnen sind davon überzeugt – und dies ist auch das Ergebnis der Interviewanalyse im Projekt – dass viele Betroffene gerne mehr Kontrolle hätten und ihr Verhalten auch ändern würden.

Nationale Strategie gegen Energiearmut:

Der Vorreiter bei der Erarbeitung einer nationalen Strategie zur Bekämpfung von Energiearmut ist Großbritannien. Dort wurde bereits der siebente jährliche Entwicklungsbericht der „UK Fuel Poverty Strategy“ veröffentlicht. Jährlich werden Entwicklungen aufgezeigt und die Strategie diesen Entwicklungen angepasst. Es wurde ein ambitioniertes Ziel festgelegt, nämlich die Energiearmut bis zum Jahr 2016 vollständig auszumerzen und die Maßnahmen können danach beurteilt werden, wie sehr sie zur Zielerreichung beitragen. Die Strategie in Großbritannien hat drei Hauptstränge: die Hebung der Haushaltsenergieeffizienz, die Linderung der Belastung durch hohe Energiepreise und die Erhöhung der Einkommen. Die Bekämpfung der Energiearmut ist stark verbunden mit der Erreichung der Klimaziele (Energieeffizienz) und allgemeinen Armutspolitiken (Einkommen). Jede erfolgreiche Strategie muss diese Wechselbeziehungen mit einbeziehen, Synergien nutzen und auf Barrieren eingehen.

In Österreich gibt es bis jetzt weder eine Strategie zur Bekämpfung von Energiearmut noch eine nationale anerkannte Definition. Eine politische Anerkennung des Problems der Energiearmut ist jedoch der Anfangspunkt jeder sinnvollen und koordinierten Beschäftigung mit dem Problem. Die 3. Binnenmarktrichtlinie für den europäischen Energiemarkt (Richtlinie 2009/72/EG, Artikel 53) fordert den Aufbau eines geeigneten Rahmens zur Bekämpfung der Energiearmut in den Mitgliedsstaaten. Ohne Definition gibt es jedoch rein rechtlich auch keine Energiearmut, weil es keine Grundlage für Berechnungen gibt. Hier sind Forschungen notwendig, die diese Grundlage schaffen und Basis für eine politische Anerkennung des Problems sind (s.u.).

Aus den internationalen Erfahrungen kann eine solche nationale Strategie gut argumentiert werden. Messbare Erfolge können auf andere Art schwer erzielt werden. Ersichtlich ist das in der jetzigen Situation, wo eine Vielzahl an Projekten unterschiedliche Ziele verfolgt, die höchstens regionale Veränderungen bewirken. Nicht einmal die Auswirkungen des Heizkostenzuschusses auf Energiearmut können überprüft werden. Eine Bearbeitung des Energiearmsproblems braucht konkrete Ziele und darauf aufbauende Strategien, die nur auf nationaler Basis für den gesamten Energiemarkt umzusetzen sind.

Im ExpertInnenworkshop wurde dieser Vorschlag von allen Gruppen als sinnvoll erachtet und die Mehrheit hält diesen Vorschlag auch für umsetzbar.

Internationale Beispiele zeigen (z.B. Boardman 2010; EPEE 2009; Househam 2010; Kopatz et al. 2010; Kopatz 2011), dass eine Vielzahl an Policy-Maßnahmen zur Bekämpfung von Energiearmut möglich ist. Wie die Auswertungen der ExpertInnenworkshops im Projekt deutlich machen (Schneider 2010; Spitzer 2011), bestehen aber aufgrund unterschiedlicher Interessenlagen verschiedene Positionen zu einzelnen Policy-Vorschlägen und den damit verbundenen möglichen Auswirkungen und Folgeproblemen. Deutlich wurde aber auch, dass Energiearmut als Problem von allen Stakeholdern anerkannt ist und Maßnahmen zur Verringerung derselben notwendig sind. Die Ergebnisse der Interviewanalyse im Projekt NELA weisen in dieselbe Richtung.

NELA hat grundlegende qualitative Erkenntnisse zum Energiekonsum in armen und armutsgefährdeten Haushalten und zur Problematik von Energiearmut in städtischen Kontexten zutage gefördert. Damit ist allerdings nur ein erster Schritt getan, dem weitere Schritte folgen sollten. Aus der Sicht der Projektergebnisse und vor dem Hintergrund der internationalen Diskussion

und Politik zu Energiearmut wären folgende weitere Forschungs- und Entwicklungsaufgaben zu empfehlen:

Aufbauend auf den Ergebnissen des NELA-Projekts sollten neue, zielgruppenbezogene Energieberatungs- und Interventionsmodelle für arme und armutsgefährdete Haushalte entwickelt, getestet und wissenschaftlich fundiert evaluiert werden. Bisher ist Energieberatung weitgehend an sozialen Mittelklasse-Standards und Informationsvermittlung ausgerichtet. Wie NELA gezeigt hat, sind jedoch an die spezifische Lebens- und Energielage angepasste Beratungsmodelle notwendig. Es gibt zwar eine Vielzahl an Testversuchen, wissenschaftlich qualifizierte Grundlegung und Begleitung ist jedoch selten (Dahlborn et al. 2009; Uitdenbogerd et al. 2007).

Eine kritische Aufarbeitung des Standes der internationalen Fuel-Poverty-Diskussion und der Strategien zur Bekämpfung von Energiearmut als Grundlage zu einer quantitativen Erhebung zur Problematik von Energiearmut in Österreich (Definition von Energiearmut: quantitative Betroffenheiten, Vulnerabilitäten, Datenlage usw.) wäre dringend notwendig.

Ebenfalls erforderlich wäre eine Sichtung und Bewertung von politischen Maßnahmen, die direkt und – vor allem indirekt – bereits jetzt von den administrativen Instanzen Österreichs und von anderen AkteurInnen (des Energiesystems) gesetzt werden, die Energiearmut betreffen sowie eine Prüfung der Voraussetzungen zur Entwicklung einer nationalen Strategie zur Bekämpfung von Energiearmut (ev. im Vergleich mit Staaten, die bereits auf eine lange Tradition in der Thematisierung und Bekämpfung von Energiearmut verweisen können; vgl. dazu Boardman 2010).

Die Datenlage zu sozialen und kulturellen Unterschieden im Energiekonsum ist trotz einer langen Energieforschungstradition noch immer relativ bescheiden, Ökonomie und Technikwissenschaft sind in der Forschungsszene dominierend (vgl. Kapitel 2). Langsam setzt sich aber die Erkenntnis durch, dass zur Erreichung von Einsparungszielen immer auch eine Änderung des Verbraucherverhaltens notwendig sein wird. Dazu sind fundierte sozialwissenschaftliche Studien unbedingt erforderlich, die sich nicht nur mit den ökologischen Dimensionen des Energiehandelns beschäftigen, sondern immer auch die sozialen und kulturellen Dimensionen einbeziehen. Im Sinne von „Environmental Justice“ (Bolte/Mielck 2004; Elvers et al. 2008) sind insbesondere die sozialen Unterschiede im Energiekonsum, die unterschiedlichen Energieverbräuche verschiedener sozialer Gruppen und auch die daraus resultierenden Verantwortlichkeiten bzw. Politiknotwendigkeiten im Sinne einer nachhaltigen, „low carbon“ Gesellschaft und einer sozial gerechten Klimapolitik (Ekardt 2010) zu untersuchen.

7. Literaturverzeichnis

- Asquith, L. (2006): Lessons from the vernacular: integrated approaches and new methods for housing research. In: Asquith, L., Vellinga, M. (eds.): Vernacular Architecture in the Twenty-First Century. Theory, education and practice. London, New York: Taylor & Francis
- Aune, M. (2007): Energy comes home. In: Energy Policy 35: 5457-5465
- Balz, H.-J. (2008): Prekäre Lebenslagen und Krisen. Strategien zur individuellen Bewältigung. In: Huster, E.-U., Boeckh, J., Mogge-Grotjahn, H. (Hg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag, 419-437
- Berker, Th., Hartmann, M., Punie, Y., Ward, K.J. (eds.) (2006): Domestication of Media and Technology. Maidenhead: Open University Press
- Berker, Th. (2008): Energienutzung im Heim als sozio-technische Praxis. In: Fischer, C. (Hg.): Strom sparen im Haushalt. München: oekom, 175-192
- Bhattacharya, J., DeLeire, T., Haider, S., Currie, S. (2003): Heat or Eat? Cold-Weather Shocks and Nutrition in Poor American Families. In: American Journal of Public Health 93: 1149-1154
- Bladh, M., Krantz, H. (2008): Towards a bright future? Household use of electric light: A microlevel study. In: Energy Policy 36: 3521-3530
- BMASK (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz) (2011): Armutgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2009. Wien: BMASK
- Boardman, B. (2010): Fixing Fuel Poverty. Challenges and Solutions. London: Earthscan
- Bolte, G., Mielck, A. (Hg.) (2004): Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen. Weinheim, München: Juventa
- Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede, Frankfurt: Suhrkamp.
- Brand, K.-W. (2010): Social Practices and Sustainable Consumption: Benefits and Limitations of a New Theoretical Approach. In: Gross, M., Heinrichs, H. (eds.), Environmental Sociology: European Perspectives and Interdisciplinary Challenges. Dordrecht et al.: Springer, 217-235
- Brand, K.-W. (2011): Umweltsoziologie und der praxistheoretische Ansatz. In: Groß, M. (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag, 173-198
- Brohmann, B., Heinze, S., Rennings, K., Schleich, J., Wüstenhagen, R. (2009): What's Driving Sustainable Energy Consumption? Survey of the Empirical Literature. <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp09013.pdf>
- Brunner, K.-M. (2007): Ernährungspraktiken und nachhaltige Entwicklung – eine Einführung. In: Brunner, K.-M., Geyer, S., Jelenko, M., Weiss, W., Astleithner, F.: Ernährungsalltag im Wandel. Chancen für Nachhaltigkeit. Wien, New York: Springer, 1-38
- Brunner, K.-M., Spitzer, M., Christianell, A. (2011a): Fuel poverty. A case study of vulnerable households in Vienna/Austria. Proceedings of the 2011 ECEEE Summer Study. Paris: ECEEE
- Brunner, K.-M., Spitzer, M., Christianell, A. (2011b): Energiekonsum und Armut. In: Mikl-Horke, G. (Hg.): Sozioökonomie: Die Rückkehr der Wirtschaft in die Gesellschaft. Marburg: Metropolis Verlag, 319-348

- Brunner, K.-M., Christianell, A., Spitzer, M. (2010): Energiekonsum, Armut, Nachhaltigkeit. In: Institut für Elektrizitätswirtschaft und Energieinnovation (Hg.): 11. Symposium Energieinnovation. Graz
- Brunner, K.-M., Kropp, C., Sehrer, W. (2006): Wege zu nachhaltigen Ernährungsmustern. Zur Bedeutung biographischer Umbruchsituationen und Lebensmittelskandalen für den Bio-Konsum. In: Brand, K.-W. (Hg.): Die neue Dynamik des Bio-Markts. Folgen der Agrarwende im Bereich Landwirtschaft, Verarbeitung, Handel, Konsum und Ernährungskommunikation. Ergebnisband 1, München: ökom Verlag, 145-196
- Cames, M.: Differences in environmental consumption and perception between different social groups. In: Conference Proceedings, ECEEE Summer Studies 1999, Panel III-20
- Crosbie, T. (2008): Household energy consumption and consumer electronics. The case of television. In: Energy Policy 36: 2191-2199
- Dahlborn, B., Greer, H., Egmond, C., Jonkers, R. (2009): Changing Energy Behaviour. Guidelines for Behavioural Change Programmes. Madrid: IDAE
- Day, R., Hitchings, R. (2009): Older people and their winter warmth behaviours: understanding the contextual dynamics. University of Birmingham: Nuffield Foundation
- Dennerlein, R. K.-H. (1990): Energieverbrauch privater Haushalte. Die Bedeutung von Technik und Verhalten. Augsburg: Maro Verlag
- Dillman, D. A., Rosa, E. A., Dillman, J. J. (1983): Lifestyle and Home Energy Conservation in the United States: The Poor Accept Lifestyle Cutbacks While the Wealthy Invest in Conservation. In: Journal of Economic Psychology 3: 299-315
- Dimmel, N., Heitzmann, K., Schenk, M. (Hg.) (2009): Handbuch Armut in Österreich, Innsbruck et al.: StudienVerlag
- Dobyn, J., Thomas, G. (2005): Seeing the light: the impact of microgeneration on the way we use energy. Qualitative research findings. London: Hub Research Consultants
- DTI (Department of Trade and Industry) (2006): Energy – It's Impact in the Environment and Society. London
- Dünnhoff, E., Stieß, I., Hoppenbrock, C. (2006): Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Heidelberg, Frankfurt: ISOE/ifeu
- Ekardt, F. (2010): Soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik. Düsseldorf: Hans Böckler Stiftung
- Elvers, H.-D., Groß, M., Heinrichs, H. (2008): The Diversity of Environmental Justice: Towards a European Approach. In: European Societies 10: 835-856
- EPEE (European Fuel Poverty and Energy Efficient Project) (2009): www.fuel-poverty.org/documents.htm
- Flick, U., Kardorff, E. von, Steinke, I. (Hg.) (2000): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- FORUM Nachhaltiges Österreich (Hg.) (2007): Energieeffizienz im Wohnbereich und Armutsbekämpfung, Trendreport 01. Wien
- Friedl, C. (2011): Energiearmut in privaten Haushalten. Ausgewählte Maßnahmen im nationalen und europäischen Vergleich. In: 7. Internationale Energiewirtschaftstagung an der TU Wien, 16.-18. Februar 2011

- Froschauer, U., Lueger, M. (2003): Das qualitative Interview. Wien: Wiener Universitätsverlag
- Gestring, N., Heine, H., Mautz, R., Mayer, H.-N., Siebel, W. (1997): Ökologie und urbane Lebensweise. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg
- Gibbons, D., Singler, R. (2008): Cold Comfort: A Review of Coping Strategies Employed by Households in Fuel Poverty. London: Centre for Economic and Social Inclusion
- Gilbertson, J., Stevens, M., Stiell, B., Thorogood, N. (2006): Home is where the hearth is: Grant recipients' views of England's Home Energy Efficiency Scheme (Warm Front). In: Social Science and Medicine 63, 946-956.
- Glaser, B., Strauss, A. (1967): The discovery of grounded theory. Chicago: Aldine.
- Gram-Hanssen, K. (2009): Standby Consumption in Households Analyzed With a Practice Theory Approach. In: Journal of Industrial Ecology 14: 150-165
- Gram-Hanssen, K. (2008): Heat comfort and practice theory – understanding everyday routines of energy consumption. In: Proceedings of the SCORE Conference Sustainable Consumption and Production. Brussels
- Grant, W. (2001): Environmental policy and social exclusion. In: Journal of European Public Policy 8: 82-100
- Gregson, N., Crewe, L. (2003): Second-hand Cultures. Oxford: Berg
- Gronow, J., Warde, A. (eds.) (2001): Ordinary Consumption, London: Routledge
- Hand, M., Shove, E. (2007): Condensing Practices. Ways of living with a freezer. In: Journal of Consumer Culture 7: 79-104
- Harrington, B. E., Heyman, B., Merleau-Ponty, N., Stockton, H., Ritchie, N., Heyman, A. (2005): Keeping warm and staying well: findings from the qualitative arm of the Warm Homes Project. In: Health and Social Care in the Community 13: 259-267
- Heiskanen, E., Rask, M., Mourik, R., Bauknecht, D., Brohmann, B., Vadovics, E. (2009): Basic approaches to studying energy-related behavioural change. <http://blogs.helsinki.fi/energiakurssi/files/2009/02/heiskanen-ym-review-chapter.pdf>
- Henning, A. (2006): Can qualitative methods support the development of more flexible and energy saving thermal comfort? In: Proceedings for the international conference 'Comfort and energy use in buildings - getting them right', Windsor, UK, 27-30 April 2006
- Henryson, J., Håkansson, T., Pyrko, J. (2000): Energy efficiency in buildings through information – Swedish perspective. In: Energy Policy 28: 169-180
- Hierzinger, R. (2011): Energy Styles. Wien: Österreichische Energieagentur
- Hinton, E. (2010) Review of the literature relating to comfort practices and socio-technical systems. London
- Hopf, C. (2000): Qualitative Interviews – ein Überblick. In: Flick, U./ Kardorff, E. von/ Steinke, I. (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 349-360
- Househam, I. (2010): Policies and initiatives to combat fuel poverty. London: ECO Ltd., UNEP

- Jaeger-Erben, M. (2010): Zwischen Routine, Reflektion und Transformation. Die Veränderung von alltäglichem Konsum durch Lebensereignisse und die Rolle von Nachhaltigkeit – eine empirische Untersuchung unter Berücksichtigung praxistheoretischer Konzepte. Phil. Diss. Berlin: Technische Universität Berlin
- Kelle, U. (1994): Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung. Weinheim: Deutscher Studienverlag
- Kempton, W., Montgomery, L. (1982): Folk quantification of energy. In: Energy 7: 817-827
- Kirchner, G., Jamek, A., Thenius, G. (2009): Zusammensetzung der Endkundenpreise für Elektrizität, Erdgas und Fernwärme im Haushaltsbereich. Wien: Austrian Energy Agency
- Kopatz, M., Spitzer, M., Christianell, Anja (2010): Energiearmut. Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte in Deutschland, Österreich und Großbritannien. Wuppertal: Wuppertal Papers 184. www.wupperinst.org/uploads/tx_wibeitrag/WP184.pdf, 15.4.2011
- Kopatz, M. (2011): Best-Practice-Beispiele zur Linderung von Energiearmut. Arbeitspapier im Rahmen des Projekts NELA. Wien
- Köppel, A., Wüger, M. (2007): Determinanten der Energienachfrage der privaten Haushalte unter Berücksichtigung von Lebensstilen. Wien
- Kuckartz, U. (2007): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. Opladen: VS
- Liddell, C., Morris, C. (2010): Fuel poverty and human health: A review of recent evidence. In: Energy Policy 38: 2987-2997
- Lueger, M. (2000): Grundlagen qualitativer Feldforschung: Methodologie – Organisierung – Methoden. Wien: Wiener Universitätsverlag
- Lutzenhiser, L. (1997): Social Structure, Culture and Technology: Modeling the Driving Forces of Household Energy Consumption. In: Stern, P. et al. (eds.): Environmentally Significant Consumption. Washington: National Academy Press, 77-91
- Lutzenhiser, L., Gossard, M. H. (2000): Lifestyle, Status and Energy Consumption. In: Proceedings American Council for an Energy Efficient Economy. Washington, DC, 207-222
- Mayring, P. (2000): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, U., Kardorff, E. von, Steinke, I. (Hg.) (2000): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 468-475
- Mummery, H., Reilly, H. (2010): Cutting back, cutting down, cutting off. Self-disconnection among prepayment meter users. In: www.consumerfocus.org.uk/.../Cutting-back-cutting-down-cutting-off.pdf, 15.04.2011
- Ofgem (2009): Review of protection for vulnerable customers from disconnection. In: www.ofgem.gov.uk/121/09
- Plackner, Florian (2010): Der Energieverbrauch von Privathaushalten aus sozioökonomischer Perspektive - historische Entwicklung und theoretische Zugänge. Wien: Diplomarbeit an der WU Wien
- Poortinga, W., Steg, L., Vlek, C. (2004): Values, Environmental Concern and Environmental Behavior. A Study into Household Energy Use. In: Environmental and Behavior 36: 70-93
- Proidl, H. (2009): E-Control & Caritas – Pilot-Projekt “Energieberatungen von einkommensschwachen Haushalten”. Wien

- Prose, F., Wortmann, K. (1991): Energiesparen: Konsumentenanalyse und Marktsegmentierung der Kunden der Stadtwerke Kiel. Kiel
- Radcliffe, J. (2010): Coping with Cold: Responses to Fuel Poverty in Wales. Ebbw Vale: The Bevan Foundation
- Reusswig, F. (1999): Umweltgerechtes Handeln in verschiedenen Lebensstil-Kontexten. In: Linneweber, V., Kals, E. (Hg.): Umweltgerechtes Handeln. Barrieren und Brücken, Berlin et al.: Springer, 49-69
- Reusswig, F. (1994): Lebensstile und Ökologie. Frankfurt: IKO
- Richtlinie (2009/72 EG) des europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 2003/54/EG
- Rink, D. (Hg.) (2002): Lebensstile und Nachhaltigkeit. Opladen: Leske + Budrich
- Roepke, I. (2009): Theories of practice – New inspiration for ecological economic studies on consumption. In: Ecological Economics 68: 2490-2497
- Santillán Cabeza, S. E. (2010): Opinion of the European Economic and Social Committee on Energy poverty in the context of liberalisation and the economic crisis. Brussels
- Schenk, M./ Moser, M. (2010): Es reicht! Für alle! Wege aus der Armut. Wien: Deuticke
- Schipper, L., Meyers, S. (1992): Energy Efficiency and Human Activity: Past Trends, Future Prospects. Cambridge: Cambridge University Press
- Schneider, Monika (2010): Energiekonsum und Nachhaltigkeit unter besonderer Berücksichtigung von Energiearmut. Wien: Diplomarbeit an der WU Wien
- Schoibl, H. (2009): Armutsfalle Wohnen. In: Dimmel, N., Heitzmann, K., Schenk, M. (Hg.): Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck et al.: StudienVerlag, 211-223
- Shove, E. (2003): Comfort, Cleanliness and Convenience. The Social Organization of Normality. Oxford: Berg
- Shove, E., Lutzenhiser, L., Guy, S., Hackett, B., Wilhite, H. (1998): Energy and Social Systems. In: Rayner, S., Malone, E. L. (eds.): Human Choice and Climate Change, Vol. 2. Columbus: Battelle Press, 291-325
- Spitzer, M. (2011): Auswertung des ExpertInnenworkshops. Arbeitspapier im Rahmen des Projekts NELA. Wien
- Spitzer, M. (2010): Die Beeinflussung des Energiekonsums durch Energieverbrauchsrückmeldesysteme. Wien: ÖIN
- Statistik Austria (2008): EU-SILC 2007. Wien
- Statistik Austria (2009): EU-SILC 2008. Wien
- Stokes, M., Crosbie, T., Guy, S. (2006): Shedding Light on Domestic Energy Use: a Cross-Discipline Study of Lighting Homes. In: COBRA 2006. London
- Strauss, A. L. (1991): Grundlagen qualitativer Sozialforschung. München: Fink
- Strauss, A., Corbin, J. (1996): Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Psychologie Verlags Union
- Strübing, J. (2004): Grounded Theory. Opladen: Verlag für Sozialwissenschaften

- Summerton, J. (2004): The new 'energy divide': politics, social equity and sustainable consumption in reformed infrastructures. In: Southerton, D., Chappells, H., Van Vliet, B. (eds.), Sustainable Consumption. Cheltenham: Edward Elgar, 49-64
- Till, M., Till-Tenschert, U. (Hg.) (2006): Armutslagen in Wien. Wien: Institut für Soziologie der Universität Wien
- Uitdenbogerd, D., Egmond, C., Jonkers, R., Kok, G. (2007): Energy-related intervention success factors: a literature review. In: Proceedings of the ECEEE Summer Study. Paris: ECEEE
- UK Fuel Poverty Strategy (2009): 7th Annual Progress Report. In
http://www.decc.gov.uk/en/content/cms/what_we_do/consumers/fuel_poverty/strategy/strategy.aspx, 15.04.2011
- Voß, G. (1991): Lebensführung als Arbeit. Stuttgart: Enke
- Voß, G./ Weihrich, M. (Hg.) (2001): tagaus – tagein. Neue Beiträge zur Soziologie Alltäglicher Lebensführung. München, Mehring: Rainer Hampp
- Wall, R., Crosbie, T. (2009): Potential for reducing electricity demand for lighting in households: An explanatory socio-technical study. In: Energy Policy 37: 1021-1031
- Warde, A. (2005): Consumption and theories of practice. In: Journal of Consumer Culture 5: 131-153
- Warm Front Scheme (2011): <http://www.direct.gov.uk/en/Environmentandgreenerliving/Energyandwatersaving/> Energygrants/DG_10018661, 15.04.2011
- Wegscheider-Pichler (2009): Strom- und Gastagebuch 2008. Strom- und Gaseinsatz sowie Energieeffizienz österreichischer Haushalte. Auswertung Gerätbestand und Einsatz. In:
www.umweltnet.at/filemanager/download/42148/, 15.07.2010
- Wilhite, H. (2009): Energy is a social good: implications for behavioural research and energy efficiency. Paper presented at the First European Conference on Energy Efficiency and Behaviour, 19, October. Maastricht
- Wilhite, H., Lutzenhiser, L. (1999): Social Loading and Sustainable Consumption. In: Advances in Consumer Research 26: 281-287
- Wilhite, H., Ling, R. (1995): Measured energy savings from a more informative energy bill. In: Energy and Buildings 22: 145-155
- Wilhite, H., Nakagami, H., Masuda, T., Yamaga, Y., Haneda, H. (1996): A cross-cultural analysis of household energy use behaviour in Japan and Norway. In: Energy Policy 24: 795-803
- Wittek, G. (2009): Energy Demand of Individuals in the Context of Age and Social Status in Austria and Potentials for Renewables. Vienna: Master Thesis
- Wright, F. (2004): Old and Cold: Older People and Policies Failing to Address Fuel Poverty. In: Social Policy & Administration 38: 488-503

8. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Höchste abgeschlossene Ausbildung der 50 armen und armutsgefährdeten Befragten	14
Abbildung 2: Herkunft der Befragten aus armen und armutsgefährdeten Haushalten	15
Abbildung 3: Wohnungsgrößen der armutsgefährdeten und armen Haushalte	15
Abbildung 4: Armutsgefährdungsgruppen nach Cames 1999	16
Abbildung 5: Energieausgaben der armen und armutsgefährdeten Befragten in Prozent des Haushaltseinkommens.....	17
Abbildung 6: Wohnfläche pro Person in einkommensstarken und einkommensschwachen Haushalten	18
Abbildung 7: Energiekosten pro Haushalt im Vergleich zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Haushalten	19
Abbildung 8: Durchschnittsenergieverbräuche pro Person und pro Haushalte im Vergleich zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Haushalten.....	19
Abbildung 9: Durchschnittsenergieverbräuche pro m ² im Vergleich zwischen einkommensstarken und einkommensschwachen Haushalten	20
Abbildung 10: Amortisationszeit eines Energieeffizienzklasse A++ Gerätes gegenüber einem zehn Jahre alten Durchschnittsgerät.....	54